

RotFuchs

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Vereinsmeierei?

Am 11. Oktober tritt in Berlin der seit 28 Monaten bestehende „RotFuchs“-Förderverein zu seiner 2. zentralen Mitgliederversammlung zusammen. Ein Teil der über 550 Genossinnen und Genossen berät, debattiert, beschließt und wählt einen neuen Vorstand. Der Verein als Herausgeber unserer Zeitschrift „RotFuchs“ wird inzwischen nicht mehr von sich überlegen Dünkenden belächelt oder, wie es manchmal der Fall war, gar der „Vereinsmeierei“ bezichtigt. Wenn derlei Anspielungen heute noch vereinzelt gemacht werden, denken wir an die berühmte Fabel vom Fuchs und den Trauben. Denn das erstaunlich schnelle Wachstum des Vereins, der hohe Verbreitungsgrad des Blattes und der vieltausendfache Zugriff auf seine Internetausgabe zeugen davon, daß unser politisches Engagement für ein engeres Zusammenrücken auf der Linken Resonanz findet. Recht haben natürlich jene, die davon sprechen, auch ein marxistisch-leninistisch orientierter Verein könne keine entsprechende politische Partei ersetzen – schon gar nicht eine revolutionäre Massenpartei von Kommunisten und Sozialisten, wie sie heute in Deutschland dringend gebraucht wird. Aber gehört er deshalb nicht zu den Wegbereitern des künftigen großen Zusammenschlusses? Andere meinen, eine Zeitung ohne Parteienbindung könne niemals ein kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator im Sinne der Leninschen Formel sein. Auch da legen wir keinen Widerspruch ein. Doch wer sagt eigentlich, daß ein Blatt, das viele tausend Menschen aus der politischen Vereinzelung und Reserve, in die sie sich zurückzogen, herausgeführt hat, nicht unverzichtbare Kräfte für ein solches Ziel zu mobilisieren vermag?

Europas revolutionäre Linke ist durch den Sieg der Konterrevolution in den Jahren 1989/90/91 sehr weit zurückgeworfen worden. Um ein ganzes Jahrhundert, schätzen einige Historiker sogar. In Deutschland, wo die von der alten Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht vollzogene Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung de facto wieder aufgehoben wurde, muß der Prozeß revolutionärer Bewußtseinsbildung neu anlaufen. Deshalb ist es wohl nicht unangemessen, sich gewisser Tatsachen aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu erinnern. Die später von Marx und Engels ideologisch maßgeblich mitgeformte SPD ging nicht

zuletzt aus den Arbeiterbildungsvereinen des 19. Jahrhunderts hervor, die selbst noch nicht marxistischen Charakter trugen. Voraussetzung war die Überwindung des Lassalleantertums. Auch später, in den Zeiten der Thälmannschen KPD, spielten kommunistisch orientierte, aber nicht parteizugehörige Bünde und Verbände eine enorme Rolle.

Lenins Partei eilte die „Iskra“ voraus, die in sehr kleiner Auflage erschien, aber den Weg der Bolschewiki erhellte, die sich vor genau einhundert Jahren – 1903 – auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands als revolutionäre Vorhut zu formieren begannen.

So sollte man Vereine und Zeitungen, die auf soliden ideologischen Fundamenten stehen und ein wichtiges Potential in Bewegung bringen, in ihrer Bedeutung nicht unterschätzen. Unzulässig ist es allerdings, ins Phantasieren zu geraten.

Fassen wir das Thema zusammen: Die „RotFüchse“ sind keine Partei und wollen niemandem, der auf kommunistischen oder linkssozialistischen Positionen steht, das Wasser abgraben. Ganz im Gegenteil. Wir fühlen uns allen organisierten und nichtorganisierten Gesinnungsgefährten eng verbunden, kämpfen wir doch für das große gemeinsame Ziel des Sozialismus, zu dem nur eine marxistisch-leninistische Massenpartei das Volk führen kann. Sie muß jede Enge vermeiden und rechtem wie linkem Opportunismus trotzen. Auch viele heute Parteilose, die in den Irrungen und Wirrungen des letzten Jahrzehnts Kommunisten und Sozialisten geblieben oder das aufgrund der neuen Verhältnisse erst geworden sind, gehören zu ihr.

Der „RotFuchs“-Förderverein ist kein verlorenes Häuflein von Sektierern. Seinen Zielen entspricht der Status der Gemeinnützigkeit. Im Mittelpunkt allen Wirkens steht die politische Bildungsarbeit.

In unseren Veranstaltungen treten Hochschullehrer der verschiedensten Disziplinen, Schriftsteller und Künstler, Diplomaten, Juristen, Historiker, Sportfachleute, Politiker der DDR, Veteranen großer Kämpfe – von Spanien bis zum deutschen Widerstand – auf. Unser Anliegen ist die Vermittlung eines wissenschaftlichen Weltbildes. Dieses steht in scharfem Kontrast zum Auftrag der „Bundeszentrale für politische Bildung“, die eifrig das „Ideengut“ der Konterrevolution verbreitet. Denn auch die Bourgeoisie ist sich der Bedeutung des Marx-Wortes bewußt: „Wissen ist Macht.“

Klaus Steiniger



INHALT

PDS: Abschied vom Marxismus	S. 2
Esches Landschaften	S. 3
Armin Stolper: Peter Hacks	S. 4
Die „Retterin der Kultur“	S. 4
Epitaph für einen großen Dichter	S. 5
Prager Eindrücke eines Diplomaten	S. 6
Otto Grotewohl –	
Künder der Arbeitereinheit	S. 7
Im Spiegel der zehn Gebote	S. 8
Zur DKP-Programmdebatte	S. 9
Der Dresdner SPD-Parteitag	S. 10
„Generationengerechtigkeit“	S. 10
Rote Konterpropaganda	S. 11
Zum Entwurf einer EU-Verfassung	S. 12
„In Hamburg fiel der erste Schuß“ ...	S. 13
158 Wortmeldungen gegen das Vergessen	S. 14
Gysis Moderator	S. 14
Pfeifkonzert gegen Bundeswehr	S. 15
30 Jahre nach dem Oktoberkrieg	S. 16
Aus polnischer Sicht	S. 17
Das SWAPO-Kinderheim	S. 18
„Spiegel“ auf BILD-Niveau	S. 18
Russische Karikaturisten	S. 19
Die „tibetische Karte“	S. 20
„Wiederaufbau“ in Afghanistan	S. 21
Belgien: Marxistische Sommeruniversität der PTB	S. 22
In memoriam Andersen Nexö	S. 22
Linkserfolg in Kambodscha	S. 23
Brasiliens PCB unterstützt Lula	S. 23
Schwarzer Peter für Iraks KP?	S. 24
Ärger mit der Heiligsprechung	S. 25
Projekte der Sandinisten	S. 25
Erinnern an Hans Marchwitza	S. 26
Zwei Wessis auf Osttour	S. 27
Die Aufenthaltserlaubnis	S. 28
Raus aus dem Glotzensessel!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Vor dem Chemnitzer Programmparteitag der PDS

Abschied vom Marxismus

Obwohl eigentlich eine Banalität, ließ es doch aufhorchen, als offiziell verlautete, der überarbeitete Entwurf des PDS-Programms nehme zur Kenntnis, „daß wir in diesem Land leben“. Hinzugefügt wurde nämlich, daß man sich von dem Programm aus dem Jahre 1993, das „ein Blick aus dem DDR-Fenster auf die Bundesrepublik“ gewesen sei, endgültig verabschiedet habe. Natürlich leben wir seit der imperialen Einverleibung der DDR in diesem kapitalistischen Land. Aber bereits 1993 waren umfassende Delegitimierung der DDR, flächendeckende Abwicklung ihrer Kader, Verteufelung ihrer sozialen Prozesse und Friedensinitiativen sowie grassierende Arbeitslosigkeit in vollem Gange. Millionen Ostdeutsche guckten schon damals keineswegs aus einem „Fenster“ auf die Bundesrepublik, sondern befanden sich längst mitten im Strudel der ihre Existenz gefährdenden kapitalistischen Realität. Das unter diesen Bedingungen zustandegekommene PDS-Programm war streckenweise durchaus von Wert. Doch mit der jetzigen Fassung verabschieden sich selbsternannte „Reformer“ endgültig von marxistischen Positionen.

Der Programmentwurf enthält z. B. keine fundierte Analyse konterrevolutionärer Vorgänge bei der Aufhebung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse in der DDR. Die Eigentumsfrage sei vor allem eine Frage der „realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen“, meint man heute. Warum wurden dann im Osten kapitalistische Eigentumsverhältnisse komplex und rabiat durchgesetzt, gab man sich nicht mit „realer Verfügung“ zufrieden?

Die Antwort lautet: Kapitalistische Kräfte handelten nach der Maxime, daß Eigentumsverhältnisse die Grundlage politischer Macht sind, deren Charakter maßgeblich prägen, den Kern der Produktionsverhältnisse darstellen. So entsprach es kapitalistischer Elementarlogik, daß im Osten Deutschlands die DDR-Eigentumsverhältnisse in kürzester Frist und mit allen Mitteln liquidiert werden mußten. Großbanken, Konzerne und Handelsketten brauchten Bedingungen, die das dem Kapital innewohnende Profitstreben ermöglichten und mißliebige Konkurrenten, wie z. B. in Bischofferode, sofort aus dem Rennen warfen. Ob Betriebe, Grund und Boden, Gebäude, Kunstschatze und diplomatische Einrichtungen – alles unterlag kapitaler Begierde. Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ wurde bissig verteidigt.

Sollten wir angesichts dieser entgegengesetzten Positionen im Klassenkampf unsere eigenen nicht um so konsequenter verteidigen? Im Programmentwurf der PDS aber wird das profitable Wirken kapitalistischer Unternehmen pauschal und undifferenziert bejaht, andererseits aber davon gesprochen, die Profitdominanz beseitigen zu wollen. Nur als eindeutig antikapitalistische Kraft kann sich eine linke Partei tatsächlich entwickeln. Bislang hat sich noch immer erwiesen: Poli-

tische Naivität in Eigentumsfragen wirkt gesellschaftlich tödlich.

Ein anderes Thema ist das Verhältnis zwischen echten gesellschaftlichen Reformen und revolutionären Umwälzungen. In einem marxistischen Programm bedürfte es eines strengen Realitätssinns. Die Programmüberarbeitung der PDS aber ist lediglich eine durchgängige Anpassung an den „Zeitgeist“ und weitgehend durch kreative Abstinenz geprägt.

Natürlich geht es Linken niemals um ein abenteuerliches Revoluzzertum, einen baldigen Sturm auf die Deutsche Bank und andere Zentren antidemokratischer Macht. Ort, Zeit und Bedingungen sind für tiefgreifende demokratische Umwälzungen nicht gegeben, notwendige Mehrheiten dafür kurz- und mittelfristig nicht zu gewinnen. Die Einstellung, nur wacker die Revolutionsfahne voranzutragen und wirkliche Reformen geringzuschätzen, erscheint antiquiert. Nicht die Agenda 2010, aber echte Reformen, die mehr direkte Demokratie bringen, Produktivität und Arbeit befördern, mehr sozialer Gerechtigkeit dienen, können durchaus Schritte in die richtige Richtung sein. Aus geschichtlicher Erfahrung ist die Erkenntnis gewachsen: Zwischen tatsächlichen Reformen und revolutionären Umbrüchen bestehen mannigfache Wechselbeziehungen. Lebensfremd sind Revolutionsperspektiven durchaus nicht. Was wäre das für eine Weltanschauung, die nicht mit gesellschaftlichen Brüchen rechnet? Kleinmütige Zugeständnisse an konservatives Brauchtum, willfährige Anpassung an Ideologien umfassender Kapitalverwertung deformieren Visionen und beschleunigen das Verfallsdatum programmatischer Dokumente.

In der Programmüberarbeitung wird erklärt, die „Einheit Deutschlands“ habe der Bevölkerung im Osten repräsentative parlamentarische Demokratie, individuelle staatsbürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, eine Modernisierung der Infrastruktur und westlichen Konsumstil beschert, aber nicht Gerechtigkeit. Man verquickt Schein und Wirklichkeit der BRD miteinander, rückt Behauptungen in die Nähe von Gegebenheiten. Aber gerade auch die vielgepriesenen „Freiheitsgüter“, von denen im Entwurf die Rede ist, sind aus linker Sicht zu durchleuchten. Die parlamentarische Demokratie wird massiv durch Lobbyismus unterwühlt. Wie ein spinnenhaftes Netzwerk ist der Bundestag in Berlin von Zentren der kapitalistischen Interessenverbände umwoben. Die antisoziale Agenda 2010 und ihre gegen die Mehrheit der Menschen gerichteten Vorhaben tragen nicht nur den Stempel von Fraktionen und Abgeordneten, sondern sind auch auf enormen Druck der Unternehmervverbände, z. B. der Pharmaindustrie zurückzuführen.

Wie sind individuelle staatsbürgerliche Freiheiten mit chronischer Massenarbeitslosigkeit zu vereinbaren? Ist es Rechtsstaatlichkeit, wenn ein Gesetzes-

und Vorschriften-Dschungel etabliert wird und es ganzer Heerscharen von Juristen und Steuerberatern bedarf, um berechnete Interessen Betroffener zur Geltung zu bringen? Diese Undurchsichtigkeit und gewollte Verkomplizierung stellt eine zentrale Methode bürgerlicher Machtausübung dar. Aufgabe tatsächlich linker Kräfte ist es, die tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit offensichtlich zu machen.

Im letzten Abschnitt des Programmentwurfs geht es um „Veränderung und Selbstveränderung der PDS“. Hier seien nur zwei Problemfelder herausgegriffen. Wie stehen die „modernen Veränderer“ zu künftigen Regierungsbeteiligungen? Und: Was hält die PDS von der gegenwärtigen „Parteiendemokratie“? In der Überarbeitung heißt es verklausuliert, das Handeln im Spannungsfeld von eigenen sozialistischen Vorstellungen, Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und erreichbaren Kompromissen sei „von einem ständigen Lernprozeß begleitet“. Das Ganze bezieht sich gleichermaßen auf Opposition, Tolerierung von SPD-Minderheitsregierungen und eigene Regierungsteilhabe.

Ein „Lernprozeß“? Ist es da nicht höchste Zeit, Beteiligungen an Landesregierungen von PDS-Seite her sehr kritisch unter die Lupe zu nehmen? Erfolgen sie heutzutage nicht immer unter Machtverhältnissen, bei denen es in erster Linie um optimale Verwertungsbedingungen für das Kapital geht, was antisoziale Maßnahmen unvermeidlich macht – selbst beim besten subjektiven Willen einzelner PDS-Politiker, die „Balance zu halten“? Wer sich als nachträgliche Reparaturkolonne vorangegangener Großer Koalitionen betätigt, gerät massiv in den Strudel berechtigter konzeptioneller Kritik. „Rahmenbedingungen“ und „Sachzwänge“ geben vor, was zu geschehen hat. Die Deklaration des Mitregierens als Krönung von Politikfähigkeit und „Wert an sich“ ist fehl am Platze.

Zur gegenwärtigen Parteienlandschaft wird in der Überarbeitung nicht viel geschrieben. Doch keine Partei gestaltet ihre Politik isoliert von anderen politischen Kräften. Im Verlauf von Jahrzehnten haben besonders CDU und SPD einen allumfassenden Parteienstaat etabliert. Konzerne und Banken regieren in ihnen nahestehende Parteien nicht nur hinein, sondern nehmen über sie ihre Interessen wahr. Daher ist Opposition zu diesem Parteienstaat in jeder Weise angebracht. Das auch programmatisch zum Ausdruck zu bringen, wäre Sache der PDS.

Alles in allem: Der überarbeitete Entwurf kann aus marxistischer Sicht keineswegs befriedigen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aktionseinheit aller Linken wird so zum zwingenden Gebot. Ohne Übertreibung möchte ich feststellen: Die RotFüchse werden für Kommunisten und Sozialisten immer unentbehrlicher.

Prof. Dr. Harry Milke

Ein Mime, Autor, Hobbygärtner und Unbestechlicher im RF-Gespräch

Eberhard Esches Landschaften

Herr Esche, Sie stehen vor Ihrem 70. Geburtstag. Möchten Sie den „RotFuchs“-Lesern bei dieser Gelegenheit etwas mitteilen?

Gerne. Erzogen, aus der Welt einen Garten zu machen, was bekanntlich mißlang, befinde ich mich nun beim nicht erfolgreichen Versuch, aus meinem Garten eine Welt zu machen. Bei der Gartenarbeit bevorzuge ich u. a. die Technik des Hüpfens, Bückens und Zupfens. Mit dieser wichtigen Gymnastik halte ich mich fit für die bessere Welt.

Sie glauben an die Weltrevolution?

Da Sie für eine Zeitschrift arbeiten, die ihre Existenz dem Glauben an die Weltrevolution zu verdanken hat, halte ich Ihre Frage für keine zynische Finte.

Wir geben Ihnen recht!

„Uns steht das Ende des Imperialismus bevor oder das Ende der Welt, eine dritte Aussicht haben uns die Klassiker nicht gelassen.“ Peter Hacks auf Seite 67 oben des im Eulenspiegel-Verlag herausgebrachten Bändchens „Was ist das?“. Allen „RotFuchs“-Lesern als beste Literatur empfohlen. Also auch jenen Lesern, denen, wie auch mir, neuerdings beim Lesen immer die Augen weh tun. Also schnell gelesen, handelt es sich doch um die kürzeste Autobiographie eines Dichters oder historisch genauer: „Kurzer Abriß aus den Geschichten eines Dichters (H)“.

In Ihrem Buch „Der Hase im Rausch“ beklagen Sie den Niedergang des Theaters, das Sie an einer Stelle als „Lazarettpoesie“ kennzeichnen. Würden Sie die Überlegungen, die zu dieser Charakterisierung führten, erläutern?

Der Begriff Lazarettpoesie ist von Heinrich Heine. Auch Goethe äußert sich ähnlich. Also kränkeln die Künste, wie die wechselnden Gesellschaftsordnungen, von Zeiten zu Zeiten.

Gut, soweit Ihre Überlegungen, und Ihre Erläuterung?

Wenn Ihnen die gegebene nicht reicht, dann eben noch zwei Nachrichten gratis. Eine gute Nachricht und eine schlechte Nachricht.

Bitte die schlechte Nachricht zuerst.

Das Theater stirbt.

Das ahnten wir. Und die gute Nachricht?

Das Theater ist ein Spiegel der Gesellschaft. Das letztere wissen wir nicht erst seit den 70er Jahren des vergangenen



Jahrhunderts, in denen der Niedergang der DDR seinen peinlichen Anfang nahm.

Wo sehen Sie Ursachen?

Nicht der Imperialismus brachte den Sozialismus um. Ihn umzubringen war seine Klassenaufgabe. Die Mordversuche kann man ihm schwerlich vorwerfen, und er ist diese Taten nicht schlecht angegangen. Nur nicht gut genug. Der sich (scheinbar unverhofft so schnell) selbst mordende Sozialismus zeigte sich, eigentlich von den Klassikern gedacht als Stoppschild ewiger Wiederholungen in der Geschichte der Ausbeutungen der Menschheit, in seiner zweiten Führungsgeneration als komplette Fehlbesetzung. Plötzlich wurden Chargenspieler aus der vierten Reihe Protagonisten, also Hauptrollenspieler. Und diese Hauptrollen spielten sie jetzt so, wie sie früher ihre Chargen gespielt hatten. In der Politik genauso wie am Theater. Folgerichtig trugen sich die schlechten Inszenierungen selbst zu Grabe. Ich gebe zu, jetzt sind wir nackt. Und es tröstet nur wenig, daß wir nicht mehr den Ballast einer korrupten Sowjetführung und ihrer kleinmütigen DDR-Abteilungsleiter zu tragen haben. Doch ich lasse nicht von der Hoffnung ab, da wir nun den Mühlstein der Sektiererkrankheiten der Sozialisten am Hals zu baumeln haben. Und der baumelt sehr. Aus diesem Salat herauszukommen, bedarf es allerdings eines Mannes der Tat.

Wir haben Sie verstanden, und nun Fragen zu Ihrem Beruf als Schauspieler. In

dem Film „Spur der Steine“ spielten Sie den Parteisekretär. Wie denken Sie heute über diesen Film und Ihre Rolle?

Ich bin mir mit meinem Partner Manfred Krug, erst kürzlich sprachen wir darüber, einig, daß es sich bei diesem Film um den besten deutschen Nachkriegsfilm handelt. Bis heute.

In Ihren drei Vorstellungen, die keine Lesungen sind, die Sie jetzt als Gast am Deutschen Theater in Berlin spielen, so seit 29 Jahren „Deutschland, ein Wintermärchen“, seit 23 Jahren „Reineke Fuchs“ und neuerdings „Der Zauberlehrling“ habe ich die begeisterte Reaktion des Publikums erlebt.

Ist sie überall so, worauf führen Sie sie zurück?

Erstens auf die deutschen Dichter. Zweitens auf jenen Teil des deutschen Publikums, welcher die Dichter liebt. Und drittens, daß ich nicht die Absicht erkennen lasse, sie zu verfälschen. Und viertens vermittelt sich mir bei meinen Auftritten auf den Bühnen der DDR unter anderem auch der Eindruck, die zumeist ausverkauften Theater auf meine Treue zu den Landschaften zurückführen zu können.

Herr Esche, wir gratulieren Ihnen zu Ihrem 70. Geburtstag!

Danke, interviewen Sie mich zu meinem 80. wieder?

Gesprächspartner: Frank Mühlefeldt

Peter Hacks

Ich zeige an den Verlust
eines befreundeten Dichters
dessen letzte Zeilen
mit einer Korrektur
eines meiner Irrtümer versehen
mir sagten: Ich sei immer
gut zu ihm gewesen und
er würde das auch
in meiner Festschrift
zu Protokoll geben.

Ich lernte Hacks kennen
als ich die DDR
am Theater in Senftenberg
schon entdeckt hatte
er war in dieser Zeit
von München nach Ostberlin
übersiedelt und
auf meine Frage – warum –
sagte er er habe sich dort
entsetzlich gelangweilt
ehrlich
ich verstand ihn nicht.

Als er ein Jahrzehnt später meinte
die Konterrevolutionäre
als Dichter getarnt würden
in Prag den Sozialismus
abschaffen wollen
unter dem Vorwand
ihn menschlicher
zu gestalten verstand
ich ihn auch nicht.
Als er später meinte
mit Honecker würde
die DDR das verlieren
was sie unter Ulbricht
errungen hatte
verstand ich ihn auch nicht.
Ich verstand ihn erst
als er die Regierung
für den Rausschmiß Biermanns
belobigte ja da verstand
ich ihn denn ich war ja
bei „Die Sorgen und die Macht“
und bei „Moritz Tassow“
durch seine Schule gegangen.

Aber verstanden habe ich ihn
eigentlich immer und je mehr
wir unsere Schönhauser Allee
in eine Einkaufsmeile umfunktionierten
– ich fand sie nicht schlecht
denn es gab ja selbst
unter Honecker dort noch
eßbare Brötchen und Würstchen –
desto besser verstand ich ihn
und am besten als wir
kolonialisiert worden waren.

Peter hatte das alles
vorausgesehen denn er hatte
gewußt daß man aus Schlesien
ausbrechen muß in den Kommunismus
so schön Schlesien ist
und so gräßlich
der Kommunismus sein wird
in seiner Frühheit.

Aber
es führt kein Weg zurück
auch der nicht
den wir jetzt gehen

wo wir den Dichter des
vorbildlichen Vorwärts
in allem was Politik Liebe
Beischlaf Rechtschaffenheit
und Poesie anlangt
verlieren
wir müssen hinaus aus
allen diesen angepaßten Parteien
die Partei die wir sind
hat doch der Eberhard
genau beschrieben.

Es ist die Partei
der Unbestechlichen
sie ist klein
und manchmal scheint es
als schrumpfte sie
immer mehr
aber Freunde ich sage euch
Hacks
das ist unsere Zukunft
das ist die poetische Hinrichtung
der Konterrevolution
an deren Hinrichtung ich auch
wenn ich dabei mein Leben lassen müßte
immer beteiligt sein möchte
die müssen alle weg
und sie werden es
diese Gesichter werden nicht
in die Geschichte eingehen
denn es sind keine
Hacks
das ist die Errichtung des Freiheitsbaums
in dessen Schutz und Schatten
sich der Sozialismus mit allen
seinen Klein- und Bürgerlichkeiten
und die nicht voraussehbaren
Zeiten des Kommunismus
ansiedeln und kämpferisch

werden beweisen müssen!
denn
die werden solchen wie uns
nie Zeit lassen
unser Paradies zu errichten
wir werden immer angeklagt werden
weil wir nicht so gut
wie der liebe Gott sind
wir sind Menschen und
Hacks
ist der Generalsekretär
der Partei der Unbestechlichen
der uns das Fest des Friedens
in aristophanischer Art
gerichtet und uns gezeigt hat
wie man dem Ungeheuer des Krieges
in den Arsch tritt auf daß
die Oliven gedeihen
und die Liebe
und die Kinder ernst genommen werden
auch und erst recht von der Kunst
Hacks
ist unser
auch wenn wir oft
nicht begriffen
was er uns war
ist und sein kann.

Kann sein
ihr denkt anders
dann trauert auch nicht
um den Mann
man muß seine Freunde kennen
und seine Feinde
Mit Dank und in Freundschaft
Ihr Peter Hacks
das waren seine letzten Worte
an mich.

Armin Stolper

Der „RotFuchs“-Förderverein hat einen unersetzlichen Ratgeber, Freund und Mitstreiter verloren. Wir trauern um unser Mitglied, den Dichter und Kommunisten

Dr. Peter Hacks

der am 28. August 2003 im Alter von 75 Jahren gestorben ist. Das von ihm im „RotFuchs“ geprägte Wort „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR“, markiert seit Jahren unseren Weg. Seine gegenüber der Zeitschrift „offensiv“ im Januar 2003 geäußerte Ansicht, „die Idee des Steinigerschen Parteivereins“ scheine ihm die „zukunftsträchtigste“ zu sein, war wohl nicht nur eine lebenswürdige Geste, sondern auch die Überzeugung eines Mannes mit strategischem Gespür.

Verein und Zeitschrift entbieten Peter Hacks voller Respekt und Dankbarkeit einen letzten Gruß.

„Retterin der Kultur“

Thüringens Wissenschaftsministerin, die auch für Forschung und Kunst zuständig ist, veröffentlichte am 22. 8. 2003 im ND einen Beitrag unter der Überschrift „Bleibt die Kultur im Osten auf der Strecke?“. Darin machte sie sich Gedanken über ein kulturelles Erbe, „das 40 Jahre lang dem Verfall preisgegeben war und dann gerettet werden“ mußte. Wahrlich, ein Beifall heischendes Kunststück der Retterin Prof. Dr. Dagmar Schipanski! Sie hat es fertiggebracht, 40 Jahre mit

verbundenen Augen durch die DDR zu gehen, nebenbei zu promovieren und sich zu habilitieren. Dieses Kunststück der zunächst parteilosen, dann aber 1999 unter Bernhard Vogel der CDU beigetretenen Artistin verschlägt einem die Sprache. Dann allerdings leuchtet ein, warum alle Versäumnisse seit dem letzten deutschen Kaiserreich der DDR angelastet werden sollen – damit die Retterin um so strahlender erscheint. Ein Denk-mal für Dagmar!

Lukian

Ein Werk, das ohne den marxistischen Grund nicht zu denken ist

Epitaph für einen großen Dichter

Der Dichter schrieb sich eine unpathetische „Grabschrift“: „Nur fort so, einmal brichst du dir den Hals! / – Dann schreibt: Geschlossen wegen Todesfalls.“ Der Fall ist nun eingetreten, Peter Hacks ist tot. Es fehlt fortan eine hochbedeutende Instanz für das Denken und Empfinden in unserer Zeit, und wer schreibt und es gewohnt ist, die eigenen Texte vor dieser Instanz auszuweisen, der ist nun versucht, mit des Dichters Worten zu sagen: „Die Arbeit ist nicht, was sie war. Im Nirgend / Für niemanden. Das macht den Stil nicht besser.“ Sich jedoch tatenloser Trauer hinzugeben, war seine Sache nicht. Bereits schwerkrank und wenige Tage, bevor man ihn ins Krankenhaus brachte, dankte er mir auf seine gewohnte witzige Weise für fremdsprachliche Auskünfte, die er für seine neue Arbeit erbeten hatte. Auch in schwerster Zeit hat er eine beispielhafte Haltung vorgelebt. Der Mensch, der Haltung habe, so sagte er, „verhält sich als Erwachsener. Alles mündige und eigenverantwortliche Betragen ist Vorwegnahme, ist eine Form der Hoffnung“.

Sein Leben, das nun beendet ist, und sein Werk, das uns bleibt, verkörpern diese Hoffnung in einzigartigem Maße. Was die Zeit ihm abforderte, ging schier über Menschenkraft. Sie legte ihm nicht Steine, sondern Felsbrocken in den Weg, und man mußte schon ein Herkules sein, um dennoch unbeirrbar dieses Werk zu vollbringen. Obwohl man wußte oder zumindest ahnte, um was für ein außergewöhnliches Dichterwerk es sich da handelte, wurde es so ab Mitte der siebziger Jahre von der wirkungsvollsten Zensur, die es je gab, nämlich von den westlichen Medien, durch Nichtachtung bekämpft. Es wäre ein Nonsens zu sagen, das habe nicht nur antikommunistische, sondern auch ästhetische Gründe. Beides gehört unlösbar zusammen. Die gegenwärtig in Mode stehende und von diesem Werk so ganz verschiedene Kunstproduktion ist ja ein Ausdruck dieser Gesellschaft. Sie ist denn auch danach. Wer da nun meint, die Bekämpfung von Hacks' Dichtung, welche die deutsche Sprache auf eine einsame Höhe führte und so ihren Reichtum bis ins neue Jahrtausend rettet, richte sich vor allem gegen dessen Formversessenheit, der wagt nicht einzugestehen, daß die Form einen Inhalt transportiert. Und eben den meint die westliche strenge Zensur, auch wenn es manchem nicht bewußt ist.

Zwei Jahrzehnte lang war sein Werk in Ost und West beliebt. Das hatte zwei Gründe, erstens einen ästhetischen: Seine Kunst gefiel, weil sie voller Witz und zugleich schön war. Ihr hohes Niveau war keines, das nur Fachleute zu schätzen wußten, sondern es war das der Klassiker, deren Kunst sich bekanntlich ans ganze Volk richtet. Da rede ich in der Vergangenheitsform, doch hat sich an Hacks' Werk nichts geändert, nur an dessen mediengelenker

Aufnahme. Und da bin ich schon beim zweiten Grund: Hacks kam bei den westlichen Medien so gut an, weil zwei seiner frühen Stücke in der DDR nicht mehr gespielt werden durften. Man hielt ihn also für einen DDR-Disidenten – worauf ja ohnehin das erlesene Niveau seiner Werke mit ihrer glänzenden Sprache angeblich hinwies. Daß nämlich einer Kommunist und gleichzeitig Vertreter eines hohen Kunstniveaus sein könne, geht bis heute nicht in die Köpfe vieler Menschen. So herrschte da lange ein Mißverständnis, obwohl seine Essays und so manche Gedichte für unmißverständliche Klarheit sorgten, und seine Stücke, auch die klassisch-mythologischen Dramen, ohne den marxistischen Grund, auf dem sie entstanden, nicht zu denken sind. Aber man pflegt eben herauszulesen, was man schon im Kopf hat, bzw. was einem da hineinverbracht wurde. Es gab viele Versuche, Hacks für fremde Zwecke zu vereinnahmen. Einer davon war derjenige der frommen Christen, die ihn nach der Premiere seines „Adam und Eva“-Dramas in Dresden für einen der Ihren hielten. Man war es eben nicht gewohnt, den Stoff aus der Genesis voll Ehrfurcht und in all seiner erhabenen Dialektik behandelt zu sehen. Voraussetzung für eine solche Behandlung war, daß der Stoff aufgehört hatte, Glaubensmaterie zu sein, und vielmehr, wie die griechische Religion, Mythologie geworden war. Dem Zweifelnden an Hacks' Einstellung hätte spätestens der zugehörige Essay Klarheit bringen können, in dem es z. B. heißt: „Überhaupt ist es eine Aufgabe der marxistischen Kunst, das Christentum vor den Christen zu retten.“ Denn diese hätten das Christentum „verkleinert auf einen Rest von Sätzen über Gerechtigkeit, Tugend und Herstellung einer würdigen Welt, lauter Sachen, auf die sich, Gott ist des Verfassers Zeuge, die Marxisten besser verstehen.“ Die Wahrheit, die das Christentum habe, sei nur dem zugänglich, „der es nicht für wahr hält“.

Da berichte ich von einer eher harmlosen Weise, wie man Hacks vereinnahmte, weil man sein Werk nicht richtig gelesen hatte. Es gab andere Weisen, dies Werk umzu-



21. 3. 1928–28. 8. 2003

werten. So hielt man die Wahl der mythologischen und historischen Stoffe für einen ängstlichen Rückzug ins Unverbindliche – nach den Schwierigkeiten mit seinen frühen DDR-Stücken. Man hat sich spätestens nach der „Wende“ davon überzeugen müssen, daß es Hacks wahrhaftig nicht an Mut fehlte, seine gegnerischen Wahrheiten offen und ohne Umschweife zu verbreiten. Vielmehr glaubte er in jener Zeit vor Mitte der siebziger Jahre, die Dinge seien in seinem Land so weit auf den Weg gebracht, daß eine Richtung zum Besseren möglich und es der Dichtung also erlaubt sei, die fundamentalen Menschheitsfragen anzugehen. Die so entstandenen Werke sind von unerhörter Schönheit und Kraft. Damals schrieb er seine „Ansätze zu einer postrevolutionären Dramaturgie“.

Mit der Revolution nimmt es zur Zeit recht eigene Wege. So sah er sich leider dann gezwungen, mit seiner Kunst für die Bewußtmachung und Beseitigung dieser Abwege zu kämpfen. Das machte andere Mittel nötig, die sich jedoch in ihrem ästhetischen Niveau nicht minder hoch über die gegenwärtige Kunstproduktion erheben. Bis zum Ende ließ er keinen Zweifel daran, daß der Revolution die Zukunft der Menschheit gehöre. Wer sein Werk anders versteht, versteht es nicht.

**Dr. Heidi Urbahn de Jauregui,
Montpellier**

Um was ging es vor 35 Jahren in der CSSR?

Eindrücke eines Diplomaten

Der Mythos „Prager Frühling“ geistert noch immer – wenn der August anbricht – Jahr für Jahr durch den hochsommerlichen Mediendschungel. Historiker üben vornehme Zurückhaltung in der Bewertung der Entwicklung 1967/68 in der CSSR und in Europa, obwohl die Archive längst zugänglich sind. Manch politisch Interessierter scheint genau zu wissen, worum es damals vor 35 Jahren ging, doch kaum ein sachkundiger Schreiber prüft die Fakten und konkreten Zusammenhänge von damals. Als einer der Zeitzeugen wage ich es, aus der Erinnerung einige Aspekte dieser Entwicklung zu rekapitulieren. Das ND, das in diesem Jahr drei Seiten zu diesem Thema druckte, vergißt in seiner Chronik den wichtigsten politischen Ausgangspunkt: das Plenum des ZK der KPTsch (Ende Dezember 1967/Anfang Januar 1968). Völlig unterschlagen wird im allgemeinen die Tatsache, daß zu den treibenden Kräften in der KPTsch, die die Beschlüsse des Januarplenums, insbesondere die Ablösung des damaligen 1. Sekretärs Antonin Novotny durchsetzen, Alois Indra, Drahomir Kolder, Jozef Lenart, Zdenek Mlynar und – unter anderen – auch Alexander Dubcek gehörten. In der Slowakei zählten Vasil Bilak und Gustav Husak dazu, die zu Beginn des Jahres noch keine Mitglieder des ZK der KPTsch waren. Daß Dubcek der Spiritus rector der angestrebten Veränderungen gewesen sein soll, gehört zu den Legenden, an denen er selbst ganz intensiv mitgestrickt hat. Tatsächlich war er der Kompromißkandidat der verschiedenen Gruppierungen im Zentralkomitee, die sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt hatten. Der Beschluß dieses Plenums, der als Januarresolution und politische Legitimation des „Prager Frühlings“ in jeder Äußerung der „Reformer“ zumindest erwähnt wurde, ist in jener Zeit der Demokratie und Pressefreiheit nie publiziert worden.

Die notwendige, in ihrem Wesen durch Ota Sik und seinen Kreis konzipierte Wirtschaftsreform lief im ungesteuerten Liberalisierungsprozeß aus den Gleisen, die Mangelwirtschaft vertiefte sich, das Warenangebot für die Bevölkerung war Mitte 1968 so schlecht wie seit Jahren nicht.

Die gesetzliche Garantie der Pressefreiheit bereitete den Boden für hemmungslose Meinungsmache und Kampagnenentfesselung, weil die Regularien – die journalistische Ethik – nicht durchgesetzt, ja nicht einmal angemahnt, geschweige denn kontrolliert wurden. Massenhysterie bis zum Rufmord war latent.

Auch das Demonstrationsrecht konnte mißbraucht werden; die Folge waren tägliche Aufzüge von Interessengruppen aller Schattierungen, vor allem in Ballungszentren wie Prag und Brno. Eine Ausnahme bildeten die Landregionen. Die Bauern hatten auf den Feldern zu tun. In der Kultur verlief ein als Demokratie und

Meinungsfreiheit ausgegebener Selektionsprozeß von „Dogmatikern“ und „Progressiven“.

Nach den ersten hundert Tagen wurde das Gesetz des Handelns weder durch die Regierung noch durch die Führung der KPTsch bestimmt. Sie hatten sich in die Rolle von Zauberlehrlingen manövrieren lassen, die von Schriftstellern, Journalisten, Schauspielern und Intellektuellen, Studenten und restaurativen politischen Kräften permanent unter Druck gesetzt wurden.

Als die ersten Knospen der internationalen Entspannung gerade zu sprießen begannen hatten, wurde von tschechoslowakischer Seite vorsichtig und schrittweise die Annäherung an die NATO-Staaten sondiert und betrieben. Verbal hat man zugleich unentwegt die Bündnistreue der CSSR gegenüber dem Warschauer Vertrag beschworen.

Die Grenzöffnung nach Westen war nicht nur eine Chance für diejenigen tschechoslowakischen Staatsbürger, die über Devisen verfügten; sie war vor allem ein Freibrief für gegnerische Geheimdienste. Leute wie Zbigniew Brzezinski, der in Prag seine Message von der Konvergenz verkünden konnte, gaben sich die Klinke in die Hand. Im In- und Ausland formierten sich die Kräfte, die gegen die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht auftraten. Ihnen wurde in keiner Weise Einhalt geboten. Zwischen CSSR und BRD gab es 600 km Grenze beider Militärblöcke. Sie an ihrer schwächsten Stelle durchlässig zu machen – das war eine ungeheure Versuchung für die USA und die NATO! Es ist mangelnde Faktenkenntnis oder Ignoranz, diesen Aspekt aus den Augen zu lassen. Man brauchte keine seherischen Fähigkeiten, um zu erkennen, daß jedes Infragestellen des territorialen Status quo in Europa bei der damaligen Kräftekonstellation verheerende Folgen gehabt hätte.

Am Ende der zweiten einhundert Tage unter neuer Führung war der „Prager Frühling“ jahreszeitgemäß erheblich am Welken. In dieser Situation wurden jene 2000 Worte verfaßt, die man am 21. 8. 03 nochmals im ND nachlesen konnte. Ich will konzidieren, daß man – mit dem Abstand von 35 Jahren – bei der Analyse des Pamphlets ohne den Background des konkreten historischen Geschehens die Tatsache aus dem Auge verlieren konnte, daß dieser Appell die Rolle des Zündholzes an einer Lunte zu spielen geeignet war. Der zeitliche Abstand gibt allerdings auch den Blick frei für eine mir damals verborgene Intention des Vaculik-Textes: den bisherigen Reformprozeß zu bilanzieren und ausgebliebene Ergebnisse anzumahnen. Das ernüchternde Resultat vor dem August 68: eine unvollständige Wirtschaftsreform, die Staatsrechtsreform zur Bildung der Föderation noch auf dem Reißbrett, fehlende Konzepte für eine Verwaltungsreform, für

die Gestaltung der Beziehungen der Verfassungsorgane, für die Reformierung des veralteten Sozialsystems, um nur einige innenpolitische Felder zu nennen.

Außenpolitisch war die CSSR im Sommer 1968 zu einem Risikofaktor in der europäischen Politik geworden. Die Regierung und das ZK der KPTsch kaschierten ihre Führungsschwäche mit Versprechungen und Ausflüchten zu Vorhaltungen der Verbündeten bei den zahlreichen multilateralen und bilateralen Treffen. Hinzu kam der von Alexander Dubcek vielfach geäußerte messianische Anspruch auf die internationale Vorbildwirkung des „Reformprozesses zur Gestaltung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, für den 200 Tage nicht ausreichten, wenigstens den konzeptionellen Grundstein zu legen. Das Ziel der Januarresolution des ZK, eine demokratische Umgestaltung der tschechoslowakischen Gesellschaft in Angriff zu nehmen, blieb Absichtserklärung, höchstens Vision.

Es wird oft vergessen, daß die sozialistischen Verbündeten das Januarplenum und den beginnenden Demokratisierungsprozeß durchaus mit Sympathie – wenngleich auch mit gemischten Gefühlen – begleiteten und 100 Tage lang Zurückhaltung übten, bis im März 1968 das Dresdner Treffen stattfand. Dort kam es zu einer mehr als zwölfstündigen Aussprache, bei der alle tschechoslowakischen Delegationsmitglieder die Möglichkeit erhielten, ihre unterschiedlichen Standpunkte ohne Redezeitbeschränkung zu erläutern. Die Delegationsleiter der sozialistischen Partnerländer (mit Ausnahme Rumäniens) legten eigene Erfahrungen mit innenpolitisch problematischen Entwicklungen dar und brachten ihre Besorgnis gegenüber den tschechoslowakischen Verbündeten über die Abläufe in ihrem Land zum Ausdruck. Auch die zweiten 100 Tage ließen keine Wende zu einem konzeptionell fundierten Erneuerungsprozeß erkennen. Die Frage, wie eine Lösung der Probleme in der Tschechoslowakei ohne die militärische Intervention des Warschauer Vertrages hätte aussehen können, ist offen und bleibt unbeantwortet. Zu denken geben Stimmen in Tschechien, die „samtene Revolution“ von 1989 habe nur das zu Ende gebracht, was 1968 begonnen worden sei.

Klaus Kukuk

Unser Autor war von 1968 bis 1972 und von 1977 bis 1981 Diplomat in der Prager Botschaft der DDR.



Wie Otto Grotewohl der DDR den Weg bahnen half

Künder der Arbeitereinheit

Die Spur führt in die Jakobstraße 1a. Die Braunschweiger Polizei ist durch einen Schriftvergleich darauf gekommen, daß das bewußte Flugblatt in der dortigen Druckerei des Johann Heinrich Meyer hergestellt wurde. Das Flugblatt hatte in der Residenzstadt des Herzogtums einen Streik der Lehrlinge ausgelöst. Sie lehnten sich dagegen auf, daß sie zwölf bis vierzehn Stunden schuften mußten, nur karges Essen, dafür um so mehr Prügel von Meistern und Gesellen bekamen. Der Verdacht, den illegalen Handzettel verfaßt zu haben, fällt sofort auf den am 11. März 1894 geborenen, jetzt 16jährigen Lehrling. Seine Eltern sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, und auch er selbst ist kein politisch unbeschriebenes Blatt mehr: Seit zwei Jahren gehört er zur Sozialistischen Arbeiterjugend, ist dort sehr rege, ein guter Redner, auf den die jungen Leute hören. Was seine berufliche Arbeit angeht, kann ihm zwar keiner einen Vorwurf machen, doch wegen des Flugblatts nimmt ihn der Lehrherr gehörig ins Gebet. Ein „böses Schicksal“ prophezeit er im Jahre 1910 dem Lehrling Otto Grotewohl. Knapp 20jährig wird der Buchdrucker in die Uniform des preußisch-deutschen Militarismus gezwungen. Man schreibt das Jahr 1914. Der junge Grotewohl soll als Infanterist für die Kriegsziele der Herrschenden seine Gesundheit und vielleicht sogar das Leben opfern. Doch er hat Glück, wird „nur“ zweimal verwundet, überlebt. So kann er im Dezember 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in seiner Heimatstadt werden und fünf Monate später seine militärischen Kenntnisse und Erfahrungen in den Abwehrkämpfen gegen die konterrevolutionären Truppen des Generals Maercker einsetzen.

Am 18. Juli 1923 berichtet die in Hannover erscheinende „Niedersächsische Arbeiter-Zeitung“ über schwarze Listen der Nazis, auf denen die Namen kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre stehen, die bei einer Machtübernahme beseitigt werden sollen. Darunter befindet sich auch der des braunschweigischen SPD-Ministers für Inneres und Justiz Otto Grotewohl. Drei Jahre zuvor war Grotewohl in den Landtag des Freistaates und im November 1921 zum Minister für Volksbildung gewählt worden. Mit 27 Jahren war er das jüngste Kabinettsmitglied in der gesamten Weimarer Republik. Auf die Naziliste geriet er, weil er entschieden gegen rechtsextremistische und nationalistische Gruppen vorging. „Man braucht nur einmal einen Blick auf die politische Betätigung jener Kreise zu werfen, die gegenwärtig am lautesten das Wort Nationalismus im Munde führen ... wir sehen in diesen Dingen eine große Gefahr für das deutsche Volk“, erklärt er in einer Landtagsrede. Immer wieder erhebt Otto Grotewohl auch als Vorsitzender des Bezirksvorstandes der SPD (seit 1924) und



als Reichstagsabgeordneter (seit 1925) Anklage gegen die Faschisten, warnt vor den drohenden Gefahren. Er erkennt zwar die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen beider Arbeiterparteien, aber noch vertraut er der Politik der SPD-Führung, von der er glaubt, sie würde die Demokratie entschlossen verteidigen.

Als wenig später die Nazis an die Macht geschoben werden, jagen sie den Sozialdemokraten Grotewohl nicht nur aus den Ämtern, sondern auch aus seiner Heimatstadt. Er geht zunächst nach Hamburg, dann nach Berlin. Den Lebensunterhalt für die Familie verdient er als kaufmännischer Angestellter, als Vertreter, mit dem Malen von Porträts, mit Gelegenheitsarbeiten. Schon in der Hansestadt schließt er sich einer Widerstandsgruppe sozialdemokratischer Arbeiter an, die Verbindungen hält in andere deutsche Städte und zu Emigranten in Dänemark. Zweimal wird er von der Gestapo verhaftet und Monate gefangengehalten. Beide Male muß er wegen „Mangels an Beweisen“ wieder freigelassen werden, doch er wird ständig bespitzelt.

Es sind die persönlichen Erfahrungen mit Faschismus und Krieg, aus denen Otto Grotewohl endgültige Konsequenzen zieht. „Man muß den Mut haben, Fehler der Vergangenheit zu begreifen, zu verstehen und richtig zu analysieren“, schreibt er. Und: „Eine Generation, die in der Arbeiterbewegung Bebels heranwuchs, später in den verschiedensten politischen Lagern der Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg, in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik Akteur war, um schließlich durch eigenes schuldhaftes Verhalten in der schmachwürdigen Hitlerdiktatur Opfer zu werden, hat wahrlich Grund genug ..., für die Zukunft den rechten Weg zu finden.“

Otto Grotewohl läßt den Worten Taten folgen. Nachdem die Sowjetische Militäradministration am 10. Juni 1945 die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien gestattet hat, entsteht in Berlin ein Zentralauschuß, der den Wiederaufbau der SPD vorbereiten soll. Ihm gehört Otto Grotewohl an, er wird dessen Vorsitzender. In seinem Namen erklärt er am 17. Juni in einer Konferenz vor 1800 SPD-Funktionären: „In der Einheit liegt die größte Kraftentfaltung der arbeitenden Bevölkerung und aller freiheitsliebenden Klassen ... Ja, wir sind bereit, den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu führen ... In kameradschaftlicher Übereinstimmung mit unseren kommunistischen Freunden haben darum der Zentralauschuß der SPD und das Zentralkomitee der KPD einen gemeinsamen Arbeitsausschuß gebildet ... Was uns eint, ist stärker als alles, was uns trennt.“

Bis zur Vereinigung beider Arbeiterparteien ist jedoch noch viel Arbeit zu leisten. Grotewohl ist ständig unterwegs, um seine Genossen für die Einheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Meist findet er überwältigende Zustimmung, so am 7. April 1946 auf dem Landesvereinigungsparteitag im thüringischen Gotha. Aber er muß sich auch mit der prokapitalistischen Gruppe um den rechten SPD-Funktionär Kurt Schumacher auseinandersetzen. Sie unternimmt alles, um die Vereinigung beider Arbeiterparteien in den Westzonen zu verhindern und im Osten aufzuhalten. Zumindest in der Sowjetischen Besatzungszone mißlingt ihr Vorhaben. 548 sozialdemokratische und 507 kommunistische Delegierte, die 680000 bzw. 620000 Mitglieder vertreten, beschließen am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast zu Berlin ihren Zusammenschluß zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Der Vereinigungsparteitag wählt Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck zu gleichberechtigten Vorsitzenden.

Am 12. Oktober 1949 erläutert der erste Ministerpräsident der DDR vor der Provisorischen Volkskammer das Programm seiner Regierung.

Trotz angegriffener Gesundheit gönnt sich Otto Grotewohl bei den Staatsgeschäften keine Schonung. Viele neue Gesetze entstehen unter seiner Federführung für den Aufbau der Republik, und auch außenpolitisch setzt er Marksteine: Am 6. Juli 1950 unterzeichnet er das Abkommen über die Friedensgrenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, und am 14. Mai 1955 leitet er die Regierungsdelegation bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages.

Otto Grotewohl stirbt am 21. September 1964 in Berlin.

Ist das Abendland eigentlich christlich?

Im Spiegel der zehn Gebote

Es gehört zu den fest eingprägten und selten hinterfragten Glaubenssätzen eines breiten Publikums in Ost und (noch mehr) in West, wonach die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dieses Landes dem Christentum und seinen Grundsätzen verpflichtet sei. Dieser Allgemeinplatz wird u.a. festgemacht an der privilegierten Stellung der christlichen Kirchen, an der Verankerung von Religionsunterricht an den Schulen und am Vorhandensein einer großen Partei, die schon mit ihrem Namensschild ihre angeblich christliche Orientierung vor sich her trägt. Diese Fama scheint mit einer erstaunlichen Lebenskraft ausgestattet zu sein und findet trotz immer wieder zu beobachtender Ernüchterung bis heute genügend Anhänger. Dafür sorgen die Institutionen des Staates, der Kirchen und der zahlreichen Verbände und Stiftungen, die eine entsprechende Propaganda dafür leisten.

Es soll hier anhand biblisch-religiöser Kriterien untersucht werden, ob eine Kennzeichnung dieses Systems als „christlich“ zutrifft. Was könnte sich dazu als Prüfstein besser eignen als die Quintessenz der jüdisch-christlichen Religion, die man in den zehn Geboten zusammengefaßt sehen kann?

Ich beginne von hinten, nämlich mit dem neunten und zehnten Gebot nach katholischer und lutherischer Zählung (nach dem hebräischen Text das zehnte): „Du sollst nicht begehren die Güter deines Nächsten!“ Danach wird schon die bloße Begierde nach dem Eigentum des Mitmenschen unter Verbot gestellt. Nun ist aber das Begehren, die Begierde, a priori das unmoralische Grundgesetz des kapitalistischen Wirtschaftens. Die Orientierung

auf Gewinn mit den Methoden der Konkurrenz hat, solange es Geld gibt, zur Anhäufung partiellen Reichtums auf Kosten der Armut der vielen geführt, heute in einem geradezu monströsen Ausmaß. Dieses Gesetz gilt auch innerhalb der sogenannten Industriestaaten, in denen die kleine Oberschicht der Besitzenden einem erheblichen Teil der abhängigen Bevölkerungsschichten Eigentum und relativen Wohlstand ermöglicht hat, die ihrerseits eine fatal korrumpierende Wirkung auf deren gesellschaftliches Wertgefühl ausüben und das Aufkommen von Klassenbewußtsein von vornherein verhindern oder – falls aufkeimend – beizeiten wieder zerstören. Die Fülle und der Glanz der mit Hilfe dieses gewinnorientierten Wirtschaftens hergestellten Güter erzeugt bei denen, die diese kaufen können, ein Überzeugtsein von höchster Effizienz und optimaler Wirtschaftlichkeit, die solchen Produktionsverhältnissen angeblich innewohnt. Das Ausmaß der Korrumpierung des Denkens durch die Verengung des Blickwinkels auf solchermaßen „optimales“ Wirtschaften ist inzwischen so gesellschaftsfähig geworden, daß die Reflexe davon bis in den jüngsten Programmentwurf einer sich sozialistisch nennenden Partei vordringen konnten. Wenn deren Mitgliedschaft diesen Vorgang weiterhin teilnahmslos hinnimmt, wird es demnächst keine nennenswerte gesellschaftliche Größe mehr geben, die dieses skandalöse Dogma in Frage stellt. Was bereits für den ehemals national eingehetzten Kapitalismus galt, gilt ja wohl heute für die globalisierte Kapitalmaximierung erst recht:

„Armer Mann und reicher Mann

Standen da und sah'n sich an.

Und der Arme sagte bleich:

Wär ich nicht arm, wärs du nicht reich.“

Dieser einfache Vierzeiler führt den Köhlerglauben, durch „Gewinnstreben“ und „marktwirtschaftliches Wirtschaften“ könne eine gerechte und solidarische Gesellschaft erreicht werden, ad absurdum. Denn: Nur gegen das herrschende System kann das zehnte Gebot eingehalten werden!

Im neunten Gebot wird uns gesagt: „Du sollst kein falsches Zeugnis reden gegen deinen Nächsten!“ In diesem Zusammenhang fallen uns natürlich sofort die Namen zahlreicher lobenswerter Menschen ein, die auch heutzutage der Wahrheit vor Gericht wie im täglichen Leben die Ehre geben, die den Leumund ihrer Mitmenschen achten und selbst in schwieriger Lage der Aufrichtigkeit verpflichtet sind. Aber bestimmen diese den gesellschaftlichen Grundkonsens? Sind es Menschen dieser Art, die die wirtschaftlichen und politischen Fäden im Lande und weltweit in der Hand haben? Wir sind davon aus gutem Grund leider nicht überzeugt, belehren uns

doch die täglichen Nachrichtenmeldungen über die enthüllten Lügen, Verdrehungen, Verfälschungen und Vertuschungen eines Schlechteren. Gewiß hängt das auch zusammen mit der inneren Verbindung zum vorgenannten zehnten Gebot. In einer Welt, die auf Gewinnsteigerung ausgerichtet ist, kann der Gebrauch des wahren Zeugnisses und der Ehrenschatz für den Mitmenschen auf die Dauer nur hinderlich sein. Selbst ein vordergründig immaterieller „Gewinn“ wie ein gutes Wahlergebnis bei der Bundestagswahl vermag heute keine der großen oder groß werden wollenden Parteien mehr davon abzuhalten, vor dem Urnengang Versprechungen abzugeben, die bereits bei ihrer Vorformulierung den Charakter der Lüge in sich tragen. Denn: Nur gegen das herrschende System kann das neunte Gebot eingehalten werden!

Es gibt im Dekalog einen weiteren Imperativ, der wiederum mit dem sozialen Zusammenleben zu tun hat. Im achten Gebot heißt es: „Du sollst nicht stehlen!“ Auch diese moralische Forderung einzuhalten, setzt im Grunde ein Wirtschaftssystem voraus, in dem jeder durch Arbeit sein Auskommen findet und daher seine persönlichen Begehrlichkeiten im Zaum halten kann. Auch hierbei fallen uns natürlich sofort skandalträchtige Vorgänge ein, die uns eine „verdorbene Natur des Menschen“, eine angeblich „angeborene Sündigkeit“ suggerieren wollen, etwa wenn eine Person des öffentlichen Lebens ein Haarshampoo für drei Mark fünfzig aus der Kaufhalle mitgehen lassen will, ohne zu bezahlen. Die Mitteilung von solcherart Fehlleistungen, wenn sie von der Zeitung mit den vier großen Buchstaben genüßlich ausgeschlachtet sind, stellen freilich ein Ablenkungsmanöver dar und sind daher eher in das Problemfeld des neunten Gebotes einzuordnen, gemäß dem Brechtschen „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie. Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ Selbst das an der Kasse vorbeigeleitete Shampoo, das der Warenhausdetektiv aufspürt, ist nichts weiter als das materialisierte Symbol für die Begierde, „Gewinn“ zu machen. Leider gibt es für die realisierte Anhäufung etwas größerer „Gewinne“ – etwa beim Einkauf von TV-Sendern, der feindlichen Übernahme eines Mammutkonzerns oder der Eroberung von Erdölfeldern – nicht die dafür nötigen Detektive. Dafür sorgen ganze Heere eigens zu diesem Zweck unterhaltener Steuerberater, Finanzexperten und Lobbyisten in Parteien und Parlamenten, die eine Aufdeckung von Diebstählen und Betrugshandlungen tendenziell um so effektiver behindern, je höher die entsprechende Diebstahlsebene liegt. Denn: Nur gegen das herrschende System kann das achte Gebot eingehalten werden!

(Wird fortgesetzt)



Grafik: SHAHAR

Bekommt die DKP am Ende doch noch ein neues Programm?

Die Nebel lichten sich

Auf programmatischem Gebiet hat die DKP erheblichen Nachholbedarf. Wenn man davon ausgeht, daß Programm und Statut – und zwar jeweils auf den letzten Stand gebracht – gewissermaßen das Entree einer politischen Partei darstellen, dann ist die Einlaßpforte der Essener Parteizentrale seit zehn Jahren verwaist: Das bis heute gültige Mannheimer Programm stammt aus einer Zeit, in der die Welt völlig anders aussah. Damals gab es die UdSSR, die DDR und den europäischen Sozialismus noch. Die ebenfalls auf einem Parteitag in Mannheim gegen den Widerstand einiger Sektierer bestätigten Thesen zur programmatischen Orientierung, die die Handschrift von Hans Heinz Holz tragen, sind zwar von guter Substanz, sollten aber schon 1993 nur als Zwischenlösung bis zur Vorlage eines ausgereiften Programms dienen. Wenn dieses bislang nicht beschlossen, wenn die dringende Aufgabe von Parteitag zu Parteitag weitergereicht wurde, dann liegt das nicht nur an der theoretischen Schwäche, fehlenden Entschlußkraft und mangelnden Führungskompetenz einzelner Personen, sondern ist auch Ausdruck der Absicht, sich in bestimmten Fragen um eine Antwort zu drücken. Ein von der Parteispitze Stehr/Hager schließlich präsentierter Entwurf stieß auf so heftigen Widerstand, daß man auf dem Düsseldorfer Parteitag 2002 eine programmatische Diskussion überhaupt vermeiden wollte, zumal der durch Hans Heinz Holz und Patrik Köbele vorgelegte „Verbesserungsvorschlag“ starke Resonanz fand. Eine zeitlich eng begrenzte Debatte mußte dann doch zugelassen werden.

Seitdem haben sich die Dinge weiterentwickelt. Die Programmkommission – zuvor eine Domäne von Anhängern der Führungsposition – wurde ausgewogener besetzt und eine dreiköpfige Autorengruppe (Dürrbeck, Holz, Seppmann) beauftragt, ein Diskussionspapier zur Programmatik der Partei vorzulegen. Es kursiert inzwischen als „Bückware“, da es weder vom Parteivorstand noch von der UZ veröffentlicht wurde.

Dieses Dokument, viel zu lang und im Unterschied zum Holz-Köbele-Vorschlag auch mit manch Überflüssigem beladen, besitzt zweifellos inhaltliche Vorzüge, die sicher auch jenen aufgefallen sein dürften, denen die ganze Richtung der Programmdenbatte nicht paßt, weil sie sich ideologisch zwischen Marxismus-Leninismus und „demokratischem Sozialismus“ aufhalten,

also zentristische Positionen einnehmen. Das Papier geht vom wissenschaftlichen Sozialismus aus, basiert demnach auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin (sowie all jener, die zwar nicht zu den Klassikern gehörten, aber Theorie und Praxis im gleichen Sinne vorantrieben). Es führt zugleich eine Reihe unmarxistischer Auffassungen ad absurdum. Das gilt z. B. für das von bestimmten Protagonisten des oben skizzierten Schaukelkurses vertretene Konzept vom „kollektiven Imperialismus“. Zur Charakterisierung der Weltlage heißt es im Diskussionsmaterial, drei Metropolen führten einen Kampf auf Leben und Tod um Marktanteile und den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen: „Ein ökonomischer und politischer Machtkomplex“ habe sich „um Deutschland und Frankreich in der EU gebildet“ und stelle den Führungsanspruch der USA zunehmend in Frage. Japan baue an einem ostasiatischen Imperium. Letztlich finde eine „Auseinandersetzung um die Weltherrschaft“ statt. Zu Behauptungen gewisser Theoretiker, die Nationalstaaten hätten im Zuge der „Globalisierung“ ausgedient, heißt es: „Trotz aller Bedeutung der supranationalen Institutionen“ bildeten Nationalstaaten und Staatenverbindungen (wie die EU) das Hauptinstrument der Kapitalmacht. Mit großer Klarheit wird der durch andere verharmloste deutsche Imperialismus dargestellt. Fast 60 Jahre nach der Niederlage im faschistischen Eroberungskrieg wagten „die deutschen Imperialisten zum dritten Mal den Griff nach der Weltmacht“. Der „Großmachtsanspruch“ werde auch militärisch geltend gemacht. „Aggression nach außen und innen.“

Während in der Stehr-Hager-Vorlage in bezug auf den Sozialismus weithin Verwirrung herrschte, vermeiden die Verfasser des jetzigen Diskussionsentwurfs Unschärfe in dieser Frage. „Am Anfang des Übergangs zum Sozialismus“ stehe „die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Ohne die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Finanzinstitute kann es keinen Sozialismus geben.“ Zugrunde gelegt wird die Erkenntnis, daß eine Revolution wertlos ist, wenn sie sich nicht zu verteidigen weiß. „Solange der Aufbau des Sozialismus sich nicht gleichzeitig weltweit vollzieht, bedarf eine sozialistische Ordnung eines Schutzes nach außen“, wird konstatiert. „Wehrlosigkeit würde die Kapitulation vor der Konterrevolution bedeuten.“ Der Sozialismus müsse auch gegen Klassenfeinde im Innern verteidigt werden.

Überzeugend ist das Bekenntnis zur Oktoberrevolution als dem „welthistorischen Ereignis ..., das die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet hat“. Die Niederlage des europäischen Sozialismus könne die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß in seinem Bereich der Aufbau des Sozialismus in An-

griff genommen worden sei. Kommunisten müßten „überall und immer die Solidarität mit den noch existierenden sozialistischen Ländern organisieren“.

Im Kontrast zum Stehr-Hager-Papier, das auch hier reichlich nebulös blieb und jede rückhaltlose Identifizierung deutscher Kommunisten mit der DDR vermied, schlägt man im Dreierentwurf keine Haken. „Ungeachtet ihrer Mängel war die DDR der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, in dem die Ausbeuterklassen entmachteten wurden; sie war die größte Errungenschaft im Kampf der deutschen Arbeiterklasse.“

Über einzelne Formulierungen und Wertungen zu den Gründen der Niederlage des Sozialismus ließe sich streiten, so über die These, die Erstarrung der gesellschaftlichen Verhältnisse sei die „innere Hauptursache“ des Desasters gewesen. War das nicht eher der Zusammenbruch des lange Zeit bestehenden Vertrauensverhältnisses zwischen Partei und Massen, zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft?

Hundertprozentig unterschreiben kann man den Satz: „Die Niederlage des Sozialismus ist zugleich das Ergebnis der inneren und äußeren Konterrevolution.“ Hierbei habe das Eindringen der bürgerlichen Ideologie, der Zerfall des revolutionären Charakters der Theorie begünstigend gewirkt.

In der Frage nach dem historischen Subjekt, der Hauptkraft des revolutionären Prozesses, bekennen sich die Autoren ohne Wenn und Aber zur Arbeiterklasse. Die DKP wird als Partei der Arbeiterklasse definiert, wobei sich in der Struktur der arbeitenden Bevölkerung bedeutende Veränderungen vollzögen, die der Analyse bedürften. Ausdrücklich wird auf die Gültigkeit des von Lenin geprägten Klassenbegriffs verwiesen.

Auch die internationale Dimension des Kampfes der kommunistischen Bewegung bleibt nicht unerwähnt – allerdings ohne den Terminus „proletarischer Internationalismus“. Das Wort „Avantgarde“ findet man ebensowenig im Parteiteil des Dokuments.

Alles in allem: Vieles ist neu, manches ungewohnt, auch wenn man hier und dort „alte Bekannte“ aus früheren Entwürfen wiedertrifft. Es handelt sich offensichtlich um eine Legierung, in die nicht immer synchronisierbare Gedanken etlicher Zuarbeiter eingeflossen sind. Insgesamt kann man sagen, daß ein begrüßenswerter Schritt getan wurde, der indes nicht über das Holz-Köbele-Papier hinausführt. Die programmatische Debatte bekäme allerdings noch stärkere Impulse, wenn der Parteivorstand der DKP, der in dieser Frage offenbar „zum Jagen getragen werden muß“, seine Politik der Diskretion aufgäbe und die Öffentlichkeit einbezöge.

Konrad Strehl

Nachträglich gratuliert die Redaktion dem Dramaturgen und Schriftsteller

Manfred Hocke aus Berlin – unseren Lesern als „Archie“ ein Begriff –, der bereits am 29. September sein 70. Lebensjahr vollendete.

Wir freuen uns, daß der bekannte Autor eine schwere Operation gut überstanden hat und seine literarische Arbeit fortsetzen kann.

Der Dresdner SPD-Parteitag 1903 erteilte dem Revisionismus eine Abfuhr

Vergleiche und Lehren

Vor einhundert Jahren, vom 13. bis 20. September 1903, fand der Dresdner Parteitag der SPD statt. Wenige Wochen zuvor, vom 17. Juli bis zum 10. August, waren die Delegierten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) zu ihrem II. Parteitag zusammengetroffen, der illegal zuerst in Brüssel, dann in London beriet. Jetzt stehen wir unmittelbar vor dem Chemnitzer Programmparteitag der PDS. Gibt es zwischen diesen drei Kongressen Verbindendes, Vergleichbares? Welche Erkenntnisse und Lehren der beiden Parteitage von 1903 sind heute noch aktuell und nutzbar?

Vergleichen ließ sich schon damals vieles: In Dresden versammelten sich 263 gewählte Delegierte, 57 Mitglieder des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, der Kontrollkommissionen und Redaktionen sowie 12 ausländische Gäste. Das Trianon, in dem der Parteitag zusammentrat, war von Besuchern überfüllt. Die deutsche Sozialdemokratie stellte in jener Zeit eine mächtige, geachtete und selbstbewußte Partei dar.

Demgegenüber wirkten die 43 Abgesandten der SDAPR eher wie ein verllorener Haufen. Auch die Tagesordnung konnte unterschiedlicher kaum sein. Die SDAPR befaßte sich mit dem Parteiprogramm, dem Statut und der Organisationsstruktur. Sie sollten den neuen Herausforderungen entsprechen, die mit dem Imperialismus entstanden waren.

Die SPD behandelte den Geschäftsbericht des Vorstandes, den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion, die Reichstagswahlen und revisionistische Bestrebungen in der Partei.

Bei einer Bewertung des Dresdner Parteitags – den II. Parteitag der SDAPR

haben wir schon in der August-Ausgabe gewürdigt – ist zu berücksichtigen, daß die deutsche Sozialdemokratie bereits über große Erfahrungen im parlamentarischen Kampf verfügte und eine geachtete Stellung in der internationalen Bewegung einnahm. Lenin bezeugte August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg seinen Respekt.

Bei den Reichstagswahlen im Juni 1903, kurz vor dem Dresdner Parteitag, hatten 31,7 % der Abstimmenden für SPD-Kandidaten votiert. Die Partei entsandte nun 81 Abgeordnete in das Parlament. Das war ein glänzender Sieg. Die Erfolge schienen jenen in der SPD recht zu geben, die der Losung „Mit dem Stimmzettel an die Macht!“ folgten. So trat die Frage, ob die Teilnahme an der Regierung nützlich und geboten sei, ins Blickfeld der Sozialdemokratie. In Frankreich hatte schon 1899 der „Sozialist“ Millerand ein Ministeramt übernommen. Vollmer sprach sich 1900 dafür aus, dem Pariser Beispiel zu folgen, und Reichskanzler von Bülow rief am 20. Januar 1903 den Sozialdemokraten von der Tribüne des Reichstags zu: „Meine Herren, ich wünsche Ihnen einen Millerand!“ (M. wurde 1904 aus der Französischen Sozialistischen Partei ausgeschlossen. 1912/13 diente er als Kriegsminister und wurde so zu einem Haupteinpeitscher des imperialistischen Völkermords. Schließlich war er Ministerpräsident und anschließend Präsident Frankreichs. Er gehörte zu den Organisatoren der Kreuzzüge gegen die junge Sowjetmacht.)

Den Wunsch von Bülows erfüllten später Leute wie Ebert, Scheidemann und Noske. Zu wessen Nutzen?

Eine prinzipielle Antwort auf die Frage nach dem Platz des parlamentarischen

Kampfes in der Politik der SPD gab Rosa Luxemburg 1904 mit ihrer Schrift „Sozialdemokratie und Parlamentarismus“. Sie forderte von den Abgeordneten eine revolutionäre Parlamentstaktik, die garantiert, daß die Partei „nicht in den einzelnen Fragen des Alltags untertaucht und nur Opposition betreibt, sondern daß sie immer stärker ihre ‚Grundtendenz‘ hervorkehrt: die Bestrebung zur politischen Machtergreifung durch das Proletariat zum Zwecke der sozialistischen Umwälzung“.

Wer das Protokoll des Dresdner Parteitags liest, wird überrascht sein, daß hier nicht die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokraten den größten Raum in der Diskussion einnahm, sondern die Frage, ob SPD-Politiker in der bürgerlichen Presse schreiben dürfen oder nicht. Im Streit – von manchen Rednern als „Literatengezänk“ und „Akademikerdebatte“ mißverstanden – zeigten sich die Fronten zwischen Marxisten und Revisionisten. Im Text nimmt das immerhin 105 Seiten ein. Am Ende bekannte Eduard Bernstein freimütig: „Ich bin Revisionist.“

August Bebel, der als Sprecher der kämpferisch gestimmten Mehrheit der Delegierten auftrat, forderte, die SPD solle revolutionäre Klassenorganisation bleiben und weiterhin auf der Grundlage des Erfurter Programms wirken. (Dem Protokoll des Dresdner Parteitags ist dieses ausdrücklich vorangestellt.) Bebels berühmtes Bekenntnis lautete: „Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.“

Mit 288 gegen 11 Stimmen wies der Dresdner Parteitag die revisionistischen Forderungen zurück. Der Beschluß verurteilte die Mitarbeit von Sozialdemokraten an Presseorganen der Bourgeoisie und legte fest, auf den Posten des Vizepräsidenten im Reichstag zu verzichten. Der Kampf gegen den Militarismus solle verstärkt werden.

Von durchaus aktueller Bedeutung war die Reaktion der sich reformerisch gebenden Revisionisten vom Schlage Bernsteins. Sie paßten ihre Taktik dem innerparteilichen Kräfteverhältnis an. Der Beschluß sei nicht wörtlich zu nehmen, erklärten sie und verstärkten zugleich ihre auf die Untergrabung der Partei gerichtete Tätigkeit. Es dauerte reichlich zehn Jahre, als sich 1914 zeigte, wie sehr der wuchernde Revisionismus die einstmalige große revolutionäre Kraft der SPD zerfressen hatte. Auch in dieser Hinsicht ist der heutige Tag die Folge des gestrigen. Es lohnt sich also, Vergleiche anzustellen und Lehren zu ziehen.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Sorge der Regierer: Rentner werden zu alt

„Generationengerechtigkeit“

Das zusammengesetzte Substantiv „Generationengerechtigkeit“ ist eigentlich am besten für den Wörtergalgen geeignet. Doch es soll der sozialen Gerechtigkeit den Strick drehen. Man versucht, einen Generationenstreit vom Zaun zu brechen, um den Rentnern in die Tasche greifen zu können. Die Menschen, die durch ihre monatlichen Beiträge etwas für den letzten Lebensabschnitt angespart haben, werden jetzt den Jüngeren als die Schuldigen am großen Schlamassel vorgeführt. Diesen wird angeblich nicht das ausgezahlt, was sie sich selbst erarbeitet haben, was ihnen deshalb rechtmäßig zusteht, sondern viel zu viel.

Warum? Weil sie sich nicht an die Spielregeln halten und die Pyramide der Generationen „durcheinanderbringen“. Während der Staat darauf bauen und hoffen darf,

daß sich seine Bürger am besten noch vor Erreichen des Rentenalters, aber zumindest kurz danach aus dieser Welt verabschieden, werden die Senioren zum Entsetzen der Behörde immer älter. So aber hatte man nicht gewettet. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden – zusätzlich zur bereits weithin praktizierten Einschränkung diagnostischer und therapeutischer, chirurgischer und medikamentöser Betreuung der Alten.

Warum so viel Aufhebungs? Natürlich im Interesse der eingangs erwähnten „Generationengerechtigkeit“. Die Politiker, die das Unwort erfunden haben und im Munde führen, sind ja selbst bis zum letzten Wimpernschlag versorgt und umsorgt. Jedenfalls so lange, wie es den Kapitalismus gibt.

C. A.

Wie Willi Münzenberg die Herausgabe des „Braunbuchs“ organisierte

Rote Konterpropaganda

Das, wovon hier die Rede ist, liegt jetzt 70 Jahre zurück. Ein Grund zur Würdigung ungewöhnlicher Taten. Denn unter allen Publikationen der antifaschistischen deutschen Emigration erzielte das „Braunbuch“ über Reichstagsbrand und Hitlerterror den größten Erfolg. Erstveröffentlicht im Juli 1933 in Basel, erschien es als deutsche Ausgabe am 1. August 1933 im Strassburger Verlag „La République“. Mit einem Vorwort von Lord Dudley Leigh Aman Marley, dem Vorsitzenden des Weltkomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus, und Beiträgen von international bekannten Schriftstellern wie Henri Barbusse und Romain Rolland, war es in nur vier Monaten erarbeitet worden.

Das Buch konnte in einer Gesamtauflage von ca. 500 000 Exemplaren herausgegeben werden und erzielte 55 Auflagen – davon 7 deutsche Ausgaben (in Dünndruck und Kleinformat als Tarnschrift). In 20 Sprachen übersetzt und von bedeutenden Zeitungen vieler Länder in Fortsetzungen gedruckt, erreichte sein Inhalt Millionen Menschen. Das Ringen um die Befreiung Dimitroffs und seiner Mitangeklagten sowie Ernst Thälmanns bekam starke Impulse. Das politische Exil konnte sich formieren. Der Widerstand in Deutschland wurde gestärkt.

Initiator und verantwortlicher Leiter der Braunbuch-Kampagne war Willi Münzenberg. An seiner Seite wirkten André Simone (Otto Katz), Wilhelm Koenen, Alexander Abusch und Albert Norden. Zum erweiterten Mitarbeiterkreis gehörten Willi Feistmann, Max Schröder, Alfred Kantorowicz,

Gustav Regler, Arthur Koestler, Bruno Frei, Bodo Uhse u. a. John Heartfield gelang eine wirkungsvolle Gestaltung. Die Umschlag-Collage zeigte einen blutbeschmierten Goering mit dem Henkersbeil, im Hintergrund den brennenden Reichstag.

In der Pariser Rue Mondetour war eine Publikation entstanden, die die Weltöffentlichkeit aufrüttelte. Ihr Ziel war der Nachweis, daß die Nazi-Führung den Reichstagsbrand selbst inszeniert hatte. Das NS-Regime sollte – gestützt auf Beispiele und daraus abgeleitete Verallgemeinerungen – als Hort des Verbrechens charakterisiert werden. Kurze Zeit später, im Mai 1934, erschien im Verlag „Editions du Carrefour“ (Paris) das Braunbuch II „Dimitroff contra Goering – Enthüllungen über die wahren Brandstifter“. Es folgte der gleichen Diktion.

Der durchschlagende Erfolg der Braunbuch-Kampagne resultierte vor allem daraus, daß es gelang, noch vor Prozeßbeginn propagandistisch in die Offensive zu gehen. Sie wurde bis zu seinem Abschluß (23. 12. 1933) uneingeschränkt behauptet. Die Schöpfer des Braunbuchs bündelten Kräfte und Mittel und scharten geeignete Autoren um sich, die die Macht der Sprache kannten und wirkungsvoll einsetzten. Sie konzentrierten sich auf die Hauptfragen der politischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus und leiteten zugleich flankierende Maßnahmen ein. Dazu gehörten der Gegenprozeß in London und die Herausgabe der Zeitung „Gegen-Angriff“ als Antwort auf den Goebbelschen „Angriff“.

Von besonderer Bedeutung waren Erfahrungen und Arbeitsweise Willi Münzenbergs, dessen Eigenschaften und Talente auf propagandistisch-agitatorischem Gebiet, die er sich als Funktionär der KPD und der Komintern in der Zeit der Weimarer Republik erworben hatte. Er wandte sie jetzt schöpferisch auf die völlig veränderten Kampfbedingungen an. Propaganda verstand er niemals als Selbstzweck, sondern immer im Zusammenhang mit der Praxis.

Ein organisiertes politisches Exil existierte 1933 noch nicht. Man befand sich ganz am Beginn des Aufbaus seiner Infrastruktur in Prag und Paris. Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, welche Leistung die Braunbuch-Kampagne darstellte.

Im Mittelpunkt stand weniger der Hergang des Reichstagsbrandes als die Demaskierung der faschistischen Diktatur, ihrer Politik und Ideologie. Völlig abgesicherte Tatsachen-

darstellungen wurden geschickt mit Vermutungen bzw. möglichen Entwicklungstendenzen der Hitlerdiktatur verknüpft. Das unterschied die Braunbuch-Aktion von der Nazi-Propaganda, die mit der Lüge des Reichstagsbrandes als Auftakt eines kommunistischen Aufstandes einer Selbstsuggestion unterlag. Für die Pariser KPD-Emigranten ging es um den Kampf gegen ein System, das seinen verbrecherischen Charakter von Anfang an bewiesen hatte. „Unlautere Mittel“ waren hier ein Akt intellektueller Notwehr aus der Position der politisch Verfolgten heraus. Hinzugefügt sei, daß die Grenzen des Plausiblen niemals überschritten wurden.

Münzenberg und seine Mitstreiter konnten so den Mythos der Goebbels-Propaganda gründlich zerstören. In welchem Maße der deutsche Faschismus von der Kampagne getroffen wurde, bewiesen seine vielfältigen Gegenaktivitäten. Sie reichten von der versuchten „Entschärfung“ der Braunbuch-Argumente in der gleichgeschalteten Presse des Nazi-Staates bis zu Bemühungen, vor Beginn des Leipziger Prozesses am 21. 9. 1933 eine Art Rotbuch über den Reichstagsbrand herauszubringen. Das geschah zwar, blieb aber ohne Wirkung.

Jahre später haben sich Münzenberg, Koestler, Regler und Kantorowicz bekanntlich von der organisierten kommunistischen Bewegung getrennt. Das ist aber kein Grund, ihre Arbeit im Jahre 1933 geringzuschätzen oder gar zu negieren. Das gilt ganz besonders für Willi Münzenberg, dessen Lebensleistung hohe Anerkennung verdient. Nach dem Fehlschlag der Politik zur Schaffung der Volksfront vertieften sich dessen Zweifel am Kurs der KPD-Führung und der Komintern. Da er diese auch artikulierte, wurde er 1938 aus der KPD ausgeschlossen. Am 22. Oktober 1940 meldeten französische Zeitungen, zwei Jäger aus Montagne hätten im Wald von Cagnet die stark verwesene Leiche des 51jährigen Willi Münzenberg aus Erfurt gefunden. Sein Tod wurde fortan unter Kommunisten kontrovers diskutiert. Auch sein Weg vom ideenreichen KPD- und Kominternfunktionär bis zum Ausschuß aus der Partei erfuhr unterschiedliche Interpretationen. Die DDR-Geschichtsschreibung schwieg sich jahrelang aus. Gewisse Korrekturen erfolgten zögerlich. Dem Lob-Tadel-Schema folgend wurden in den 70er Jahren „positive Seiten“ registriert, wobei man zugleich auf „negative Charaktereigenschaften“ und einen „politisch-moralischen Verfallsprozeß“ verwies (Franz Dahlem). Auch Alexander Abusch vertrat diesen Standpunkt. Erich Honecker reflektierte in seiner Autobiographie die Person Münzenbergs nicht auf solche Weise und machte auf dessen „tragisches Schicksal in Frankreich“ aufmerksam.

Dr. Peter Fisch



Warum Marxisten den Entwurf einer EU-Verfassung ablehnen

Nach der Elfe des Kapitals

Für Marxisten sind Verfassungsfragen immer zugleich Machtfragen. Diese Feststellung trifft auch vollinhaltlich auf die Wertung des Entwurfs eines Vertrages über eine Verfassung für Europa (nachstehend EU-Verfassung genannt) zu, der vom Europäischen Konvent unter Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing erarbeitet wurde. Die Machtfrage ist zugleich – wie wir wissen – mit der Interessenproblematik eng verknüpft. Deshalb ist es erörterungswürdig, welchen Interessen die EU-Verfassung als ein in Rechtsnormen gegossener politischer Wille dient.

Es dürfte eindeutig sein, daß die Europäische Union (EU) als politische und ökonomische Integration der führenden imperialistischen Staaten Europas zu werten ist. Diese wollen ihren Einfluß auf den gesamten Kontinent (s. Osterweiterung der EU) ausdehnen und sich als konkurrierendes Machtzentrum gegenüber den USA und Japan profilieren. Das soll auch militärisch durch die „gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ erfolgen. Sie bildet den Kern einer gemeinsamen Außenpolitik. Dafür sind multinationale Streitkräfte und militärische Interventionen vorgesehen. Die Schaffung eines „Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ wird anvisiert (Art. I-40). Daß hier allein der militärisch-industrielle Komplex bedient wird, liegt auf der Hand. Natürlich ist dabei nicht zu übersehen, daß die imperialistischen Staaten geschäftsbesorgend für das zum international operierenden Finanzkapital verschmolzene Industrie- und Bankkapital (W. I. Lenin) agieren, um diesem bessere Verwertungsbedingungen und Maximalprofite zu sichern. Davon zeugt auch die im Entwurf festgeschriebene Wirtschafts- und Währungsunion, durch die der Binnenmarkt mit „freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ zu gestalten ist (EU-Verfassung, Art. I-3).

Übereinstimmend mit dem Maastrichter Vertrag sollen durch das GATS-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen weite Bereiche der globalen Konkurrenz ausgesetzt werden. Das berührt 150 Dienstleistungen, von der Energie- und Wasserversorgung über Krankenhäuser, Versicherungen und Bildung bis zu Alten- und Jugendpflege. Damit im Verbund steht die forcierte Privatisierung öffentlicher Dienste, die auch von der EU angestrebt wird.

Die von den demokratischen Kräften innerhalb der EU geforderte Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion blieb auch bei dem Verfassungsentwurf außerhalb der Betrachtungen, da diese Integrationsmaßnahmen den Interessen des Kapitals zuwiderlaufen. Die EU-Bürger als Lohn- und Sozialabhängige werden mit abstrakten Werten (Präambel, Art. I-2), Grundfreiheiten (Art. I-4, I-7) und der Unionsbürgerschaft (Art. I-8) ruhiggestellt. In wohlfeiler Formulierung blendet man die echten Probleme aus und hält sie im politischen Dunstkreis. Das sich hierbei ergebende Kardinalproblem ist nämlich die Frage nach den politischen, ökonomischen, sozialen und juristischen Garantien für die Umsetzung der normierten Werte und Grundfreiheiten. Es handelt sich um unerlässliche Bedingungen, unter denen der Verfassungstext allein Verfassungswirklichkeit werden könnte. Hohle Rhetorik im Hinblick auf ein vereintes Europa zum Wohle all seiner Bewohner, auch der Schwächsten (Präambel), auf Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Fortschritt, Vollbeschäftigung, Solidarität, sozialen Schutz und Gleichstellung von Mann und Frau sollen sich auf den Humanismus gründen und der Vernunft Geltung verschaffen.

Nun haben Marx, Engels und Lenin längst überzeugend nachgewiesen, daß der Kapitalismus seinem ganzen Wesen nach inhuman ist und die gesellschaftliche Stufe höchster sozialer Unvernunft darstellt. Unter kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen sind eben die vielfach gepriesene Menschenwürde, die Verwirklichung der Grundrechte in ihrer Totalität und Vollbeschäftigung nicht erreichbar. Eine Irrlogik, mit der man die Quadratur des Kreises bewerkstelligen möchte. Entsprechend den Zielstellungen des internationalen Kapitals soll auch in der EU die „neoliberale“ Strategie verfassungsrechtlich verbrieft werden. Die Menschenrechte, auf die mit beschwörendem Pathos in der EU-Verfassung hingewiesen wird, sind weder von Gott verliehen noch von Natur aus gegeben, sondern ökonomisch und sozial bedingt. Sie müssen politisch im Klassenkampf erstritten werden. Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS), die Vizevorsitzende der linken Fraktion im Europaparlament und Mitglied des Europäischen Konvents ist, setzt sich für die

Verteidigung von Fortschritten der EU-Verfassung ein (ND v. 27. 6. 2003). Trotz ihrer Kritik an der Militarisierung der EU und ihres Plädoyers für eine zu schaffende Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion befürwortet die Politikerin die Annahme des Entwurfs der Konstitution. Sie abstrahiert dabei völlig vom imperialen Charakter der EU sowie von dem angeführten Bedingungsgefüge (Garantien).

Für Marxisten stellt sich die Frage, welche grundsätzliche Position sie zum Verfassungsentwurf einnehmen sollten. Richtschnur müssen auch hier die Orientierungen von Marx und Engels sein, nach denen der Sozialismus seinem Wesen nach international ist. Die abschließende Losung des kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ trägt nach wie vor programmatischen Charakter. Der durch die Produktivkraftentwicklung bedingte Prozeß der weiteren Internationalisierung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaftsbeziehungen eröffnet für die Arbeiterklasse der Welt und deren Verbündete neue Chancen in ihrem gemeinsamen Kampf gegen das nationale und internationale Kapital.

Bezogen auf die EU-Verfassung muß sich dieses Zusammenwirken vor allem gegen die Militarisierung der EU und deren globale Zielstellungen, gegen den Abbau sozialer Standards in den einzelnen Mitgliedsländern sowie gegen die vom Kapital betriebene pseudodemokratische Verschleierung der EU richten. Es geht um die Forderung nach Schaffung einer Sozial-, Umwelt- und Beschäftigungsunion sowie nach entsprechenden Garantien bei der Umsetzung der Verfassung. Damit wird zugleich an den Grundfesten des Kapitals gerüttelt. Das verbindet pragmatische Schritte politischer Natur mit dem programmatischen Ziel der Umwälzung internationaler Beziehungen im Sinne sozialistischer Wertvorstellungen.

Prof. Dr. sc. Werner Roß

Zwei verdienstvolle Genossen sind gestorben. Wir trauern um unseren Leser und Förderer

Traugott Engel

der sich dem „RotFuchs“ sehr verbunden fühlte,

und um unser Mitglied

Fredy Below

der in der PDS unbeirrbar für eine marxistische Linie gekämpft hat.

Ehre ihrem Andenken!

Heinz-Renner-Straße in Essen

Nach jahrzehntelangen Bemühungen, in der Ruhrmetropole eine Straße oder einen Platz nach dem ersten antifaschistischen Oberbürgermeister, dem Kommunisten und KPD-Abgeordneten im ersten Deutschen Bundestag Heinz Renner zu benennen, hat sich die Stadtverwaltung jetzt dazu entschlossen, diesem Ersuchen zu entsprechen. Im Zentrum Essens gibt es seit kurzem eine Heinz-Renner-Straße.

Darüber informierte uns Genosse Karl Stiffel.

Vor 80 Jahren: Roter Oktober an der Waterkant

„In Hamburg fiel der erste Schuß ...“

Vor 80 Jahren – am 23. Oktober 1923 – erhob sich der klassenbewußteste Teil des Hamburger Proletariats unter Führung der KPD mit der Waffe in der Hand. Durch seine Aktion sollte im ganzen Reich der Aufstand zum Sturz des Kapitalismus ausgelöst werden. Objektiv war die Situation für eine revolutionäre Lösung der Machtfrage herangereift. Seit dem November 1918 hatte die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht mehr zu stabilisieren vermocht. Die politische und wirtschaftliche Krise war tief und allumfassend. Ihre Folgen: acht Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, galoppierende Inflation und Massenelend. Während die herrschende Klasse ihre Schulden mit wertlosem Papiergeld entsorgte, reichte der Lohn eines Arbeiters nicht mal mehr für ein Kilo Brot. Am 23. 10. 1923 lag der Tauschwert eines Dollars bei 75 Milliarden Reichsmark.

Der Einfluß der KPD in der Arbeiterklasse wuchs. Überall kam es zu „Lebensmittelunruhen“. Proletarische Kampfhanderschaften wurden gebildet. Im Oktober 23 zählten sie etwa eine Viertelmillion zum Teil bewaffnete Mitglieder. In Sachsen und Thüringen schufen Kommunisten und linke Sozialdemokraten Arbeiterregierungen. In Hamburg war die Stimmung in der zweiten Oktoberhälfte am Sieden. Die Werften, der Hafen und eine Reihe anderer großer Betriebe wurden bestreikt.

Am 21. 10. sollte in Chemnitz eine von der KPD initiierte Reichsbetriebsrätekonferenz stattfinden. Von dort, so war geplant, würde zum Generalstreik aufgerufen, der in den bewaffneten Aufstand übergehen sollte. Ausgangspunkt: Hamburg. Hier kam es bereits am 20. Oktober zu offenen Kämpfen zwischen Arbeitern und der Polizei. Doch unter den Schutzpolizisten sympathisierten nicht wenige mit den hungernden Arbeitern. Das schwächte das Machtpotential der Bourgeoisie ebenso wie die Verlegung starker Reichsweereinheiten aus dem Hamburger Raum nach Sachsen und Thüringen. Auch das sprach dafür, den ersten Schlag in Hamburg zu führen.

Seit August hatte die KPD der Hansestadt den Aufstand vorbereitet. Die 1300 Angehörigen ihrer Kampforganisation waren in Fünfer- und Zehnergruppen zusammengefaßt. Obwohl militärisch gut ausgebildet, verfügten sie in der ganzen Stadt nur über etwa 80 Schußwaffen. Die 15 proletarischen Hundertschaften mit jeweils 40 bis 60 Mann besaßen gar keine Waffen. Ihnen standen ca. 5000 Polizisten mit Gewehren, MGs und sogar Panzerwagen gegenüber. Sie konnten sich auf große Waffenlager stützen, aus denen im Aufstandsfall Reaktionäre und Faschisten bedient werden sollten. Ein Kernpunkt der revolutionären Planung war daher die Eroberung der Polizeiwachen und ihrer Arsenale.

Am 23. Oktober um 5.00 Uhr früh wurde losgeschlagen. Dreißig Minuten später



waren 17 Wachen in der Hand der Arbeiter. Vielerorts gelang es, die Polizisten völlig zu überrumpeln. Ein Aufruf zum Generalstreik, der an Bahnhöfen und vor Betrieben verteilt wurde, fand massive Unterstützung: Verkehrsmittel, Hafen, Industrie – alles stand still. Doch manches schlug fehl. Der Versuch, die Handlungen auf das Stadtzentrum auszuweiten und dem Gegner entscheidende Schläge zu versetzen, mißlang. Seine verbliebenen Einheiten erhielten bald Verstärkung. Um 7.00 Uhr mußte die Aufstandsleitung Befehl zum Barrikadenbau geben. Das geschah in kürzester Zeit. Die Arbeiter forderten: „Gebt uns Waffen!“ Aber es waren keine vorhanden. Auch blieben die Aktionen auf den Nord- und Südosten begrenzt, was der Stab jedoch erst am Nachmittag erfuhr: In Altona und der Innenstadt war die Erstürmung der Wachen gescheitert.

Am Nachmittag überbrachte Parteisekretär Urbahn von der Chemnitzer Konferenz die bestürzende Nachricht, daß dort schon am 21. Oktober eine dünne sozialdemokratische Mehrheit den Generalstreik abgelehnt hatte. Mit dieser verspäteten Information kam auch die Weisung der KPD-Zentrale, den isolierten Aufstand einzustellen ...

Zu diesem Zeitpunkt hatten die kämpfenden Arbeiter in Barmbek mehrere Angriffe der technisch und zahlenmäßig überlegenen Truppen abgewehrt. In Schiffbek befand sich die Macht vollständig in den Händen der Aufständischen. Diese Teilerfolge waren durch die kluge Taktik der Kampfgruppen und die aktive Unterstützung der Massen möglich geworden. Ab 17.00 Uhr begannen sie nun, sich planmäßig und mit ihren Waffen über Dächer, durch die Kanalisation und auf anderen si-

cheren Wegen zurückzuziehen. Um 18.30 Uhr, nach Einbruch der Dunkelheit, befahl der Polizeikommandeur, Oberst Danner, seinen Einheiten, wegen Zwecklosigkeit das Feuer einzustellen. Am anderen Morgen erhielt er Verstärkung durch den Kreuzer „Hamburg“, zwei Torpedoboote und 500 Lübecker Polizisten sowie zahlreiche weitere bewaffnete Reaktionäre. Doch ihr konzentrischer Angriff auf Barmbek stieß ins Leere. Danach erfolgte der Sturm auf das rote Schiffbek und seine Umgebung. Nach stundenlangen Kämpfen zogen sich die Arbeiter auch dort zurück. Am 25. und 26. 10. gab es nur noch vereinzelte Partisanenaktionen gegen Polizeikommandos, die Haussuchungen und Verhaftungen durchführten. Hierbei und während der Kämpfe tötete die Polizei viele Unbewaffnete; die Verluste der bewaffneten Genossen – sie beliefen sich auf vier bis sechs Mann – waren indes gering. Auf der Seite ihrer Gegner gab es etwa 60 Tote und zahlreiche Verwundete.

Hamburgs roter Oktober endete ohne Sieg – aber war der Aufstand sinnlos, gar abenteuerlich? Nicht zu handeln wäre gegenüber der Arbeiterschaft unverantwortlich gewesen. Die Proletarier wollten nicht länger hungernde Sklaven der Ausbeuter sein, sie erwarteten von den Kommunisten, in den Kampf geführt zu werden. Ein weiteres Zögern hätte das klassenbewußte Proletariat nicht verstanden.

Auch für die noch keine fünf Jahre alte KPD waren die Lehren des Hamburger Aufstands auf ihrem Weg zur revolutionären Massenpartei, in der Stählung für die bevorstehenden schweren Klassenschlachten unverzichtbar. Die Oktoberkämpfe trugen unmittelbar dazu bei, die damals opportunistische Leitung der Partei abzulösen. Ernst Thälmann, der politische Kopf der Erhebung, stand bei diesen Geschehnissen im Mittelpunkt.

Die Tatsache, daß im Herbst 1923 der Aufstand im ganzen Land trotz des Bestehens der objektiven Voraussetzungen einer revolutionären Situation nicht durchführbar war, die Reichswehr hingegen die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen aus dem Amt jagen konnte, zeigte der Arbeiterklasse die Kompliziertheit des Weges zum Sieg: Um die Macht zu erobern, mußte sie ihre politische und militärische Organisation wesentlich verbessern, höhere Leitungsqualitäten entwickeln und die revolutionäre Einheit schaffen. Trotz der Erfolge bis 1933 gelang dies erst nach Überwindung des Faschismus mit der Gründung der SED im Jahre 1946. Obwohl das nur im Osten Deutschlands geschah, bekam das Vermächtnis des Liedes der an der Waterkant Kämpfenden auf diese Weise auch seinen Sinn: „Hamburgs Toten haben wir's geschworen, Euer Blut ging nicht umsonst verloren ...“

Werner Hoppe

158 Wortmeldungen gegen das Vergessen

Was im „Ostdeutschen Memorandum 2003“, herausgegeben vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V., wissenschaftlich verallgemeinernd festgestellt wird, findet in dem Band „Spuren der Wahrheit – Vereinnahmung der DDR“ seine anschauliche und eindringlich konkrete Bestätigung. Das umfangreiche Sammelwerk steht schon allein durch seine äußere Gestaltung ganz in der Tradition der Serie „Spurensicherung“. Womit sein gesellschaftlicher Standort und seine politische Absicht umrissen sind.

Die bereits kurz nach Erscheinen des Buches bei den Redakteuren eingegangenen Lesermeinungen bestätigen dessen Unerläßlichkeit in der anhaltenden Auseinandersetzung um die Fragen: Was ist aus der DDR geworden? Was ist von ihr wirklich geblieben? Was lebt fort? Was gewinnt im gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß neues Gewicht? Aus dieser Zielstellung erklärt sich, daß nicht nur die bewährten Erlebnisberichte zahlreicher Zeitzeugen Eingang in das Werk gefunden haben, sondern auch analytische historische Betrachtungen, Dokumente, Fotos und Gedanken zu notwendigen Aktivitäten im weiteren politischen Tageskampf.

Wir begegnen in seinen zwölf Kapiteln mit insgesamt 158 Beiträgen einem breiten Spektrum zeitgeschichtlicher und gesellschaftspolitischer Realien, die entschieden Front machen gegen vorsätzliche Fälschungen der Geschichte der DDR, gegen Verleumdungen, Unterstellungen und Lügen, wie sie seitens der „Vereinnahmer“ unvermindert weiter verbreitet werden. Dabei geht es den Autoren generell um historische Gerechtigkeit, Sachlichkeit und Wahrheit – fern jeder Nostalgie. Sie alle liefern mehr oder weniger gewichtige kritische und selbstkritische Beiträge zu einer realistischen und ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte des Arbeiter- und Bauern-Staates, seines Untergangs sowie seiner Inbesitznahme durch die BRD.

Geschrieben haben Bürger aus sämtlichen Bevölkerungsschichten, unter ihnen so bekannte Autoren wie Gerhard Bengsch, Elfriede Brüning, Franz Josef Degenhardt, Klaus Huhn, Christa Kozik, Erich Köhler, Klaus Steiniger und Armin Stolper. Die von den Beitragenden gewählten Formen sind mannigfaltig. Sie reichen von schlichten Erinnerungen und bewegenden Schilderungen persönlicher Schicksale bis hin zu philosophisch-essayistischen Abhandlungen, Gedichten, Fabeln, Parabeln, Reden und Memoiren. Sie im einzelnen zu würdigen, ist unmöglich. Ihre nachhaltige Überzeugungskraft erwächst aus der gebündelten Vielzahl der Stimmen unterschiedlicher Lautstärke und nachwirkender Eindringlichkeit sowie aus dem Reichtum individueller Bekenntnisse zwischen anspruchslosen Berichten und stilistisch gemeisterten Texten. Verwiesen sei auf Beiträge wie „Godot ist da!“ und „Glanz und Elend“ von Erich Köhler, „Leidig, lästig, lächerlich – die Widerworte der Ein-

geborenen“ von Torsten Preußing, „Wie die Regierung mir einen Preis stehlen wollte“ von Klaus Huhn, den mit drängenden rhetorischen Fragen daherkommenden Versuch Eike Kopfs „Gerät Gelungenes in Vergessenheit?“, Klaus Steinigers „Schlagabtausch im Audimax“, Armin Stolpers anklagendes Gedicht „Adieu, DT!“, die „Prognosen zur deutschen Einheit“ von Gerhard Bengsch oder „Ossi – wie stolz das klingt!“ von Jens Jansen.

Vor uns liegt also ein sehr individuelles, mitteilungsfreudiges und streitbares Buch, das nicht nur aufdecken, darstellen, klären und berichtigen will, sondern sich mit seiner unübersehbar links definierten Grundhaltung in die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart einmischen möchte. Die anvisierten Sachverhalte spiegeln – über die vielseitige Betrachtung der 90er Jahre hinaus – auch wesentliche Ereignisse in der BRD von heute wider: so die brennende Frage Krieg und Frieden, Gorbatschows Verrat, das „Mauerspektakel“, die Abwicklung der Intelligenz, weggeworfene Erfahrungsschätze, die man gegenwärtig (z. B. im Schulwesen) dreist „neu erfindet“. Es geht um das Bildungswesen der DDR und das der vereinten BRD im Vergleich nach der PISA-Studie, die widersprüchliche Ausländerpolitik, die Traditionspflege bzw.

die zielgerichtete Zerstörung progressiver Traditionen, die Wiedererweckung der Preußennostalgie nebst einer damit verbundenen Kulturbarbarei, Rechtsfragen, Kriminalitätsbelastungen, die geistige Verelendung im Osten, Rentengerechtigkeit und Sozialabbau – um nur einige der angesprochenen Probleme zu nennen. Allenthalben wird an den Verstand des Lesers appelliert, an Redlichkeit, an die Verantwortung und an seine Würde als Mensch. Beschworene Zeugen sind die humanistischen Werte der Weltkultur, das Ethos des Kommunismus und jenes der ihm benachbarten Bergpredigt.

Dies alles bestätigt die Tendenz unseres Buches und seiner Aktualität. Daß die Herausgeber neben Originalbeiträgen auch auf Artikel aus der „jungen Welt“, dem ND, den „Weißenseer Blättern“ und dem „Rot-Fuchs“ zurückgegriffen haben, verstehen wir als wohlüberlegte Bereicherung.

Was diesem oder jenem Schreiber weniger gelungen ist, sei hier zur Seite gestellt. Es verschwindet unter dem Übergewicht der wesentlichen und tiefergründigen Beiträge.

Dr. Bernhard Igel

Unabhängige Autorengemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“. Spuren der Wahrheit – Vereinnahmung der DDR. GNN Verlag, Schkeuditz 2003, 416 Seiten, 17,50 Euro, ISBN 3-89819-132-X

Gysis Moderator

Es ist des Menschen gutes Recht, sich – so er will und kann – für seine Unternehmungen die jeweils passende Gesellschaft zu suchen. Auch Buchautoren nehmen dieses Recht gern in Anspruch und das damit verbundene Risiko in Kauf, wenn sie mit einem neuen Werk posieren wollen. Sie lassen ihr Produkt vorstellen. Als Moderatoren suchen sie sich verständlicherweise Leute, denen sie sich recht nahe fühlen. Gewissermaßen als Brüder im Geiste.

Gregor Gysi macht da keine Ausnahme. Für die Premieren besorgt er sich stilischer „Vorsteller“, die – ihrem Parteibuch nach – zwar politische Konkurrenten zu sein scheinen, ihm jedoch eher „seelenverwandt“ sind.

Nun fügte es purer Zufall so, daß die beiden zuletzt erschienenen Gysi-Titel von prominenten Vertretern der SPD, allerdings nicht vom selben Flügel, präsentiert wurden: Oskar Lafontaine, der vor zwei Jahren als Taufpate eines Gysi-Buches auftrat, gilt als eher linker Sozialdemokrat. Diesmal suchte sich Gysi einen Mentor aus der rechten Ecke der SPD: den unbedarften und prononciert schröckernahen Generalsekretär Olaf Scholz. Dieser richtete es ein, daß für die Präsentation des Gysi-Werkes immerhin das Presse- und Besucherzentrum der Bundesregierung zur Verfügung stand.

Wes Geistes Kind dieser „Genosse“ ist, hat er unlängst aller Welt zu verstehen

gegeben. Er könne dem „demokratischen Sozialismus“ als „Wertbegriff“ der SPD nichts mehr abgewinnen. Auch die Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ solle lieber aus dem sozialdemokratischen Wörterbuch gestrichen werden, rührte Scholz an Tabus. Just in diesem Augenblick fand es Gysi schicklich, ihn für die Partnerrolle bei der Buchvorstellung zu gewinnen. „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.“

Was der Moderator an Gysis neuestem Werk zu bemängeln hatte, erschöpfte sich dann zwar in mehr neckischen als fundierten Abstrichen. Substantieller wurde er dort, wo er spottete, Gysi habe in seinem Kapitel über demokratischen Sozialismus eigentlich keinerlei Aufschluß darüber gegeben, was dieser denn sei, sondern lediglich erklärt, was er nicht sei. Woraus Scholz schlußfolgerte: „Die Sache ist vorbei.“ Die Sache mit dem demokratischen Sozialismus, den sich Gysi auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 bei der SPD so arglistig ausgeborgt hatte. Vorbei sei es wohl auch mit der PDS als Partei, dürfte Scholz gemeint haben. Wie das ND mitzuteilen wußte, habe Gysi diesem „freudlich vorgetragenen Abgesang nicht viel entgegenzusetzen“ vermocht.

Hörte da einer auf die Stimme seines künftigen Generalsekretärs?

Wolfgang Clausner

Wie Farmsener Friedensaktivisten der Bundeswehr in die Suppe spuckten

Gelöbnisse mit Pfeifkonzert

Im Sommer fand in Hamburg eine öffentliche Rekrutenvereidigung statt, zum ersten Mal seit 1977 wieder auf dem Rathausmarkt. Polizei war massiv aufgefahren, mit Tausenden Beamten und etlichen Wasserwerfern. Etwa 2000 Demonstranten ließen sich nicht dadurch abschrecken. Trotz zahlreicher Provokationen (so wurde u. a. die Frontscheibe des Lautsprecherwagens der Protestierenden durch einen Polizisten eingeschlagen) konnte der Unmut der Menge nicht unterdrückt werden. Obwohl weiträumig abgesperrt worden war, müssen ihre Sprechchöre auch auf dem Veranstaltungsort zu hören gewesen sein. Es gelang einigen Demonstranten auf ein Dach der Alsterarkaden vorzudringen und dort ein Transparent mit den Worten „Tucholsky hat doch recht!“ zu entrollen. Es war auf dem Rathausmarkt zu sehen.

Mir kam an diesem Tag eine andere öffentliche Rekrutenvereidigung, die Ende Mai 1986 in Hamburg abgelaufen war, wieder in den Sinn. Meines Wissens handelte es sich dabei um die einzige zwischen 1977 und 2003, die bei uns über die Bühne ging.

In den 80er Jahren hatte sich im Hamburger Vorort Farmsen – wie in anderen Stadtteilen auch – eine gut arbeitende Friedensinitiative (FI) gebildet. Hauptanlaß war damals der sogenannte NATO-Doppelbeschluß über die Aufstellung von Atomraketen in der BRD. Solche losen Zusammenschlüsse begannen sich mit Zielen und Wurzeln der Bundeswehr, mit der Rolle der NATO, mit der Politik der USA, mit internationaler Solidarität und auch mit der Nazi-Vergangenheit Hamburgs zu beschäftigen.

In Farmsen gibt es ein großes staatliches Pflegeheim. Die dortige FI brachte nun in Erfahrung, daß das ehemalige „Versorgungsheim“ in der NS-Zeit als Internierungslager für „Asoziale“ gedient hatte. Unter den dort Eingewiesenen waren auch zur HJ in Opposition stehende Jugendliche (z. B. aus der Swing-Jugend), Wohnungslose, Alte und Kranke gewesen. Viele Insassen mußten in der benachbarten Domäne an der Karlshöhe Sklavenarbeit leisten. Allein in der Zeit von 1934 bis 1938 wurden 1123 Menschen aus dem Heim zwangssterilisiert. Die Bewohner wurden entmündigt. Aus dem „Versorgungsheim“ gingen Transporte direkt oder auf Umwegen in die Tötungsanstalt Messeritz-Obrawalde im damals okkupierten Polen. Die Farmsener FI konnte die Namen einiger dort Umgebrachter dem Vergessen entreißen.

Direktor der Hamburger „Wohlfahrtsanstalten“ (zu denen auch das „Versorgungsheim“ zählte) war zwischen 1933 und 1945 ein strammer Nazi namens Steigerthal. Wenn es ihm beliebt, traktierte er diesen oder jenen „Schutzbefohlenen“ so lange mit dem Gummiknüppel, bis der für mehrere Stunden bewußtlos war (Zeugenaussage).

Anfang 1945 tat er sich bei öffentlichen Auftritten mit Durchhalteparolen hervor. Dieser Steigerthal hielt tatsächlich durch und blieb auf Betreiben des Sozialdemokraten Paul Nevermann bis zu seiner Pensionierung 1951 im Amt. Sein Vorgesetzter war Sozialsenator Martini, der als „harmloser Mitläufer“ im Entnazifizierungsverfahren eingestuft wurde. 1939 hatte dieser in der Broschüre „Die Sozialverwaltung“ geschrieben, es gehe darum, „die natürlichen und gesunden Zellen des Volkskörpers zu schützen und zu pflegen, das Unterwertige und Gemeinschaftliche aber auszuschneiden, niederzuhalten oder unschädlich zu machen ... Insbesondere wird den Gemeinschaftswidrigen ge-

statt, für die Unterschriften gesammelt worden waren. Doch alles half nichts: Die Regierenden wollten keine Erinnerung an das Geschehene.

Dann ereignete sich etwas sehr Merkwürdiges. Die Bundeswehr beschloß, im Rahmen der Feier zum 25jährigen Bestehen des Bürgervereins Farmsen ein öffentliches Gelöbnis der Panzergrenadier-Brigade 17 ausgerechnet auf dem Pflegeheimgelände durchzuführen. Bis in die 90er Jahre gab es im Farmsen benachbarten Rahlstedt zwei Kasernen, die zu dieser Einheit gehörten. Sie waren traditionsbewußt benannt. Die eine hieß nach einem General des Ersten Weltkriegs, die andere nach einem hohen Militär, der 1919 mitgeholfen



**Schröder und Fischer
auf Weiterbildung**

Collage von
Stefan Schultz

genüber mit festen, auch harten Maßnahmen durchgegriffen, unter denen der Arbeitszwang, die Entmündigung oder die Bewahrung in geeigneten Anstalten, in erster Linie der Farmsener, besonders zu nennen sind.“ Auch das fand die FI damals heraus.

Nun bemühte sich die Friedensinitiative um das Verschwinden des alten, immer noch vorhandenen Internierungszaunes um das Pflegeheimgelände, bis auf einen kleinen Rest, an dem eine aussagekräftige Gedenktafel installiert werden sollte. Zu diesem Thema fanden in Farmsen mehrere Veranstaltungen der FI statt, eine davon im Pflegeheim selbst, unterstützt vor allem von der örtlichen DKP-Gruppe und der lokalen Antifa, aber auch der Grünen Alternativen Liste (GAL). Es wurden den zuständigen Gremien mehrere Eingaben unterbreitet. Schließlich fand sogar eine symbolische Gedenktafeleinweihung

hatte, die Sowjetmacht im Baltikum blutig niederzuschlagen.

Am 27. Mai 1986 war es dann soweit. Die Friedensinitiative Farmsen und verbündete linke Kräfte hatten mobilisiert. Unter den Jublern auf dem Pflegeheimgelände standen Protestierer, vom Farmsener Bahnhof zum Gelöbnisplatz fand eine Demo mit mehreren hundert Teilnehmern statt. Die Feier wurde durch das Skandieren von Parolen, Trillerpfeifen und Transparente gründlich gestört. Feldjäger, die das Hausrecht ausübten, und Polizeieinheiten nahmen einige Verhaftungen vor. Dennoch war es ein kleiner Erfolg.

Die Farmsener FI gibt es nicht mehr. Die offizielle Gedenktafel wurde noch immer nicht angebracht. Nur der Zaun ums Pflegeheim ist Ende der 80er Jahre entfernt worden, allerdings komplett.

Karl Jürgens, Hamburg

Der Lösung des Nahost-Konflikts keinen Schritt näher

30 Jahre nach dem Oktoberkrieg

Der Krieg vom Oktober 1973 war der vierte, seit Israel existierte, oder auch der fünfte, wenn man den „Erschöpfungskrieg“ (1967–1970) gesondert zählt. Er hätte der Auftakt zur Lösung des damals 25 Jahre währenden Nahostkonflikts werden können. Letztlich hatte er aber nur einen separaten Friedensschluß Israels mit Ägypten zur Folge, ließ die Ängste der Israelis nicht weichen und das Leiden der Palästinenser unendlich werden.

Am 6. Oktober 1973 hatten die Streitkräfte Ägyptens und Syriens Operationen gegen israelische Stellungen auf seit 1967 okkupiertem ägyptischem und syrischem Boden eröffnet. Der Krieg entwickelte sich zunächst für die Araber verheißungsvoll und ließ die Hoffnung aufkommen, endlich die Schmach der Niederlage im Sechstagekrieg von 1967 zu tilgen und aus militärisch zumindest gleichberechtigter Position mit Israel zum Frieden zu kommen. Ägyptische Truppen in Stärke von 80 000 Mann überwand den Suezkanal und die Bar-Lev-Linie, die an dessen Ostufer auf Sinai für mehr als 280 Millionen Dollar errichtet und von Israelis und Amerikanern für uneinnehmbar gehalten worden war. Syrische Panzerinheiten rückten auf den Golanhöhen vor, durchbrachen die israelischen Stellungen und besetzten die Befestigungsanlagen der Okkupanten auf dem strategisch bedeutsamen Berg Hermon.

Der Oktoberkrieg von 1973, „Yom-Kippur-Krieg“ genannt, weil er am Yom Kippur, einem israelischen Feiertag, begann, bzw. „Ramadan-Krieg“, weil er im Ramadan, dem islamischen Fastenmonat, stattfand, zerstörte den Mythos von der absoluten militärischen Überlegenheit Israels.

Ägypten und Syrien hatten die Unterstützung anderer arabischer Staaten, darunter Iraks, Kuwaits, Saudi-Arabiens, Sudans, Jordaniens, Tunesiens, Algeriens und Marokkos. An der syrisch-israelischen Front standen u. a. 18 000 Soldaten und 100 Panzer aus Irak sowie 3 000 Marokkaner. Die arabische Solidarisierung war bedeutsam – doch sie hatte Grenzen. Jordanien entsandte lediglich eine Brigade an die syrisch-israelische Front. An der jordanisch-israelischen Grenze blieb es ruhig. Palästinenser kämpften an mehreren Abschnitten, vor allem in Syrien. Jordanien verhinderte den Einsatz palästinensischer Einheiten.

Nicht vergessen werden darf, daß trotz Sadats antisowjetischem Kurs die UdSSR auf ägyptisches und syrisches Ersuchen massive militärische Unterstützung leistete, ohne die die arabischen Armeen nicht hätten bestehen können.

Mit den militärischen Erfolgen der Araber in der ersten Kriegsphase entstand die große historische Chance, den Nahostkonflikt mit politischen Mitteln zu lösen. Israel und die USA setzten jedoch alles daran, eine solche Lösung zu verhindern.

Ägyptens Präsident Sadat sorgte dafür, daß ihnen dies schließlich gelang. Seit er die Nachfolge Nassers übernommen hatte, verfolgte er einen Kurs, der auf die Unterwerfung unter die USA hinauslief. Er betrieb systematisch den Abbau der sowjetisch-ägyptischen Zusammenarbeit. Nach Entmachtung der konsequent antiimperialistischen Mitstreiter Nassers stellte er bereits 1972 in Geheimverhandlungen mit den USA die Weichen für Separatabmachungen mit Israel. Zeitgleich veranlaßte er die Ausweisung der sowjetischen Militärberater. Dessenungeachtet ließ Israel keinerlei Entgegenkommen erkennen. Sadat mußte sich angesichts des anhaltend massiven innenpolitischen Drucks, der jahrelang genährten Erwartung der Ägypter und der syrischen Entschlossenheit zum gemeinsamen militärischen Vorgehen durchringen. Den Krieg hatte er von vornherein als begrenzt konzipiert. Dem entsprach, daß die ägyptische Offensive schon ca. 10 km östlich des Kanals beendet wurde und Sadat sich noch Ende Oktober sofort mit Einstellung der Kampfhandlungen zu Friedensverhandlungen mit Israel bereit erklärte. Das war zu einem Zeitpunkt, als die ägyptische Dritte Armee auf Sinai eingekesselt war. Der Krieg wurde an der ägyptisch-israelischen Front am 22. Oktober beendet. Syrien mußte sich praktisch dem separaten Waffenstillstand fügen. Ein syrisch-israelisches Abkommen über die Entflechtung der Truppen an der Golan-Front folgte erst im Mai 1974.

Sadats – von Nixon und Kissinger abgesegnetes – Kalkül ging auf. Obwohl mit Fortgang der Kampfhandlungen Israel die militärische Situation zu seinen Gunsten wenden konnte, wurde es an den Verhandlungstisch und letztendlich zur Räumung des Ostufers des Suezkanals sowie zur Zustimmung zu dessen Wiedereröffnung gezwungen. Der Oktoberkrieg wurde zum Ausgangspunkt separater ägyptisch-israelischer Vereinbarungen.

Eine grundsätzliche Lösung des Nahostkonfliktes, z. B. durch die Genfer Nahost-Friedenskonferenz unter UNO-Schirm, wurde verhindert. Die arabischen Länder wurden gedrängt, einzeln mit Israel Teil- und Separatvereinbarungen zu treffen. Dies gelang schließlich mit dem 1975

von Ägypten und Israel unterzeichneten Sinai-Abkommen. Folgerichtig führte dieser Weg zu den in Regie von US-Präsident Carter ausgehandelten Abkommen von Camp David 1978, mit denen der 1979 zwischen Ägypten und Israel geschlossene Friedensvertrag vorbereitet wurde.

Die ägyptisch-israelische Separatlösung wie auch der später (1994) zwischen Israel und Jordanien abgeschlossene Friedensvertrag klammern wesentliche Elemente des Nahost-Konflikts – die israelische Okkupation arabischen Territoriums und das Palästinaproblem als sein Kernstück – völlig aus.

Die 9. arabische Gipfelkonferenz im November 1978 in Bagdad verurteilte die ägyptisch-israelischen Separatvereinbarungen „als Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation auf Palästina und die besetzten arabischen Gebiete“, als „Verstoß gegen die Resolutionen der arabischen Gipfelkonferenzen, gegen die Charta der Arabischen Liga und die UNO-Resolutionen über die Palästinafrage“.

Bereits im November 1974 hatte die UNO-Vollversammlung die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als legitimen Repräsentanten des palästinensischen Volkes bestätigt und festgelegt, daß sie als gleichberechtigter Teilnehmer zu allen Verhandlungen und Konferenzen einzuladen ist, die das Nahostproblem und seine Lösung betreffen. Gegen diese Anerkennung der PLO sträubten sich die USA und Israel vergeblich.

Wohin die Politik der Separatvereinbarungen führte, zeigt die Bilanz 30 Jahre nach dem Oktoberkrieg: Der Nahe Osten ist, insbesondere dank Bush & Co., weiter denn je vom gerechten Frieden entfernt. Auch wenn Politiker und Medien aller Couleur die Palästinenser, deren Führer wie die „notorischen Terroristen“, dafür verantwortlich machen – es sind die Schlüsselfragen des Nahostkonflikts, ohne deren Lösung kein Frieden erreicht werden kann:

- Abzug der israelischen Truppen von allen seit 1967 okkupierten arabischen Gebieten und Beendigung der kolonialen Besiedlung palästinensischen Landes;
- Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen Staates;
- Gewährleistung der unabhängigen Existenz und Sicherheit aller Staaten der Region einschließlich Israels und des unabhängigen palästinensischen Staates. Eine „Roadmap“, die diese essentiellen Positionen ignoriert, wird nicht zum Frieden führen und schon gar kein gigantischer Zaun, der einen Friedensprozeß nur weiter verhindert, mehr Blut kosten und mehr Leiden bringen wird – Israelis wie Palästinensern.

Bernd Fischer

Wir trauern um die erprobte und standhafte Kommunistin, unsere langjährige Leserin, Genossin

Ilse Reimann

Die Lebens- und Kampfgefährtin des unvergessenen KPD-Vorsitzenden und DKP-Ehrenvorsitzenden Max Reimann starb am 19. Oktober 2003 in Berlin.

Erwiderung aus der Sicht eines Wroclawer marxistischen Wissenschaftlers

Juden in Polen

Regelmäßig erhalte ich den „RotFuchs“, wofür ich mich sehr herzlich bedanke. Die Zeitschrift findet mein Interesse und meine Sympathie. Nun ist in der Juli-Ausgabe dieses Jahres ein Artikel von Stefan Warynski zur Geschichte des Antisemitismus in Polen („Rassistischer Ungeist“) erschienen. Er bedarf einer Ergänzung, denn verschiedenen Aussagen kann ich nicht zustimmen. Ich bitte um Verständnis für die Ausführlichkeit meiner Darlegungen, die über dieses Thema hinausgehen und Polens Geschichte betreffen.

Juden lebten in Polen seit mehr als tausend Jahren. Sie waren – wie im ganzen mittelalterlichen Europa – religiös, kulturell, ethnisch und juristisch von der örtlichen Bevölkerung getrennt. Im 16. und 17. Jahrhundert entstanden in Polen besonders günstige Siedlungsbedingungen für westeuropäische Juden. Hunderttausende wanderten damals ein. Polen wurde für sie ein „gesegnetes Land“. Sie konzentrierten sich vor allem in mehreren Ostgebieten.

In der späteren polnischen Adelsrepublik (bis zum Ende des 18. Jahrhunderts) spielten Juden offiziell keine politische Rolle, doch ihr ökonomischer Einfluß wuchs – besonders im Handel, im Handwerk sowie im Steuer- und Finanzwesen.

Im 19. Jahrhundert – in der Zeit der Teilungen Polens – war die Lage der Juden differenziert, abhängig von Entwicklungen in den damaligen Großmächten Preußen, Österreich und Rußland. So wanderten viele Juden aus Westpolen, das unter preußischer Herrschaft stand, nach Westeuropa aus. Demgegenüber wurden Juden im zaristischen Rußland und in Kongreßpolen politisch diskriminiert und verfolgt. Sie besaßen keinerlei politische Rechte, ihre Freizügigkeit war begrenzt. Eine einschränkende Rolle spielte auch die Sprachbarriere. Die Mehrheit der Juden beherrschte nur jiddisch, ein kleiner Teil konnte polnisch, andere sprachen russisch, deutsch, französisch oder englisch. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte ein gewisser Assimilierungsprozeß ein. Doch die große Mehrheit der Juden blieb vom Polentum durch Religion, Gebräuche und Sprache weiterhin streng getrennt. Nehmen wir als Beispiel die Familie von Rosa Luxemburg. Sie selbst sprach polnisch in der Oberschule, russisch mit ihrem Vater und jiddisch mit ihrer Mutter.

Juden waren in Polen einerseits Vorposten des Großkapitalismus, andererseits aber stammten auch proletarische Führer aus dem Milieu des jüdischen Elends. Viele gehörten zur Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen und auch zur Polnischen Sozialistischen Partei. Diese Situation dauerte bis zum Ersten Weltkrieg. Nach der Oktoberrevolution erklärte die junge Sowjetrepublik die Gleichberechtigung aller Menschen und Völker. Das schuf neue Bedingungen auch für die Überwindung antijüdischer Stereotypen und Vorurteile. Viele namhafte Bolschewiki waren selbst Juden und

spielten eine wichtige Rolle im Partei- und Staatsapparat.

Der polnische Bürgerstaat, der nach 1918 entstand, war das Resultat tiefer internationaler und innerer Widersprüche. Die Kommunisten schufen anfangs eigene Machtorgane – die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Sie wurden von den Behörden der Bourgeoisie bekämpft. Bald stellte man die kommunistische Partei außer Recht und Gesetz. Zwischen Mai und August 1920 kämpfte das bürgerliche Polen nicht nur gegen die junge Sowjetmacht und um die weit nach Osten vorverlegten Grenzen, sondern auch gegen die Ausbreitung der sozialistischen Flammen durch die Rote Armee nach Deutschland und Westeuropa.

Die polnische liberal-demokratische Republik stellte mit der Verfassung vom März 1921 das Prinzip der Gleichheit aller Bürger sowie aller Völker der neugeborenen Republik formell her. Die Praxis unterschied sich allerdings davon. Im Osten des Landes gab es ca. 9 Millionen Ukrainer, Weißrussen und andere dort Ansässige, im Westen ungefähr 0,6 bis 1 Million Deutsche. In Zentral-, Süd- und Ostpolen lebten rund 3 Millionen Juden. Je weiter man nach Osten kam, um so orthodoxer waren sie. Die jüdische Bevölkerung galt formell als gleichberechtigt. Ihre Interessen nahmen eigene politische Parteien, kulturelle und religiöse Institutionen wahr. Die bürgerlichen Parteien Polens und die katholische Kirche suchten die antijüdischen Ressentiments zu wecken und auszunutzen. Das Prinzip der Gleichberechtigung stand somit unter einem Fragezeichen. Posten im zentralen und örtlichen Staatsapparat waren Juden generell verschlossen. Viele beschäftigten sich traditionell mit Handel und Gewerbe oder arbeiteten in sogenannten freien Berufen, waren Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Wissenschaftler usw.

Die jüdische Bevölkerung Vorkriegspolens war sozial stark differenziert. Sie stellte neben Angehörigen des Proletariats und der Mittelschichten einen erheblichen Teil der Großbourgeoisie. Der jüdische Bevölkerungsanteil betrug 8–10 %, machte aber bei der Bourgeoisie Polens 40–50 % aus. Das bildete die Grundlage für Behauptungen des polnischen Kleinbürgertums, der Mehrheit des katholischen Klerus sowie der national-konservativen Parteien, die Republik stehe unter „inoffizieller Kontrolle des Judentums“.

Der bürgerliche Staat konnte die sozialen und nationalen Widersprüche Polens nicht lösen. Die Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer, aber auch das Kleinbürgertum unterstützten den Putsch vom Mai 1926, der durch Marschall Józef Pilsudski ausgeführt worden war und eine Art faschistisch-autoritärer „Sanierung“ (Sanacja) in Angriff nahm.

Seit Dezember 1918 war die Rolle der Kommunisten, die sich anfangs in der Polnischen Kommunistischen Arbeiterpartei und seit 1924 in der KP Polens organisierten, ständig gewachsen. Die Partei stellte sich dem bürgerlichen Polen

als marxistisch-leninistische Alternative entgegen. Von Beginn an besaß sie prozentual mehr Mitglieder und größere Unterstützung aus den Reihen der nationalen Minoritäten, insbesondere der jüdischen Minderheit. Der überwiegende Teil der in der KPP Organisierten und viele ihrer Führer waren jüdische Genossen, aber auch Ukrainer und Weißrussen, die sich in den autonomen kommunistischen Parteien der Westukraine und West-Belorußlands zusammenfanden. Die KPP errang Erfolge bei der Umgestaltung der polnischen Arbeiterbewegung im revolutionären Geist. Sie gehörte zu den Mitbegründern der Kommunistischen Internationale, mobilisierte das polnische Proletariat zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Faschismus, für eine breite Volksfront und die Rettung der Spanischen Republik. Obwohl sie illegal war, besaß die KPP eine relativ große Fraktion im polnischen Parlament, deren anders benannte Liste mehr als 1 Million Wählerstimmen errang. Deswegen war die Partei dem Pilsudski-Regime ein Dorn im Auge. Sie wurde systematisch verfolgt, ihre Funktionäre wurden kriminalisiert und vor Gericht gestellt. Die bürgerlichen Zentren verbreiteten mit besonderer Vorliebe die Parole, die KPP bleibe eine Agentur der „Judeo-Kommune“ und der „Sowjet-Kommune“.

Das weitere Schicksal der KPP gestaltete sich dramatisch. Unter falschen Beschuldigungen wurde sie 1938 vom Exekutivkomitee der Komintern aufgelöst. Die Mehrheit ihrer Führer (Lenski, Warski, Kostrzewa u. a.) wurde in die Sowjetunion beordert und ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Das war für die polnischen Kommunisten und alle Antikriegskräfte ein schwerer Schlag. Viele Kommunisten glaubten nicht an die erhobenen Anklagen. Doch es blieb keine Zeit. Schon bald kam der faschistische Krieg. Die gegnerische Propaganda benutzte die Auflösung der KPP zur Forcierung ihrer antikommunistischen Hetze.

Am 1. September 1939 wurde Polen von Hitlerdeutschland überfallen und der bürgerliche Staat vernichtet. Die faschistische Okkupation begann. Besonders schwer lastete die Besatzung auf der jüdischen Bevölkerung, die jegliche Rechte verlor und fast zur Gänze ermordet wurde. Viele polnische Familien leisteten materielle Hilfe oder gaben moralische Unterstützung. Das traf besonders auf die Linkskräfte zu. Natürlich zeigten sich auch etliche Kollaborateure und Anhänger nationalistisch orientierter Kreise. Doch die Mehrheit war mit der unterdrückten jüdischen Bevölkerung solidarisch. Nach 1939 wurden über 6 Millionen polnische Staatsbürger durch die Faschisten umgebracht, davon 2,8 Millionen Juden und mehr als 3 Millionen Polen.

(Wird fortgesetzt)

Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor

Unser Autor ist Hochschullehrer an der Universität Wroclaw. Er war bis 2002 Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“.

Die Wahrheit über das SWAPO-Kinderheim in Bellin

Geborgen in der DDR

In der „Schweriner Volkszeitung“ – heute ein Konzernblatt entsprechender Prägung – erschien vor einiger Zeit ein abwertender Beitrag über das einstige Heim für Waisenkinder aus Namibia. Auf Bitten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) war es in Bellin bei Krakow am See im Kreis Güstrow eingerichtet worden. Der SVZ-Artikel schmähte das von der DDR dort Geleistete. Unsere Leserin **Barbara Trost**, die jetzt in Bad Oldesloe lebt, nahm dazu Stellung. Die Zeitung veröffentlichte ihren Brief, den wir hier nachdrucken.

Ich war mehrere Jahre als Erzieherin im Belliner Kinderheim tätig und wurde – wie Sie schreiben – „eigens für diese Aufgabe ausgesucht“. Deshalb möchte ich mich zu Ihrem Beitrag äußern. Er ordnet sich organisch in die DDR-„Geschichtsaufarbeitung“ ein und erfüllt sein Ziel, Wirkungen herbeizuführen, die sich parteiischer

system, kolonialisiert und brutal terrorisiert wurde. Sie waren teilweise selbst Betroffene eines Massakers und wurden auf Ersuchen der SWAPO von der DDR aufgenommen, um in Sicherheit und Geborgenheit leben und lernen zu können. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, diese Kinder seien weitgehend von der Umwelt abgeschirmt worden. Man nutzte viele Möglichkeiten der sozialen Integration wie Schule, Ferienlager der Deutfracht-Seereederei Rostock, Ausflüge, Stadtgänge usw., immer unter dem Aspekt, daß sie eines Tages wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Betreut wurden sie von Erzieherinnen beider Länder, so daß sie die deutsche Sprache erlernten und das heimische Oshiwambo nicht vergaßen. Traditionen ihres Landes wurden wachgehalten durch namibische Lieder, Volkstänze und Trachten, die die Kinder auf

verschiedenen Veranstaltungen einem Publikum darboten. Traditionelle Frisuren wurden geübt und getragen. Die jungen Namibier erfuhren durch den Geschichts- und Geographieunterricht viel über die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Bodenschätze ihrer Heimat. Sie festigten ihre Kenntnisse beim Spiel und beim außerunterrichtlichen Lernen. Heimische Märchen und Geschichten über den Freiheitskampf ihrer Väter wurden erzählt. So sorgten die namibischen Erzieherinnen dafür, daß die Kinder ihr Land nicht vergessen bzw. erst richtig kennenlernen konnten. Wir nahmen die Kinder oft mit nach Hause, damit sie Einblick in das Leben ihrer deutschen „Memme“ gewannen.

Sicherlich war nicht auszuschließen, daß in dem veränderten sozialen Umfeld der umfassenden Fürsorge in der DDR eine gewisse Prägung stattfand, die bei einer späteren Rückkehr in die Heimat Probleme aufwerfen mußte. Doch daß es so schroff war, ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß diese Rückkehr nach 1989 plötzlich und ohne jede Vorbereitung erfolgte. Schuljahr und Lehre konnten so nicht beendet werden. Das haben Politiker zu verantworten, die sich nicht über die Modalitäten einigen konnten.

Angesichts der Tatsache, daß weltweit Kinder als Sklaven, als Prostituierte, als Kindersoldaten oder unter vielerlei Formen von Zwangsarbeit leiden, keine Bildung erhalten und unterernährt sind, so daß ihr körperliches, psychisches und moralisches Befinden erheblich gefährdet wird, wäre durch die Autorin ein anerkennendes Wort für die Menschen angebracht gewesen, die großen Anteil an der inhaltsreichen, behüteten Lebensordnung und Geborgenheit der namibischen Kinder hatten. Ein Land, das Kinder schützt und fürsorglich behandelt, ihre Persönlichkeit achtet und fördert, kann diese Tatsache auf die positive Seite seiner Geschichte schreiben, auch wenn diese nicht in eine gewisse Geschichtsaufarbeitung passen sollte.



Bewertung nicht entziehen. So kommt heraus, was offensichtlich erwünscht ist. Den Lesern wird suggeriert: In der DDR wurde Ausländern – hier speziell Kindern – ein fremder „Lebensstil“ aufgedrückt, ob sie wollten oder nicht“. Allein die Wortwahl „Das DDR-Regime akzeptierte nicht das Anderssein“ erzeugt beim Leser ein Unbehagen. Ist doch das Wort Regime seit Jahrzehnten seines ursprünglichen Sinnes beraubt und zu einem Synonym für menschenverachtende Herrschaftssysteme geworden.

Der Autorin hätte es gutgetan, wenn sie sich in dem Gespräch auch ihren Recherchen zur Vorgeschichte dieser Kinder gewidmet hätte, die in einem Land lebten, das vom weltweit geächteten südafrikanischen Botha-Regime, dem Apartheid-

Wie hieß es doch vor zwei Jahren? Nach dem 11. September würde nichts mehr so sein wie zuvor. Die furchtbare Wahrheit dieser Drohung ist inzwischen vielen ins Bewußtsein gelangt. Kein Wunder also, daß die zahllosen Ungereimtheiten und Widersprüche in der offiziellen Darstellung der Ereignisse des 11. 9. zu drängenden Fragen geführt haben. Wie „Der Spiegel“ in Nr. 37/2003 berichtete, glauben 68 % der Deutschen nicht, die Wahrheit erfahren zu haben. Und 75 % sind sogar der Meinung, die US-Regierung habe die Anschläge selbst in Auftrag gegeben. Da

„Spiegel“ auf BILD-Niveau

sollte man denken, ein Blatt des „unabhängigen Journalismus“ würde sich selbst in die Reihe der Fragesteller begeben. Statt dessen beschimpft es dessen Wortführer: Spökenkieker, Panoptikum des Absurden, Phantasten, Schwachsinn, Geraune im Nebel, Zurechtbiegen von Fakten bis an den Rand der Fälschung, Konspirations-Fanatiker.

Angesichts solcher Wortwahl könnte man den Eindruck gewinnen, in der „Spiegel“-Redaktion hätte BILD-Niveau Einzug gehalten.

Frank Mühlefeldt

Karikaturisten der „Sowjetskaja Rossija“ im „RotFuchs“

„Und für diese Zukunft
sind wir in den Schlachten
des Großen Vaterländischen ...
gestorben ...“



Bande der Freundschaft

Karikaturen von
Gleb Dritow, Moskau



„Nun ist meine Alte ganz verrückt:
Sie verlangt eine Rentenerhöhung.“

Karikatur:
Michail Musikantow, Rudnja

Wie der Dalai Lama vor den Karren der USA gespannt wurde

Die „tibetische Karte“

Wenn man die Politik der imperialistischen Staaten gegenüber der VR China in letzter Zeit beobachtet, so fällt auf, daß Tibet dabei wiederum besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Dalai Lama hielt vor verschiedenen ausländischen Gremien Reden, er wurde von Präsident Bush in Washington und vom BRD-Außenminister Fischer empfangen, im diesjährigen „Menschenrechtsbericht“ der US-Regierung wird Tibet hervorgehoben.

Es sei auch nicht unerwähnt, daß „Neues Deutschland“ ihn mit einer ganzen Seite hofierte. Deshalb kommt der „RotFuchs“ nochmals auf dieses Thema zurück, ohne die früheren Feststellungen zu wiederholen (s. RF Juli 2000, S. 22 „Warum Tibet zu China gehört“).

Gestützt auf den „Foreign Relations Authorization Act 2003“ vom September 2002 gab Präsident Bush am 8. Mai 2003 einen Bericht über „Tibet-Verhandlungen“ an den US-Kongreß. Darin wird einerseits wiederholt, daß die Vereinigten Staaten Tibet als Bestandteil der VR China betrachten. Gleichzeitig fordert man von der chinesischen Regierung „wirkliche Selbstbestimmung“ und verlangt, das einzigartige religiöse, linguistische und kulturelle Erbe des Volkes von Tibet sowie dessen Menschenrechte und Freiheiten zu respektieren. Die USA erklären sich für einen „substantiellen Dialog“, der zu einer Verhandlungslösung der „Tibet betreffenden Fragen“ führen soll.

Das ist der erste Bericht eines US-Präsidenten, mit dem Besorgnis in der „Tibet-Frage“ geäußert wird. Chinesische Kommentatoren betonen, daß es ebensowenig eine „Tibet-Frage“ wie eine „New-York-Frage“ gibt.

Im „Bericht“ heißt es, falls die chinesische Regierung keinen „substantiellen Dialog“ mit dem Dalai Lama „ohne Vorbedingungen“ führe und keine baldige Lösung der Differenzen erreiche, werde es zu „größeren Spannungen in China“ kommen, was „einen Hemmschuh für ein umfassenderes politisches und ökonomisches Engagement der Vereinigten Staaten und anderer Nationen“ darstelle. Ein chinesischer Kommentator bezeichnet das als „durch und durch USA-Denken“. Kein Land der Erde, so auch die USA, habe Tibet jemals als souveränen Staat anerkannt oder diplomatische Beziehungen mit der in Indien residierenden „tibetischen Exilregierung“ aufgenommen (selbst Delhi nicht). Obwohl der „Bericht“ Tibet als Teil Chinas anerkennt, wird darin die Meinung vertreten, der Dalai Lama repräsentiere die Ansichten der großen Mehrheit der Tibeter. Es wird betont, „seine moralische Autorität“ helfe, „die tibetanische Gemeinschaft innerhalb und außerhalb Chinas zusammenzuschließen“. Chinesische Kommentatoren folgern daraus, daß die VR China nach Auffassung der US-Regierung nicht in der Lage sei, den Willen und

die Interessen der meisten Tibeter, die ihre Staatsbürger sind, zu vertreten. Dies widerspreche zutiefst den Realitäten. Selbst der US-Botschafter in Beijing erklärte bei seinem Besuch in Lhasa am 17. April 1997, seit der Ära Sun Yat-sens habe die US-Regierung Tibet stets als untrennbaren Teil Chinas anerkannt.

Die Politik der Regierung der VR China gegenüber dem Dalai Lama besteht in folgendem: Es wird nur Kontakte und Verhandlungen mit ihm geben, wenn er seinen Anspruch auf „Unabhängigkeit Tibets“ aufgibt, seine separatistischen Aktivitäten einstellt, offen anerkennt, daß Tibet ein untrennbarer Bestandteil Chinas und die Regierung der VR China ihr legitimer Repräsentant ist. Die Haltung Washingtons zur „Tibet-Frage“ und seine konkreten Aktionen stellen eine eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar.

Diese Intervention hat ihre Geschichte: Im Juli 1951, kurz nach der friedlichen Befreiung Tibets, traf Thubten Norbu, der älteste Bruder des Dalai Lama (welcher damals 16 Jahre alt war), in New York ein und führte geheime Vermittlungsgespräche mit den US-Behörden unter Teilnahme der CIA. Zur gleichen Zeit unterzeichnete ein weiterer älterer Bruder des Dalai Lama, Gyalo Thondup, eine Vereinbarung mit der CIA über Nachrichtenbeschaffung und Guerillakampf in Tibet. Die USA begannen mit der Ausbildung von tibetischen Terroristen, u. a. in Colorado. Zur Zeit der Rebellion in Tibet 1959 unterstützte die CIA den Dalai Lama bei seiner Flucht nach Indien. Flugzeuge der CIA drangen Hunderte Meilen tief in den chinesischen Luftraum ein, um die Flüchtlinge zu eskortieren; sie beobachteten die Bewegungen der chinesischen Volksbefreiungsarmee, warfen Lebensmittel, Landkarten, Rundfunkempfänger und Geld für die Flüchtenden ab; ein in den USA speziell ausgebildeter Tibeter begleitete den Dalai Lama bei seinem Absatzmanöver.

Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre haben die USA mit dubiosen Mitteln versucht, die sogenannte Tibet-Frage in der UNO auf die Tagesordnung zu bringen. Später wurde sie eine Karte in der „Menschenrechts-Diplomatie“ der USA. Am 18. Juni 1987 hat das USA-Repräsentantenhaus eine Entschließung „Chinas Verletzung der Menschenrechte in Tibet“ angenommen. Sie wurde Bestandteil des US Foreign Relations Authorization Act für die Jahre 1988–89. Parlamente anderer westlicher Staaten, u. a. das Europa-Parlament, folgten mit inhaltsgleichen Dokumenten. Am 21. September 1987 sprach der Dalai Lama vor dem Menschenrechtsausschuß des USA-Repräsentantenhauses. Es ist sicher nicht zufällig, daß wenige Tage danach, am 27. September, erstmals seit 1959 in Lhasa Unruhen ausbrachen mit der Forderung nach „Unabhängigkeit Tibets“.

Am 14. Oktober 1987 fand im Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des Repräsentantenhauses eine Anhörung über Menschenrechte in Tibet statt, bei der versucht wurde, Druck auf China auszuüben. In den Jahren 1987–1989 ereigneten sich in Tibet zahlreiche Zusammenstöße, die Menschenleben kosteten und große Zerstörungen zur Folge hatten. Diese wurden von tibetischen spalterischen Elementen im Ausland geplant und angezettelt, blieben aber für diese ohne Ergebnis. Später haben die USA, die anderen imperialistischen Staaten und ihre tibetischen Verbündeten diese Politik, teilweise mit veränderter Stimmlage, fortgesetzt. Es soll hier nur auf die zeitliche Nähe der USA-Aktionen zu den Ereignissen Mitte 1989 in Beijing und danach in Europa hingewiesen werden.

Wenn man im ND vom 14./15. Juni 2003 ganzseitig mit dem falschen Lächeln und der demagogischen Sprache des Dalai Lama konfrontiert wird, dann stellt sich die Frage: Weiß man in der Redaktion nichts von den imperialistischen Absichten und Aktionen? Hat man vergessen, daß der Dalai Lama der oberste Sklavenhalter und Herr der Leibeigenen in Tibet war, und daß er sich seit seiner Flucht niemals davon distanziert hat?

Das spezielle Interesse der USA an Tibet zeigt sich auch an folgenden, erst unlängst bekanntgewordenen Details: Zum 50. Jahrestag der Erstbesteigung des höchsten Berges der Erde, Qomolangma (Mount Everest), dessen Gipfel genau auf der Grenze zwischen China und Nepal liegt, erschien in Indien ein Buch des bekannten Bergsteigers und ehemaligen Marineoffiziers Sidney Wignall unter dem Titel „Spion auf dem Dach der Welt“. Wignall war der erste Inder, der den Qomolangma erklomm.

Als der spätere Autor im Mai 1965 mit der von ihm geleiteten Gruppe nach erfolgreicher Besteigung des Gipfels in New Delhi landete, wurde er von Balbir Singh, dem damaligen Direktor des indischen Geheimdienstes, an einem diskreten Ort mit R. N. Kao, dem Direktor des Indischen Forschungszentrums für Luftfahrt, zusammengebracht. Kao informierte Wignall, daß er mit weiteren sieben Personen in die USA reisen werde. Am 19. Juni 1965 flog Wignall mit seiner Gruppe nach New York, danach zu einem dreiwöchigen Training nach Alaska. Dort wurden die Teilnehmer damit vertraut gemacht, daß sie im Auftrag der CIA geheimes Gerät zur Beobachtung von Kernwaffen- und Rakentests auf dem 8 598 Meter hohen Kanchanjunga installieren sollten. Dieser Gipfel erwies sich später als zu hoch und zu kompliziert für den Transport und das Anbringen der schweren Ausrüstung. So wurden die Instrumente schließlich auf dem Nanda Devi in 7 300 Meter Höhe aufgebaut, wo sie bis Oktober 1997 in Betrieb waren.

Rolf Berthold

Warum Afghanistan von einer „Normalisierung“ meilenweit entfernt ist

„Wiederaufbau“ im Schneckentempo

Noch während des Krieges gegen Afghanistan wurden vom 27. November bis 5. Dezember 2001 unter der formalen Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die vom Auswärtigen Amt der BRD bezahlten und von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten sogenannten Talks on Afghanistan auf dem Petersberg bei Bonn zelebriert. Es waren insgesamt vier afghanische Delegationen eingeladen: die Rom-Gruppe, bestehend aus der Entourage des ehemaligen Monarchen Mohammad Saher Schah; die Peschawar-Gruppe unter Federführung Hamid Gailanis, Sohn des gemäßigten und Saher Schah nahestehenden Großgrundbesitzers und Modjahedinführers Saied Ahmad Gailani; die Zypern-Gruppe unter Leitung Homaïun Scharirs, eines Schwiegersohns des Ultra-Islamisten und derzeitigen Verbündeten von Al Qaeda, Gulbudin Hekmatyar; die Nordallianz unter der Leitung des sich nun als moderat präsentierenden Modjahedin-Kommandanten Mohammad Junos Qanuni. Es war den Delegationen bedeutet worden, auch einige Frauen als Schauobjekte für die internationale Presse mitzubringen. Bis auf eine handelte es sich um „europäische Frauen afghanischer Herkunft“, die zum Teil Afghanistan in den letzten 30 Jahren nicht von innen gesehen hatten. Daher war ihre Anwesenheit kaum mehr als eine Public-Relations-Maßnahme für die westliche Öffentlichkeit.

Während die afghanischen Delegationen insgesamt 38 Personen umfaßten, wurden die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Konferenz durch 20 „Beobachter“ vertreten. Abdul Hamed Karsai, ein Großgrundbesitzer und Modjahed, der in den Jahren des Bürgerkrieges gute Kontakte zur CIA pflegte und durch US-Dollars, die in dieser Zeit großzügig an die Modjahedins flossen, noch reicher geworden war, wurde in Abwesenheit zum Interimsministerpräsidenten der Afghan Transitional Authority (ATA) ernannt. Er hatte in den letzten Jahren einen Großhandel in Dubai und Peschawar betrieben, ist Besitzer einer Restaurant-Kette in den USA und war zeitweilig Berater der US-Ölfirma Unocal Corporation, die eine Rohstoff-Pipeline aus Mittelasien durch Afghanistan nach Pakistan und Indien zu bauen beabsichtigte. Mit der Auswahl Karsais setzten sich die USA im Gerangel um die Führungsposition in der afghanischen Übergangs-Administration durch. Gleichzeitig wurde die „Warlordisierung“ Afghanistans vertraglich sanktioniert. Die Europäer und vor allem die BRD, die die Monarchisten favorisierten, konnten sich bei der Postenverteilung nicht behaupten. Die Abordnung der Bundesregierung hatte als einzige Delegation ein Sieben-Punkte-Programm für die Lösung des Afghanistan-Konflikts vorgelegt, dessen Inhalt jedoch der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Die fremdbestimmte Administration besaß für Afghanistan keinerlei Legitimation, genoß bei den Stämmen keine Akzeptanz und wurde auch von den auf den

Petersberg nicht eingeladenen Warlords nicht anerkannt. Die große Mehrheit der afghanischen Bevölkerung lehnte sie ab. Da sie keine nennenswerte Unterstützung zu erwarten hatte, schuf man zu ihrer Absicherung nach kolonialem Muster die sogenannte Schutztruppe („International Security Assistance Force“ – ISAF), die nach Kabul abkommandiert und inzwischen der NATO unterstellt wurde. Das bedeutet nichts anderes als den erneuten Versuch einer militärischen Lösung des Afghanistan-Konfliktes, was bisher schon mehrfach in die Sackgasse geführt hatte. Die Schreckensherrschaft der Taleban wurde nach sechs Wochen Krieg zwar beseitigt, aber die „Suche“ nach „versprengten Taleban und Al Qaeda“ geht weiter. Die US-Truppen unternahmen sogar mehrere Großoffensiven gegen diese angeblich vereinzelter Taleban.

Tatsächlich ist die Sache so: Infolge des Krieges gegen den Irak haben sich die zuvor noch nicht vereinten Islamisten verständigt und eine Koalition zwischen Al Qaeda, Hekmatyar und Rest-Taleban gebildet, die zu einem Djehad (Heiliger Krieg) gegen die USA und die Karsai-Administration aufrufen hat. In afghanischen und pakistanischen Moscheen werden entsprechende Erklärungen verbreitet. Vor allem die östliche Provinz Nangrahar ist seit der Rückkehr von Hekmatyar aus Teheran und besonders nach der Bildung der genannten Koalition zu einer Hochburg der islamistischen Guerillakämpfer geworden. Diese sind jetzt dazu in der Lage, selbst in Kabul vor den Augen der ISAF militärisch zu operieren, wobei inzwischen mehrere afghanische Soldaten sowie Angehörige der ISAF, darunter auch vierzehn Deutsche, getötet worden sind. Die islamistischen Gegner der Kabuler Regierer sollen inzwischen „viermal so stark wie Afghanistans antisowjetische Bewegung im Jahre 1979“ sein, berichten Experten aus der Region. Um die Lage zu entschärfen, veranlaßte die US-Administration ihre Marionette Karsai, einige „gemäßigte“ Taleban in die Regierung aufzunehmen, was durch eine große Demonstration in Kabul verhindert werden konnte.

Ein Wiederaufbau im eigentlichen Sinne findet in Afghanistan nicht statt. Nur die internationalen Hilfsorganisationen, die Non Government Organizations (NGOs) und die Entwicklungshilfe-Agenturen reparieren hier und dort zerstörte Einrichtungen wie Schulen, Straßen und Brücken. Eine bundesdeutsche Organisation, die die Trümmer der zerstörten Rahman-Baba-Oberschule in Kabul räumen wollte, durfte die Grundmauern nicht abtragen, solange sie dem Staatssekretär im afghanischen Erziehungs- und Bildungsministerium kein Bakschisch gegeben hatte. Als sie daraufhin die Arbeit einstellte, lenkte der „Politiker“ ein. Dies berichteten mir afghanische Mitarbeiter des Projekts während meines Aufenthaltes im Lande. Die Schaffung einer 75 000 Mann starken afghanischen Nationalarmee wurde als

Bestandteil und Voraussetzung für den Wiederaufbau des Landes bezeichnet. Karsai verkündete sie am 2. Dezember 2002 bei der von Außenminister Josef Fischer zu seiner eigenen Profilierung auf den Petersberg einberufenen Konferenz mit dem bombastischen Titel, „Afghanistan im Wiederaufbau: Frieden und Stabilität“. Sie fand anlässlich des Jahrestages von „Talks on Afghanistan“ statt. Tatsächlich ist dieses Projekt nicht einmal das Papier wert, auf dem es unterschrieben wurde. Trotz amerikanischer und französischer Hilfe hat die Afghan Transitional Authority gerade mal ca. 25 000 Mann aufgestellt. Da sie nicht in der Lage ist, den Rekruten Sold zu zahlen, gehen diese nach ihrer Ausbildung in Kabul zu den jeweiligen Warlords zurück, die natürlich eher ihre Söldner zu finanzieren vermögen. Damit fördern die westlichen Länder eine direkte, wenn auch möglicherweise ungewollte militärische Stärkung der Stammesfürsten, die sich gegen die Kabuler Verwaltung gestellt haben. Die geplante Entwaffnung von über 100 000 nichtstaatlichen Milizionären der mächtigen Warlords konnte nicht durchgesetzt werden und wird bis auf weiteres verschoben. Ein UN-Mitarbeiter begründete das mit „stockenden Reformierungsmaßnahmen“ im afghanischen Verteidigungsministerium.

Die westlichen Länder haben der Afghan Transitional Authority kurz nach ihrem offiziellen Amtsantritt auf der Konferenz in Tokio (Januar 2002) eine Wiederaufbauhilfe von 5,25 Milliarden US-Dollar zugesagt. Das Geld, das bis jetzt nach Kabul geflossen ist, wurde zum Teil für Verwaltungszwecke der Übergangsbehörde und die Gehälter der hohen Beamten verausgabt. Die unteren Ränge erhalten bis zu sechs Monaten hintereinander kein Salär, obwohl das Finanzministerium, laut Minister Ashraf Ghani, das benötigte Geld an die zuständigen Stellen überweisen läßt. In den Ministerien verbleibe es solange man wolle, ohne daß es den Mitarbeitern ausgezahlt werde. Es wird sogar von Geldgeschäften hochrangiger Beamter gesprochen. Kein Wunder, daß das Gros der zugesagten internationalen Mittel auf einem Sonderkonto bei der Weltbank geparkt bleibt. Dafür gibt es mindestens zwei gute Gründe: zum einen, weil die Geberländer kein Vertrauen zur Afghan Transitional Authority haben und zu recht befürchten müssen, daß das Geld im Falle eines Transfers nach Kabul in dunkle Kanäle abfließen dürfte. Karsai beschwerte sich im November 2002, daß von den 890 Mio. Euro Finanzhilfe für Afghanistan rund 800 Mio. an die Bürokratie und die der UNO angegliederten zahllosen Hilfsorganisationen in Kabul gingen. Hinzu kommt, daß die fast ausschließlich aus Islamisten bestehende Kabuler Verwaltung wegen des Fehlens von Fachkräften nicht in der Lage ist, zumindest ein glaubhaftes Miniaufbauprogramm vorzulegen, um damit das Vertrauen der Geberländer zu gewinnen.

(Wird fortgesetzt)

Dr. Matin Baraki

Zu Gast bei der Partei der Arbeit Belgiens in Antwerpen

Marxistische Sommeruniversität

Im Besitz einer Einladung, Gäste und Diskussionspartner der diesjährigen Marxistischen Sommeruniversität der Partei der Arbeit Belgiens zu sein, fuhren wir, meine Frau und ich, nach Antwerpen. Wir wußten um die Tradition dieser Veranstaltungsreihe, hatten aber noch keine sehr konkrete Vorstellung davon. So kam es Ende August zu einem zweitägigen Aufenthalt im Kreise von über 150 jungen und älteren Kommunisten und Sympathisanten der Partei.

Das Beeindruckendste für uns war die Tatsache, daß die PTB (Abkürzung des französischsprachigen Parteienamens, es gibt auch einen flämischen) solche Seminare zum intensiven Studium des Marxismus durchführt und daß ein großes Interesse daran besteht. Die Marxistische Universität findet zweimal jährlich, im Sommer und im Winter, statt. Und das seit über zehn Jahren. Jeder Zyklus dauert eine knappe Woche. Auch in diesem Jahr beschäftigten sich die Teilnehmer der Kurse mit prinzipiellen und aktuellen Themen. Dazu gehörten: Einführung in die Politische Ökonomie; zur Rolle und Bedeutung einer kommunistischen Partei; die Aktualität des Sozialismus; der marxistische Standpunkt zu Krieg und Frieden; der Sieg der UdSSR über die faschistische Aggression; Bündnisbeziehungen im Kampf gegen Imperialismus und Krieg; Globalisierung. Außerdem wurden Grundfragen der marxistischen Philosophie und Staatstheorie behandelt.

Die Auswahl der Themen zeigt bereits, und das wurde in Lektionen und Seminaren besonders deutlich, daß die

Organisatoren und die Teilnehmer der Kurse bestrebt waren, sich angesichts des antimarxistischen „Zeitgeistes“ Klarheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse von heute zu verschaffen. Dies ist vor dem Hintergrund der Verdammung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Gegenwart von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Warum drückt sich denn die PDS-Programm-Mannschaft um eine Analyse des derzeitigen Kapitalismus, warum umgeht man den Versuch, die Wesenszüge der sozialistischen Gesellschaft zu definieren, warum scheut man den wissenschaftlichen Sozialismus wie der Teufel das Weihwasser? Doch nur deshalb, weil man sonst das Abdriften ins Lager der Bourgeoisie, wo man längst angekommen ist, selbst aufdecken würde.

Es ist zweifellos erforderlich, daß sich auch die deutschen Sozialisten und Kommunisten ernsthafter Gedanken machen, wie marxistisches Studium wieder entwickelt werden kann. Vor allem gilt es, junge Menschen an die Theorie des Marxismus-Leninismus heranzuführen.

Und hier befinde ich mich schon bei der zweiten beeindruckenden Tatsache: Über die Hälfte der Teilnehmer waren junge Mitglieder der Partei der Arbeit, Sympathisanten und andere Interessierte. In den Seminaren und Vortragsveranstaltungen, auf denen auch der Gast vom „RotFuchs“ gefordert war, haben sich die jungen Leute intensiv in den Meinungsaustausch eingeschaltet. Daraus ergaben sich für alle Beteiligten, auch für die Vortragenden, ergebnisreiche Diskussionen. Warum sollte so etwas hierzulande nicht möglich sein?

So wie ich es kenne, gibt es auch bei uns viele engagierte und interessierte junge Menschen, die durchaus nicht am „Mainstream“ kleben und neue Ideen durchdenken wollen.

Auch das sei noch berichtet: Belgien ist ein Land, in dem Menschen vieler Völker leben. Dies wurde auch in der Teilnahme an der Marxistischen Universität deutlich. Gäste aus Großbritannien, Frankreich, Senegal, den USA, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland waren Hörer, Dolmetscher oder Lektoren. Jeder brachte seine eigenen Erfahrungen und Kenntnisse ein, jeder beteiligte sich auch am Küchendienst und der Organisation des Tagesablaufes.

Ein besonderes Erlebnis für alle war die Besichtigung des Antwerpener Hafens. Die Exkursion bot Gelegenheit, sein wechselhaftes Schicksal im Zuge der Weltwirtschaftsentwicklung kennenzulernen. Ein Hafenarbeiter machte allen Teilnehmern kapitalistische Profitgier und den Kampf der Docker für ihre Rechte in der Geschichte und heute deutlich.

Die Partei der Arbeit Belgiens ist eine kleine Partei. Sie nimmt für sich nicht in Anspruch, bereits die richtigen Antworten auf alle Fragen gefunden zu haben. Sie ist dabei, die aktuellen Probleme auf marxistischer Grundlage zu analysieren wobei sie auch frühere Positionen, die teilweise aus falschen Einschätzungen entstanden, selbstkritisch überdenkt. Sie hält an ihren kommunistischen Prinzipien fest. Das wohl Wichtigste: Sie stellt richtige Fragen. Eine Maxime, die auch für uns gilt.

Rolf Berthold

Ist Dänemarks Monarchie toleranter als die bundesdeutsche Republik?

In memoriam Andersen Nexö

Martin Andersen Nexö wurde von dem französischen Literaturnobelpreisträger Romain Rolland einmal zu Recht mit Maxim Gorki verglichen. Die sozialkritischen Bücher des Dänen übersetzte man in 44 Sprachen. Sie erreichten Millionenauflagen. Sein berühmtestes Werk „Pelle, der Eroberer“ wurde in den 80er Jahren (mit Max von Sydow) verfilmt, ebenso sein Roman „Ditte Menschenkind“.

1869 in Kopenhagen geboren, ging er 1877 mit der kinderreichen Familie seiner Eltern über Schweden nach Bornholm, das seinen Lebensweg, sein soziales Denken und Schreiben besonders prägten. Später lebte er längere Zeit in Deutschland, unterstützte die spanische republikanische Bewegung und den Widerstand der Jugoslawen gegen die deutschen Nazi-Fa-

schisten. Nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik siedelte er sich 1951 in Dresden an, wo er bis zu seinem Tode (1954) lebte. Die Stadt verlieh ihm die Ehrenbürgerschaft. Die Universitäten Leipzig und Greifswald machten ihn zum Dr. h.c. Seine letzte Ruhestätte fand der berühmte Schriftsteller auf dem Kopenhagener Assistens-Friedhof.

Im Jahre 1990 eröffnete Nekso, die Stadt seiner Jugend, in seinem Vaterhaus das Martin-Andersen-Nexö-Museum und benannte die angrenzende Straße nach ihm. Erfreulicherweise wird dieses Museum von Einheimischen und Touristen rege besucht. Dadurch erfahren sie nicht nur Wertvolles über den Autor und sein Werk, für das er 1951 vom Präsidenten der DDR mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wor-

den ist. Übrigens sind im Nexö-Museum auch Fotos von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Bertolt Brecht und Johannes R. Becher zu sehen, ebenso wie das KPD-Mitgliedsbuch des Schriftstellers.

Besonders Deutsche werden sich fragen, weshalb die sächsische Hauptstadt 1990 das Dresdner Martin-Andersen-Nexö-Museum geschlossen hat. Konnten es die bundesdeutschen Kulturpolitiker und ihre Nachplapperer im Osten nicht ertragen, daß dieser Literat von Weltrang auch durch die DDR geehrt worden ist? Oder geht das monarchistische Dänemark toleranter mit Kommunisten und Antifaschisten um als die bundesdeutsche Republik?

Horst Jäkel

Hun Sens Volkspartei gewann die Parlamentswahlen in Kambodscha

Linke legte zu

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung des Königreiches Kambodscha hat die Volkspartei (VPK) von Premierminister Hun Sen mit 47,35 % den höchsten Stimmenanteil erhalten. Sie ist die Nachfolgerin der kambodschanischen Sektion der Kommunistischen Partei Indochinas und setzt deren Sache fort. Jetzt hat sie im Parlament 70 von 123 Sitzen inne. Nach Meinung von Beobachtern – und ihrer gab es in den Wahlstützpunkten am 27. Juli mehr als 20 000, darunter auch Vertreter einer Reihe ausländischer Staaten und internationaler Organisationen – handelt es sich um die „ruhigste und demokratischste Wahl“ in der Geschichte des Landes. Den zweiten Platz im Parlament nimmt die bürgerliche Oppositionspartei Sam Rānsi (SR) ein, die von 21,8 % der Wähler unterstützt wurde. Auf die royalistische FUNSINPEK, den bisherigen Koalitionspartner der Volkspartei, entfielen 20,75

% der Stimmen, 10 % weniger als bei den Wahlen im Jahre 1998. Ganz offensichtlich widerspiegeln sich darin bestimmte Verschiebungen im Massenbewußtsein der Kambodschaner. Es gibt immer weniger Anhänger von Patriarchentum und monarchistischen Konzeptionen. Die einflußreichen Studentenverbände der Hauptstadt haben diesmal die SR-Partei unterstützt, die geschickt gegen Korruption und Bürokratismus von Staatsbeamten auftrat. Der überzeugende Sieg der Volkspartei Kambodschas (1998 waren auf sie 41,1 % der Stimmen entfallen) bestätigt, daß diese Partei die Erwartungen und Hoffnungen vor allem der bäuerlich-halbproletarischen Mehrheit der Bevölkerung versteht. Sie verfügt über starke Parteizellen in der Hauptstadt und „vor Ort“. Sie nutzt klug die Massenmedien. Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der VPK Hun Sen

umschreibend kann man sagen, daß die Führer dieser Partei „mit den Khmer-Bauern ein und dieselbe Sprache sprechen“, im Unterschied zu den Abkömmlingen der königlichen Familie oder jenen Aristokraten, die einen großen Teil ihres Lebens in der Emigration verbrachten und jetzt die anderen politischen Parteien und Organisationen Kambodschas leiten.

Die Parlamentswahlen haben gezeigt, daß das Ansehen der Volkspartei weiter wächst. Ihre Ergebnisse positiv bewertend äußerte das Staatsoberhaupt Kambodschas, König Norodom Sihanuk, seine Zustimmung dazu, daß der Premierminister der neuen Regierung des Landes wiederum einer der Führer der VPK, Hun Sen, sein sollte. Im Interesse der Erhaltung von Frieden und Stabilität im Lande dürfte das neue Kabinett abermals von einer Koalition getragen sein.

Pjotr Zwetow, „Prawda“, Moskau

Warum Brasiliens Kommunisten die Regierung Lula unterstützen

Strategie und Taktik der PCB

Die Frage nach dem Verhältnis zur Macht spielt in den Überlegungen der brasilianischen Kommunisten eine wichtige Rolle. Erinnert sei daran, daß bei den Präsidentenwahlen im Oktober 2002 Ignacio („Lula“) da Silva, der Führer der Arbeiterpartei (PT), den Sieg davontrug. Die PT ist gegenwärtig die einflußreichste linke Kraft des Landes. Um Lula hatte sich eine breite Koalition linker und zentristischer Parteien des bevölkerungsreichsten Landes in Südamerika formiert. Von Beginn der Kampagne für seine Wahl als Staats- und Regierungschef, die faktisch schon 1989 eröffnet worden war, hatten sich die beiden brasilianischen kommunistischen Parteien (PCB und PCdoB) aktiv in diese Koalition eingereiht und Lula unterstützt. Ihr Beitrag zum Sieg des Präsidenten wird allgemein anerkannt, nicht zuletzt auch durch die Führung der Arbeiterpartei. In seiner Rede auf dem Nationalkongreß der PCB betonte ein Minister, der zur Führung der PT gehört, die historische Bedeutung beider Parteien und erklärte: „Ohne die PCB hätten wir das nicht erreichen können, was wir heute besitzen.“

Zur Bestimmung der Strategie und Taktik der Partei nach dem Oktobersieg war im Sommer 2003 die 9. Nationalkonferenz der PCB einberufen worden. An ihr nahmen 332 Delegierte aus allen 27 Bundesstaaten Brasiliens teil. Sie vertraten mehrere Generationen von Kommunisten und stammten aus verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Die Konferenz

beschloß die Teilnahme der Kommunisten an der Umsetzung des „Demokratischen Projekts der nationalen Entwicklung“, das insgesamt progressiven Charakter trägt und unter Führung der neuen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Angriff genommen wird. Die PCB setzt sich für die weitere Unterstützung Lulas und seiner Regierung ein. Die neue Aufgabe der Partei besteht darin, die erfolgreiche Realisierung des genannten Projekts zu fördern, das vom gegenwärtigen Kabinett vorgeschlagen wurde, heißt es in der Resolution der PCB-Konferenz. Der Annahme dieses Dokuments war eine zweimonatige Diskussion in sämtlichen Basisorganisationen der Partei vorausgegangen. Es handelt sich also um eine kollektive Meinung. PCB-Vorsitzender Renato Rabelo betonte auf der Beratung, die gefaßten Beschlüsse müßten nun zur Grundlage der Parteiarbeit in einer sehr komplizierten Übergangsperiode werden, die das Land durchlebe. Sie stellten die Taktik der PCB unter den neuen Bedingungen dar.

Renato Rabelo bestätigte, daß die PCB fest zum Marxismus-Leninismus stehe. Mehr als 150 Jahre nach der Veröffentlichung des kommunistischen Manifests müßten die Parteien, die sich das Ziel des Aufbaus des Sozialismus stellen, ihre Strategie und Taktik unter Berücksichtigung der durch die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gesammelten Erfahrungen festlegen, um Fehler und Niederlagen zu vermeiden. Es habe sich herausgestellt, daß für

die revolutionären Umgestaltungen und den Aufbau des Sozialismus eine längere Periode als früher angenommen erforderlich sei. Natürlich dürften die Kommunisten bei der Festlegung ihrer taktischen Aufgaben niemals das strategische Hauptziel aus den Augen verlieren. Fatal wäre es, wenn sich die Partei abkapseln und die konkreten Bedingungen ignorieren, sich von den Volksmassen loslösen würde. Der Führer der brasilianischen Kommunisten warnte die Mitglieder der PCB vor der Erwartung schneller Erfolge und vor unberechtigten maximalistischen Forderungen an die Regierung Lula. Das Land lebe unter Bedingungen, da die Verpflichtungen, die von der bourgeoisen Vorgängerregierung eingegangen wurden, weiter in Kraft seien. So müsse Brasilien den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank folgen. Eine pragmatische Politik sei unvermeidbar.

Lula und seiner Administration ist es dennoch bereits gelungen, nicht wenig für den Schutz der nationalen Souveränität zu tun. Die Kommunisten müssen den Kampf für die Unabhängigkeit Brasiliens mit dem Ringen um wahre Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereinen. In der gegenwärtigen Etappe bedeutet dies für die PCB die Umsetzung ihres Programms und die Unterstützung der Regierung bei der Verwirklichung des „Demokratischen Projekts der nationalen Entwicklung“.

**Andrej Filipow, „Prawda“, Moskau
Übersetzungen: Eberhard Bock**

Zur umstrittenen Frage einer „Regierungs“beteiligung der Irakischen KP

Schwarzer Peter?

In Irak kommen die USA-Okkupanten bei der Errichtung ihres Kolonialregimes nur teil- und schrittweise vorwärts. Auf vielen Gebieten sogar keinen Millimeter. Fast überall schlagen ihnen Haß und Widerstand entgegen. Um die eigenen Verluste zu reduzieren, wurden jetzt die NATO-Polen des Überläufers Kwasniewski als Besatzungsmacht mit ins Spiel gebracht. Überdies versucht Washington, den von der Bush-Administration brutal überfahrenen UN-Sicherheitsrat nachträglich zur Mithilfe zu verpflichten, damit andere Staaten den Karren für die USA aus dem Dreck ziehen.

Eine ganze Skala von Mitteln und Methoden wird ausprobiert, um die drohende Niederlage nach dem „Sieg“ zu vermeiden. Dazu gehört die bereits in vielen Ländern erprobte Provokations- und Diversionstaktik der CIA. Mal lassen die USA-Besatzer eine zentrale Bagdader Wasserleitung sprengen, mal die jordanische Botschaft, mal die UNO-Vertretung in Irak. Und mal legen ihre Agenten in Naschraf das Oberhaupt der Schiiten samt 90 Gläubigen um. Das Ziel ist immer das gleiche: Man will die bisher unbezwungene Widerstandsbewegung in den Augen der Bevölkerung als „Mörder Saddams“ und „Volksfeinde“ diskreditieren, den Bruderzwist zwischen den Irakern entfachen, um selber Luft zu bekommen. Der bewaffnete Kampf gegen

die Okkupanten trägt zweifellos antiimperialistische Züge, auch wenn die Akteure nicht alle Engel sind und etliche von ihnen unter Saddam gedient haben. Doch wer sich heute den USA-Imperialisten entgegenstellt, steht auf der richtigen Seite der Barrikade. Die zentrale Losung müßte deshalb die Zusammenführung all derjenigen sein, die das Land zwischen Euphrat und Tigris von den fremden Aggressoren befreit sehen möchten.

Die irakischen Kommunisten, die eine heroische Tradition besitzen und im Kampf gegen das Saddam-Regime unermessliche Opfer gebracht haben, würde man gerne in den vorderen Reihen des patriotischen Widerstandes sehen. Doch offensichtlich sehnen sie sich nach einer Atempause. Oder hat sie die seit Jahren im kurdischen Nordirak bestehende Situation, wo die Partei unter US-Sicherheitsgarantie (Flugverbotszone für Bagdad, keine Zugriffsmöglichkeiten für Saddam, uneingeschränkte Legalität der IKP Kurdistans bis hin zum eigenen Fernsehsender) agieren konnte, dem bewaffneten Kampf entwöhnt?

Die IKP hat ihre Gründe dafür (nicht zuletzt in einem UZ-Interview ihres Deutschland-Beauftragten Rashid Ghiwielieb) genannt, weshalb sie jetzt eine Linie verfolgt, die auf fortschrittliche Kräfte im In- und Ausland wie politische Mausehelei wirkt. Statt alle Versuche der von dem „zivilen“

Mister Bremer kommandierten USA-Kolonialbehörden zu unterlaufen, eine mit Quislingen und irakischen CIA-Agenten gespickte Protektoratsverwaltung auf die Beine zu bringen, trat der Generalsekretär der IKP dem 25köpfigen „Provisorischen Regierungsrat“ selbst bei. Dieses Gremium hat inzwischen 25 ebenfalls Herrn Bremer direkt unterstellte „Minister“ ernannt. In ihm sind sehr anrührliche Personen vertreten. Es hat sich in den Augen der irakischen Bevölkerung als Gruppe von Kollaborateuren diskreditiert.

Die IKP erklärt demgegenüber, sie habe sich nicht isolieren lassen. Die ihr nach langer Illegalität eingeräumte Atempause müsse genutzt werden. Man sei gleichermaßen gegen das Saddam-Regime wie gegen den Krieg der Amerikaner gewesen und trete auch heute für die nationale Souveränität und territoriale Integrität Iraks ein. Der bewaffnete Kampf werde jedoch abgelehnt. Die IKP habe sich im Interesse von Volk und Land auf das Risiko des Eintritts in die „Regierung“ eingelassen usw. Ehrlich gesagt: Uns überzeugen solche Argumente nicht, wobei wir natürlich konzedieren müssen, die Lage von außen nur ungenügend überblicken zu können. Doch wir befürchten, daß hier aufs falsche Pferd gesetzt worden ist. Die von der IKP gezogene Karte dürfte wohl keinen Stich bringen. Höchstens den Schwarzen Peter. **S. R.**



Grafik: Arno Fleischer

Ärger mit der Heiligsprechung

Der 83jährige, gesundheitlich schwer angeschlagene Papst hat noch immer zwei Hobbies: Reisen und Heiligsprechen. Während des Vierteljahrhunderts seiner Amtszeit, die er im Oktober 1978 antrat, schlug er auf beiden Gebieten alle Rekorde. Er eilt von einer Kanonisierung zur nächsten. Unter seiner Ägide wurden 475 Katholiken heilig und 1282 selig gesprochen – mehr, als alle bisherigen Päpste zusammen genommen bewerkstelligt haben. Das brachte dem Vatikan die Spottbezeichnung „Kanonisierungsfabrik“ ein.

Jetzt hat Johannes Paul II. allerdings ein Problem: Auf der Vorschlagsliste steht Königin Isabella von Kastilien, die 1479 Ferdinand von Aragon heiratete und damit das vereinigte Königreich Spanien begründete. Die heutigen Bischöfe des iberischen Landes machen Druck auf Rom, die einstige Herrscherin heilig zu sprechen. Das werde Kirche und Religion Spaniens, das der Papst erst kürzlich besucht hat, starken Auftrieb verleihen, vermuten sie.

Nächstes Jahr wird der 500. Todestag Isabellas begangen. Da bietet sich ein willkommener Anlaß für eine Kanonisierung. Warum aber zögert der Papst?

Die Königin war zwar eine glühende Katholikin, galt aber auch als erbitterte Feindin von Juden und Mauren. Gemeinsam mit Ferdinand wollte sie Spanien von ihnen „säubern“, was die bis dahin bestehende wechselseitige Toleranz sprengte.

In den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts kam es zu schweren Ausschreitungen und Pogromen. 1480 willigte der Vatikan in die Errichtung der spanischen Inquisition ein. Sie sollte zunächst darauf beschränkt bleiben, zum Katholizismus konvertierte Juden auf die Echtheit ihrer Motive zu überprüfen. Verteidiger von Isabella verweisen darauf, die massenhaften Verbrennungen auf dem Scheiterhaufen seien nicht von der relativ „milden“ Inquisition, sondern von zivilen Gerichten angeordnet worden. Nichtsdestotrotz – es ging keineswegs nur um die Wahrung der Glaubensgrundsätze,

sondern vor allem um politische und ökonomische Macht. Dazu setzte man auch den Antisemitismus bedenkenlos ein. Unter der Regentschaft Isabellas wurden viele der als Marranos bezeichneten Juden gefoltert und getötet. 1492 erließ der Königshof überdies das Edikt über die Ausweisung der Juden im Falle ihres Nichtübertritts zum katholischen Glauben. Nach Schätzungen wurden insgesamt etwa 20 000 Marranos ermordet, 80 000 weitere ins Exil gezwungen.

Auch die Moslems sind von der Idee einer Kanonisierung Isabellas nicht entzückt. 1492 endete die Macht der Mauren mit ihrer Niederlage in Granada. Die damals in Spanien blieben, wurden auch nach dem Konfessionswechsel beargwöhnt und diskriminiert.

Trotz allem scheint Isabella für eine Heiligsprechung im Sinne vatikanischer Regeln qualifiziert zu sein. Sie hat bereits eines der beiden obligaten „postmortalen Wunder“ vollbracht, die verlangt werden. 1999 „heilte“ sie den Amerikaner Roy Yearling, der zu ihr gebetet hatte, vom Bauchspeicheldrüsenkrebs. Das zweite „Wunder“ könnte in der Akzeptanz der Auffassung des Postulators, der das Vorliegen der Kanonisierungsbedingungen im päpstlichen Auftrag prüfte, bestehen, die Verfolgung von Juden und Mauren sei nicht auf den Glauben, sondern allein auf politische Erwägungen zurückzuführen. „Es könnte ein politischer Fehler gewesen sein, der völlig vereinbar mit dem Status einer Heiligen wäre“, schrieb er, die Kanonisierung empfehlend.

Der Papst, der 1992 den Begründer des reaktionären Laienordens „Opus Dei“, Josemaría Escrivá de Balaguer, nur 17 Jahre nach seinem Tode heilig sprach, baute der Kandidatur Isabellas bereits eine Brücke: Die spanische Königin habe sich um die Verbreitung des Evangeliums in Lateinamerika verdient gemacht, indem sie Columbus zur Erkundung der neuen Welt ermutigte und aussandte, ließ Johannes Paul II. verlauten. **R. F.**

Projekte der Sandinisten

Vor 13 Jahren wurde die FSLN – die Sandinistische Nationale Befreiungsfront – in Nicaragua von der Macht vertrieben. Doch die linksgerichtete nicht-kommunistische Organisation – sie trat schon als Regierungspartei der Sozialistischen Internationale bei – hat ihren Kampf um eine Rückkehr ans Staatsruder nicht aufgegeben, auch wenn sie bei Wahlen den vom Imperialismus gestützten „neoliberalen“ Kräften des Großbürgertums unterlag. Der Sandinismus als Strömung besitzt nach wie vor starke Positionen. Die FSLN verwaltet derzeit 54 der 152 kreisartigen Gemeinden Nikaraguas und stellt 38 von 92 Abgeordneten der Nationalversammlung. Wie der vor Jahren gegen Widerstände des rechten Flügels im Amt bestätigte Generalsekretär Daniel Ortega unlängst erklärte, strebt die FSLN zu den 2004 anstehenden Kommunalwahlen die Eroberung von mindestens 16 weiteren Gemeinden an.

Kürzlich wurde bei einem Treffen im nikaraguanischen Jugendzentrum „Olaf Palme“ ein Grundsatzprogramm beschlossen. Es soll die Bündnispolitik der Sandinisten stärken und der „nationalen Konvergenz“ dienen. Die aktuelle Losung der FSLN lautet: „Einheit in der Vielfalt“. Geworben wird für den Beitritt anderer Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten zur heterogenen Allianz der Nationalen Konvergenz, die gegenwärtig aus dem Movimiento Renovador Sandinista, der Christlich-Sozialen Bewegung, den beiden Tendenzen der Traditionellen Konservativen, dem Nationalprojekt (PRONAL) und kleineren Organisationen besteht.

Jacinto Suárez von der FSNL-Leitung erklärte gegenüber „Prensa Latina“, es gehe um eine neue Strategie der größten politischen Oppositionsgruppierung. Deren Ziel sei es, „sich weiteren Sektoren der Gesellschaft zu öffnen“. Am 24. Juni warnte Daniel Ortega die derzeitige Regierung unter Enrique Bolanos vor „falschen Schritten“. Die FSLN werde sich dem vom Internationalen Währungsfonds geforderten und durch

Managua begünstigten Privatisierungsprozeß entschieden widersetzen. Sie lehne den geplanten Verkauf von 49 % der Aktien des staatlichen Telekommunikationsunternehmens ENITEL und der Elektrizitätswerke des Landes ab, zumal Nicaragua bereits fast sämtliche früher nationalisierten Besitztümer verloren habe. Ortega setzte sich gegenüber dem IWF-Vertreter Luis Brear für die Annullierung der nikaraguanischen Auslandsschulden von ca. 6,5 Mrd. Dollar ein, da die Republik weder heute noch perspektivisch rückzahlfähig sei.

Der FSLN-Generalsekretär schlug die Vorverlegung der erst im Jahre 2006 fälligen Präsidentschaftswahlen vor. Darüber solle das Parlament entscheiden. Die Mehrheit von einer Stimme reiche aus.

Die politische Situation, in der sich Bolanos befindet, ist prekär. Er wurde im Vorjahr mit dem Votum der rechtsgerichteten Liberal-Konstitutionalistischen Partei (PLC) des Expräsidenten Arnaldo Aleman in den Regierungspalast gebracht. Gegen Aleman aber läuft inzwischen ein Gerichtsverfahren wegen Millionenbetrugs und Geldwäsche. Er wurde sogar festgenommen. Da sich Bolanos unter dem Druck der Öffentlichkeit dazu entschließen mußte, dem Einsatz juristischer Mittel gegen Aleman zuzustimmen, entzog ihm die PLC jegliche Unterstützung. So hängt der Präsident faktisch in der Luft.

Die sozialökonomische Lage in Nicaragua ist durch gravierende Not gekennzeichnet. Landesweit leben 70 % in allgemeiner Armut, 52 % vegetieren in extremem Elend.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“



Hans Marchwitza – ein Pionier der sozialistischen deutschen Nationalliteratur

Schreibender Prolet



Vor 75 Jahren wurde in Deutschland eine Vereinigung linker Literaturschaffender gegründet. „Neues Deutschland“ bezeichnete dieses Ereignis 1978 in einem Gedenkartikel als „revolutionären Auftakt einer neuen Literatur“. „Es waren renommierte Schriftsteller und unbekannte Arbeiterkorrespondenten, die am 19. Oktober 1928 in einem traditionsreichen Versammlungsraum der Berliner Arbeiterschaft in der Nähe des Spittelmarktes zusammenkamen und sich als Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands (BPRS) konstituierten. Diese Gründung war Abschluß eines langen Verständigungsprozesses kommunistischer und anderer revolutionärer Schriftsteller und Künstler. Sie leitete zugleich eine neue Entwicklungsetappe der sich am Marxismus-Leninismus orientierenden Literaturbemühungen ein, die durch hohes ideologisches Niveau und bedeutsame künstlerische Breite und Qualität gekennzeichnet ist.“ So führte Dr. Manfred Nössig in dem ND-Artikel in die Entstehungsgeschichte des BPRS ein.

Einer dieser unbekannten Arbeiterkorrespondenten war Hans Marchwitza, der hier als Beispiel für die Herausbildung und das Erblühen einer neuen Art Literatur dienen soll. „Ich verspürte schon während meiner Grubenzeit den Drang, einmal etwas zu schreiben“, berichtet der 1890 in Oberschlesien geborene Kumpel in der Erzählung „Mein Anfang“. „Ein guter Redner war ich nie; aber die Überfülle an Erlebtem nährte in mir ein starkes Mitteilungsbedürfnis. Doch erst als Arbeitsloser griff ich eines Tages zum Bleistift und schrieb.“ Diese „Überfülle an Erlebtem“ war vor allem die schwere Jugend in einer Bergarbeiterfamilie und dann die harte Zeit im Schacht, zunächst in Oberschlesien und später im Ruhrgebiet.

Mit dem eher reportagehaft angelegten Roman „Sturm auf Essen“ wurde Hans Marchwitza 1930 schlagartig einer großen Leserschaft unter den Proletariern bekannt. Der Internationale Arbeiterverlag veröffentlichte dieses Buch als erstes der neuen „Roten-1-Mark-Reihe“. Obwohl er zu den „Menschen der Arbeit, die man um die Bildung betrogen hat“, gehörte, wie es Marchwitza später einmal ausdrückte, wagte er sich in dem Roman an die literarische Darstellung der Zeit des Kapp-Putsches im Ruhrgebiet heran. Dieses Werk, wie auch einige bald darauf folgende, wiesen zwangsläufig Mängel eines Anfängers auf. Dessen war sich der Autor in späteren Jahren durchaus bewußt, so daß er seine Frühwerke überarbeitete.

Nach dem Machtantritt der Nazis emigrierte der kommunistische Schriftsteller in die Schweiz. Dort erschien 1934 sein Roman „Die Kumiaks“. Zusammen mit „Die Heimkehr der Kumiaks“ und „Die Kumiaks und ihre Kinder“ ist dies die bekannteste literarische Leistung Marchwitzas. Die schwere Zeit der Emigration beschrieb der Bergmann später in den Büchern „In Frankreich“ und „In Amerika“. Über die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg gegen die Faschisten berichtete er in Erzählungen.

Aus den USA ließ man Hans Marchwitza erst 1946 nach Deutschland zurückkehren. Nach einem Aufenthalt in Stuttgart siedelte er sich in Potsdam an, wo er in Babelsberg lebte. 1947 erschien von ihm der autobiographische Roman „Meine Jugend“, der Marchwitza schon als gereiften Erzähler zeigt.

In der Deutschen Demokratischen Republik war Hans Marchwitza ein geachteter Schriftsteller. 1950 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Akademie der Künste. Nationalpreise erhielt er 1950 und 1955. Das zweite Mal bekam er diese hohe Auszeichnung für „Roheisen“, in dem er die Entstehung Eisenhüttenstadts und des Stahlwerks beschreibt. Es ist jedoch nicht sein bester Roman. Neben Anerkennung gab es Kritik.

Der Schriftsteller wurde dennoch nicht müde, auf die Errungenschaften der DDR, auf das bessere Leben im Sozialismus hinzuweisen, das er stets mit der alten Zeit verglich, um die Jugend zu mahnen. „Gestern das Schreckliche, Hunger, Not und Pein“, sagte er einmal in einem Radio-Interview, „die Bestie Faschismus, die

Henker und der Krieg. Denkt immer daran, was damals war.“

Am 17. Januar 1965 starb Hans Marchwitza vierundsiebzigjährig. An seinem Werk und seinen Lebensstationen lassen sich viele Ereignisse aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung beispielhaft verfolgen. Der einstige Bergmann, der schon mit vierzehn in der Grube arbeiten mußte, wurde einer der Mitbegründer und Mitgestalter der sozialistischen deutschen Nationalliteratur.

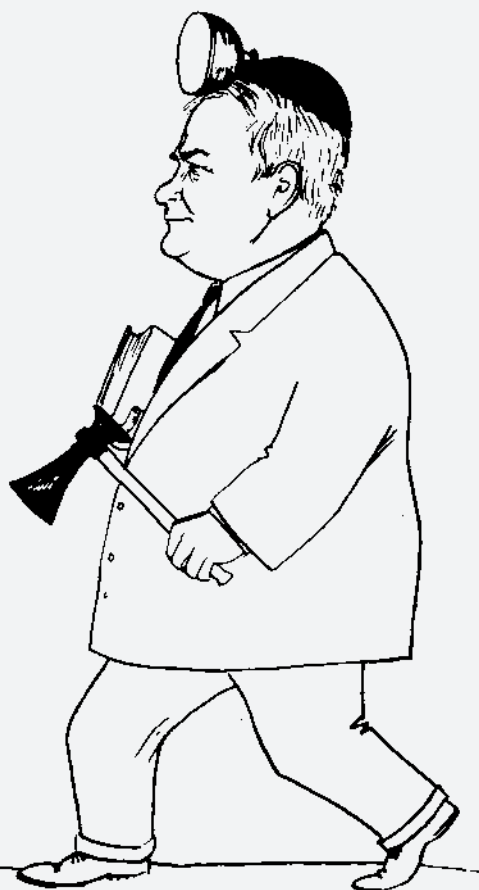
Doch was ist nach dem Ende der DDR davon geblieben?

„Wenn man so will, und ich will es so“, schrieb dem Verfasser dieses Artikels ein Leipziger Professor, „hat der Schriftstellerkumpel mit ‚Meine Jugend‘, ‚Sturm auf Essen‘ und mindestens noch mit dem ersten Band seiner Kumiak-Trilogie etwas Einzigartiges für die erzählerische Weitergabe der Menschenschicksale im Ruhrgebiet geleistet – für die dortigen Leser sowieso, aber eben darüber hinaus für das deutsche Publikum überhaupt.“

Wie die Erfahrungen aus dem sozialistischen Aufbau der DDR gilt es auch die sozialistische Literatur zu bewahren. Daß ein großer Verlag die Werke Marchwitzas neu herausgeben wird, erscheint allerdings mehr als unwahrscheinlich. So freut man sich schon, wenn zahlreiche DDR-Ausgaben noch antiquarisch zu haben sind.

B. G.

Hans Marchwitza, Grafik: Elizabeth Shaw



Eine Reportage – 13 Jahre „danach“

Zwei Wessis auf Osttour

Herbst 1990. Man brauchte nicht mehr im Betrieb zu verheimlichen, daß man seinen Urlaub in der DDR verbringen wollte. Bis dato wurde man ja schon des „Hochverrats“ verdächtigt, wenn man einen Lada fuhr. Diesmal buchten wir nicht bei hansa tourist, sondern „sattelten“ unseren Samara. Wir wollten aufs Geradewohl die DDR vom Süden nach Norden mit dem Fotoapparat erkunden. Fleckenweise. Wollten antifaschistische Denkmäler im Bild festhalten bevor sie geschleift wurden, weil wir diesem ZWEI-PLUS-VIER-VERTRAG und dem auszuhandelnden „Einigungsvertrag“ nicht trauten.

Tapeziertischen liegt, die sich regelrecht durchbiegen. Die Wildecker Herzbuben schmalzen ihr „Schatzilein ...“, und diese Schnulze wird gekauft; man steht auch Schlange nach anderem Schund – es ist zum Kotzen. Nur weg von hier! Wir kaufen auch keine Bananen; ein Buchladen verschleudert DDR-Literatur, darauf haben wir Hunger.

Raus in die Umgebung. Wir fahren erst noch planlos durch die Gegend, erkunden die Nachbarschaft. Überdimensionale Tafeln, Schilder oder bunte Leuchtstoffröhren prahlen, daß aus volkseigenen Betrieben GmbHs geworden sind und Banken

Beim Abschied erwähnt unsere Wirtin das zwischen Crawinkel und Arnstadt gelegene Jonastal. „Fahrt mal durch.“ Heute erinnere ich mich noch, daß wir zugeschüttete gesprengte Stolleneingänge erkannten, weiß aber nicht mehr, was wir damals in Erfahrung brachten oder was wir inzwischen aus „unseren“ Medien erfuhren. Jedenfalls haben hier Zehntausende Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald über zwanzig Stollen in den Berg getrieben. Man spekulierte, ob die „Anlage“ als Führerhauptquartier oder Atomforschungslabor dienen sollte. Die Toten bei den Schindereien hat wahrscheinlich niemand gezählt. Wir fanden keine Grabmale. Deutlich ist mir jedoch in Erinnerung, daß in der Gegend in einem Dorf mit nur ein paar Häusern eine Gedenkstätte für die Opfer der Naziverbrecher war. Aus der Mauer aus Karstgestein ragten vier Schrauben. Da war ursprünglich bestimmt eine Relieftafel angebracht. Hatten Buntmetalldiebe oder Nazistrolche aus dem Westen die schon geklaut, oder war sie von vorausdenkenden Genossen in Sicherheit gebracht worden? Daneben ein kleines antifaschistisches Museum mit trüben Fensterscheiben. Nur eine alte Frau lief uns über den Weg, zuckte mit den Schultern. „Bei Nacht und Nebel ausgeräumt.“ Von wem, das wußte sie nicht. „Wir haben auch keinen Konsum mehr. Der Bus, alles ist weg.“

Wir fahren nach Norden. Lassen die Schanze in Oberhof, das Forstarbeiterdenkmal, die Glasbläser in Lauscha, die wuchtigen Säulen des Theaters in Meiningen, das wir leider nur von außen besichtigen konnten, hinter uns. Was wir in allen Orten feststellen: früher überfüllte Speisegaststätten, vor denen man, als die D-Mark noch nicht herbeigeschrien wurde, auf Einlaß warten mußte, Klubhäuser, Kulturhäuser – alles leer. Das geschulte Personal langweilt und ängstigt sich vor der drohenden Geißel Arbeitslosigkeit. Hinter freundlichem Lächeln und ausgesuchter Höflichkeit beim Bedienen spüren wir die latenten Sorgen.

In Hasselfelde wollen wir unser nächstes Quartier beziehen. Hier ist im Rat der Gemeinde der Zimmernachweis kostenlos. Ein Anruf, wir können kommen, obwohl die Gastgeber einen großen Schäferhund und wir nur einen kleinen ängstlichen Bastard haben. Der Mann: arbeitsloser Autobusfahrer. Die Frau: halbtags noch in einer Besamungsstation. Wir schlafen in einer niedlichen, aber nicht mehr gefragten Ferienwohnung, weil die Partnerschaft mit einem Krankenhaus in Halle einseitig aufgekündigt wurde. Lob, Innigkeit und warmherziger Dank im Gästebuch veranschaulichen uns beiden aus dem „überlegenen“ Westen, was da alles an Menschlichkeit auf der Strecke geblieben ist.

(Wird fortgesetzt)

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen



Also los! Rein in die verdammte Realität! Erst einmal von Schmalkalden aus wollen wir den Thüringer Wald für ein paar Tage durchstreifen. Wir kommen an, die D-Mark hat sich schon einige Monate vor uns breitgemacht. Darum kostet ein Zimmernachweis auch drei Marker. Ihr lernt schnell, Genossen. Eine Stunde später bereuen Rosl und ich den „Zwangsumtausch“ nicht mehr. Unsere Zufallsauswahl ist ein Quartier bei einer Genossin über achtzig, die schon im KJVD war, also weiß, warum sie im hohen Alter nach der Annexion auch noch Kommunistin ist und bleibt; sogar eine aktive! „Bis die hier eingefallen sind, habe ich noch die Vergabe von Ferienplätzen organisiert.“ Nachdem wir drei uns mitsamt unserem Hund gegenseitig beschnüffelt haben, läßt sie bei einem kleinen Imbiß unverhohlen ihre Wut auf die Wendehälse ab. Es wird ein langer Diskussionsabend, ein guter Tag neigt sich seinem Ende zu.

Tags drauf wollen wir die Partnerstadt Schmalkalden ausspionieren. Nein, jetzt noch nicht das Schloß Wilhelmsburg besichtigen, wir begeben uns erst einmal unter unserergleichen. – Ogottogott, wären wir doch erst zum Schloß rauf! Wir sind auf dem Markt. Jede Menge Autos mit Nummernschildern aus dem Goldenen Westen. Sie bringen den Brüdern und Schwestern, was aus Lautsprechern dröhnt und in Form von Kassetten auf

und Versicherungen blühende Landschaften garantieren. Wir aber fotografieren die Stelen der Todesmärsche, erkundigen uns nach Gedenkstätten, bekommen bereitwillig Auskunft. Es gibt hier noch keine Ignoranten und Vollidioten, die vom „verordneten Antifaschismus“ schwafeln.

In Trusetal haben wir doppeltes Glück. Ein Betriebsgelände mit einem verschlossenen Eisentor und einem breitbeinigen Pfortner mit verschränkten Armen davor. Wir sehen Bohrkerne liegen. Da können Mineraliensammler nicht dran vorbei. „Tag, Kumpel“, ich weise auf die Kerne, „ich war Bergmann, verstehe ein bißchen davon. Was macht ihr hier?“ „Wir machen hier nichts mehr. Werden erst verkauft.“ Der Mann ist ein Steiger. Der Betrieb baut Fluß- und Schwerspat ab. Mit zwei Kollegen spielt er auf drei Dritteln im vorläufig stillgelegten Betrieb Wachmann. Nach ein paar Sätzen fachsimpeln Gleichgesinnte nicht nur über Fluorit und Geologie. „Wie sieht es bei euch mit Wendehälsen aus?“ Er lacht bitter: „Mehr Arbeitslose als Wendehälse.“ Der Bewacher schleppt mit uns Mineralien und Bohrkerne in den Kofferraum. Schweren Herzens sagen wir: „Jetzt reicht es aber. Wir wollen noch bis zur Ostsee ohne Achsenbruch. Glückauf, Kumpel, euch werden sie schon nicht abwickeln.“ „Aber noch ein paar Genossen, du Optimist.“ – Wir fahren nach Ohrdruf.

Die Aufenthaltserlaubnis

Es war im Juni 1945. Erschöpft suchten Mutter und ich eine Bleibe. Endlich standen wir vor dem kleinen Haus der Verwandten, ein Stein fiel uns vom Herzen, es war nicht zerstört! Erwartungsvoll traten wir durch die offene Haustür in den kühlen, dämmrigen Flur. Aber wie sah es hier aus! Kleidungsstücke, Bücher, benutztes Geschirr, sogar Musikinstrumente lagen verstreut im Treppenhaus, auf dem Dachboden, in den Zimmern. Von den Verwandten keine Spur.

Kaum angekommen, blieb ich allein. Die Tür schloß sich, Mutters eilige Schritte verhallten. Müde suchte ich mir einen Stuhl, setzte mich ans Fenster. Von der Gardine verborgen, konnte ich die Straße überblicken, auf Mutter warten. Lange saß ich so, unbeweglich. Meine Gedanken kreisten um die Fortgegangene. Was hatte die Nachbarin auf der Straße erzählt? In der sowjetischen Kommandantur sollen viele Deutsche festgehalten und verhört werden ... Ob das stimmte? Aber Mutter war nicht davon abzubringen gewesen, unbedingt wollte sie wegen dieser Aufenthaltserlaubnis gleich fort.

Meine Füße schmerzten, brannten wie Feuer. Ich streifte die Schuhe ab, betrachtete die Blasen und wunden Stellen. Barfuß lief ich zur Leitung – klares Wasser rann über meine Hände. Ich trank mich satt, füllte eine Schüssel, kehrte wieder auf meinen Beobachtungsposten zurück. Mit Erleichterung tauchte ich die zerschundenen Füße ins kühle Wasser. Wenn wir doch nur ein paar Tage hierbleiben könnten! Herrlich müßte es sein, wieder einmal in einem richtigen Bett zu schlafen!

Warum die Mutter nur allein zur Kommandantur gegangen war? Alles hatten wir bisher gemeinsam überstanden: die endlosen Nächte in den Luftschutzkellern, den Abschied vom Vater, von unserem Zuhause, damals in der Januarkälte, als das Donnern der Kanonen immer näher kam und wir die Stadt verlassen mußten. Stets versuchte Mutter, mich zu beschützen. Und wie oft verzichtete sie auf einen Bissen, den sie mir, der ewig hungrigen Fünfzehnjährigen, mit einem Lächeln überließ. Nur manchmal, nachts, hörte ich sie weinen. Ich wollte sie trösten. Doch wie? Hilflos suchte ich ihre Hände, legte

behutsam mein Gesicht hinein – so blieben wir beieinander, schliefen wieder ein, und Sorgen, Ungewißheit, Angst schwanden bis zum nächsten Morgen ...

Wie lange das dauerte! Nur fremde Menschen zogen an dem Haus vorüber, schleppten ihre Habe mit sich. Manche besaßen einen Handwagen, beladen mit Bündeln. Meistens hockten auch noch Kinder darauf, kleine, magere Kerlchen. Die größeren halfen beim Ziehen oder Schieben. Vielleicht mußten auch wir wieder fort.

Schon über eine Woche drängten wir nun Tag für Tag in der endlosen Kolonne von Frauen und Kindern vorwärts. Alle wollten nach Hause. Und wir? Wie gerne wäre ich in diesem Haus geblieben. Was sollte nur werden?

Lange wartete ich. Endlich entdeckte ich die Mutter unter den Näherkommenden. Eilig stürzte ich auf den Flur, griff nach der Klinke. Sie stand vor mir. „Wir dürfen hierbleiben!“, sagte die Mutter. In ihren Händen hielt sie ein ganzes Brot.

**Eingesandt von unserer Leserin
Helga Buschow**

Raus aus dem Glotzensessel!

Zur Vorgeschichte: Eine allseits verbreitete, vorgefaßte Meinung besagt, junge Leute seien geistig auf „Fun“-Bedürfnisse reduziert, interessierten sich im übrigen vor allem für action, aber keinesfalls für Politik. Dieses (Vor-)Urteil hegte auch unser Leser Günter B. aus Schwerin in bezug auf seinen 14jährigen Enkel. Dieser schien sich nur für Fußball zu begeistern. Eines Tages gab Günter B., um die Probe aufs Exempel zu machen – dem Jungen das Buch „Stupid White Men. Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush“ (Piper-Verlag) von Michael Moore. Dabei handelt es sich um eine satirische Entlarvung des USA-Imperialismus. Unser Freund machte die beiläufige Bemerkung, Ivo könne „ja mal hineinschauen“; es sei „viel Action“ drin. Der Enkel tat das dann auch und offenbar gründlicher, als es sein Großvater vermutet hatte. Zu dessen Erstaunen wartete er Tage später mit nachstehendem Text auf, den er ganz allein und aus eigenem Antrieb, ohne jede Formulierungshilfe verfaßte.

Lesen Sie? Oder sind Sie einer von den „Fernsehabhängigen“, die immer, wenn sie gerade Zeit haben, vor dem Kasten hängen und sich eine langweilige Serie nach der andren reinziehen?

Wenn Sie sich bei letzterem angesprochen fühlen, dann hab ich einen guten Tip für Sie: Stürzen Sie wie wild aus dem Fernsehsessel, schmeißen Sie

sich ins Auto, auf Ihr Fahrrad, in den Bus oder den nächsten Zug. Lassen Sie Ihre Bierflaschen einfach zurück und fahren Sie zur nächstgelegenen Buchhandlung. Sie werden erstaunt sein, was es doch für actiongeladene Stories in Büchern gibt. Oder kaufen Sie sich Literatur von unabhängigen Schriftstellern, die Sie über die wahre Welt aufklären: „Was passierte am 11. September?“ – „Was machen die Amis in Irak?“ – „Hat Bush ein Gehirn?“

Auf diese Fragen werden Sie im Fernsehen keine Antwort finden. Dazu müssen Sie sich schon Bücher kaufen.

Falls Sie jung sind und gerade aus der Schule oder der Uni entlassen wurden, dann gucken Sie um Gottes willen kein Fernsehen, wenn Sie die Wahrheit erfahren wollen. Im Fernsehen wird Ihnen die Meinung, die Sie zu vertreten haben, klar und deutlich vorgegaukelt. Und zwar so klar und deutlich, daß Sie sich nicht wehren können. Das beste Beispiel dafür sind die tollen Actionfilme, in denen Amerika von Russen, Irakern, Usbeken, Afghanen oder Schwarzen mit Raketen beschossen wird, in denen Kolumbianer, Nigerianer oder Libyer Häuser und Städte in die Luft jagen.

Ist es aber in Wirklichkeit nicht gerade andersherum?

Ach, Sie können das ja nicht wissen. Wollen Sie es wissen? Dann: Lesen Sie!

**Ivo Mario Weber,
Rosenow (Mecklenburg)**



Leserbriefe an RotFuchs



Es freut mich, daß ich Euch mit der Warner Zeitung „Wremena“ überraschen kann. Die August-Ausgabe enthält nämlich meine Übersetzung eines Artikels von Dieter Itzerott aus dem „RotFuchs“. Ich habe unterdessen eine ganze Reihe von RF-Beiträgen ins Bulgarische übertragen. Seit ich den „RotFuchs“ kenne (die Abkürzung RF erweckt in mir Assoziationen und Erinnerungen an unseren Gruß Rot Front – ich bin 82!) wünsche ich mir freundliche Beziehungen zwischen der Berliner Tribüne für Kommunisten und Sozialisten und „Wremena“. Seit zwölf Jahren bin ich Mitarbeiter dieser Lokalzeitung der Bulgarischen Sozialistischen Partei. Als ich nach Warna zurückkehrte – ich verbringe einen Teil des Jahres in meiner Heimatstadt am Schwarzen Meer, die übrige Zeit in Schmölln, wo ich früher als Arzt arbeitete (ich war Oberst im Medizinischen Dienst der Bulgarischen Volksarmee) – wurde ich herzlichst von alten treuen Freunden und Genossen empfangen und über die komplizierte politische Lage im Land informiert. Leider gibt es bei uns eine starke Zersplitterung der kommunistisch-sozialistischen Kräfte. Die BSP, der ich angehöre, verfolgt eine ähnliche Politik wie die PDS. Allerdings führte sie bereits die Regierung. Die Souveränität meines Vaterlandes ist heute genauso bedroht wie damals zur Zeit der Hitler-Okkupanten. Es gibt zwar verschiedene linke Publikationen, aber was uns fehlt, ist eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten. Ich bemühe mich darum, wenigstens in Warna etwas Vergleichbares zu schaffen. Dort bin ich Kommunist-Sozialist ohne Wenn und Aber, wie hier bei Euch. Gleich nach meiner Rückkehr aus Warna habe ich dem „RotFuchs“ eine Spende von 200 Euro überwiesen, letzte Woche nochmals 100. Ich bin glücklich und stolz, bei Euch zu sein.

Dr. Ratscho Ratschew, Schmölln

In Bulgarien herrscht große Ungewißheit über den Ausgang der bevorstehenden Kommunalwahlen. Keiner der etablierten Parteien wird mehr zugetraut, das Land aus der schier ausweglosen Lage wirtschaftlicher Stagnation, großer Armut breiter Bevölkerungsschichten und hoher Kriminalitätsbelastung herauszuführen. In dieser Situation stellen verschiedene kommunistische Parteien eigene Bürgermeisterkandidaten in Städten wie Burgas, Lowetsch, Warna, Stara Sagora usw. auf. So tritt die Bulgarische Kommunistische Partei „G. Dimitroff“ erstmals in der früheren Industriestadt Jambol an. Die Partei hat in diesem Bezirk auch in 22 Dörfern Bürgermeisterkandidaten sowie überall Bewerber für die Gemeinderäte nominiert. Die Kommunistische Partei Bulgariens wiederum sieht in ihrem Bereich ein Potential von annähernd einhunderttausend Wählern, ein Drittel davon im Alter bis zu 35 Jahren. Die Kommunisten gehen auch davon aus, daß sich dort, wo sie neben Sozialdemokraten und Sozialisten antreten, ein Teil der Wähler aus dem linken Spektrum für Dunkelrot entscheiden könnte. (...) Der Wahlkampf der Kommunisten in Jambol wird aktiv von Jugendlichen unterstützt. Hier haben sich im letzten Vierteljahr 72 neue Mitglieder im Alter zwischen 18 und

24 Jahren der Jugendorganisation der BKP „G. Dimitroff“ angeschlossen. Durch ihre weißen T-Shirts mit Aufdrucken von Hammer und Sichel, Che Guevara, BKP und UdSSR sind sie bereits in der Bevölkerung bekanntgeworden. (...) So kann sich eine neue Generation als echte Opposition formieren. **Boris Tschernow, Berlin**

In der September-Ausgabe des RF war auch ein kurzer Bericht über den Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs. Darin las ich u. a., daß sogar frühere Politbüromitglieder bemüht wurden, um mit einer Lobeshymne auf die KPÖ-Führung unter Walter Baier aufzuwarten. Die Formulierung „einige Politbüromitglieder“ machte auf mich den Eindruck, als würde man ein ehemaliges Mitglied dieses Gremiums grundsätzlich für etwas Besonderes halten. Aber die Beispiele von PB-Mitgliedern der Vergangenheit – ich denke nur an Gorbatschow und Jelzin in der Sowjetunion, an den heutigen polnischen Ministerpräsidenten Miller und an viele andere in den ehemals sozialistischen Staaten, aber auch in den kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder – zeigen, daß sich ganz miese Figuren in einige Führungen eingeschlichen hatten. Das gleiche gilt für die österreichische KP. Ich verzichte hier auf Namen, da die Betreffenden den meisten RF-Lesern kein Begriff sind. Diese Leute waren zu sehr vielem bereit, um nach oben zu kommen. Als jahrzehntelanger Funktionär der KPÖ habe ich nicht immer die besten Erfahrungen mit PB-Mitgliedern gesammelt. Walter Baier, der KPÖ-Vorsitzende, gehört auch zu jener Funktionärsorte, der es immer gelungen ist, ohne viel Arbeit in der Partei oben mitzuschwimmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich dafür bedanken, daß ich den RF regelmäßig bekomme. Er ist heute die einzige Zeitung, die einem in dieser schwierigen Situation, in der sich die Arbeiterbewegung befindet, noch etwas Freude bereitet. Mit einer kleinen Spende von 50 Euro will ich dazu beitragen, ihr weiteres Erscheinen zu unterstützen. **Walter Grundböck, Wien**

Ich komme aus einer Pirnaer Antifa-Familie und weiß, daß z. B. meine Eltern als Mitglieder der KPD 12 Jahre illegale Arbeit leisteten. Vater war Radiotechniker und brachte entsprechende Erfahrungen ein.

Ich weiß nicht mehr Tag und Stunde, aber wir Kinder waren schon im Bett, das gleich hinter der Wohnzimmertür stand. (Ich frage mich heute, weshalb ich die angekündigte Hitler-Rede als Jungvolk-Junge eigentlich nicht hören durfte?) Hitler sprach. Und plötzlich redete eine Stimme dazwischen: „Alles Lüge, alles Schwindel!“ Dann kam wieder der „Führer“. Es war im Herbst 1942. Am nächsten Morgen fragte ich: „Mutter, was war gestern abend mit dem Radio los? Da sprach jemand dazwischen!“ Mama sagte: „Ich weiß von nichts, habe nichts gehört!“ Dann fügte sie hinzu: „Daß Du mir in der Schule nicht darüber sprichst!“

Ich habe rumgefragt, jetzt, aber ich fand keinen, der das bestätigen könnte. Dabei habe ich es tatsächlich gehört und finde so die These bekräftigt, daß die Radio-Bastler von Stolpen (Radeberg, Pirna) die „Sendestörung“ vorbereitet hatten, obgleich es nicht die Stimme meines Vaters war, die da sprach. Inzwischen bestätigten mir Radiofachleute, daß es möglich war, auch für kurze Entfernungen auf Frequenz zu gehen, um Hitler-Reden zu stören.

Meine Frage: Weiß ein RF-Leser etwas darüber? Illegale Sender soll es viele gegeben

haben. Könnte es sein, daß jemand ähnlichen Widerstand selbst beobachtet hat? Auch für kleine Hinweise wäre ich dankbar.

Dr. Heinz Senenko, Sebnitz

Im Leitartikel des September-Heftes charakterisiert Klaus Steiniger präzise und überzeugend die derzeitige politische Konstellation in der BRD. Tatsächlich hat sich hier ein Zweiparteiensystem nach amerikanisch-britischem Muster etabliert. Die eine der beiden „großen Volksparteien“ nennt sich christlich, die andere sozialdemokratisch. Beide betrügen damit die Wähler, weil sie bewußt gegen die Wertesysteme verstoßen, die sie dem Parteianamen nach vertreten sollen oder wollen. (...)

Bedarf es noch eines besseren Beweises für die Richtigkeit der Einschätzung Lenins: „In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit.“ (LW 23/476) Solange also am kapitalistischen System nichts geändert wird, kann es auch keine wahre Demokratie geben.

Wo aber ist die Kraft, die derzeit dazu führen kann? Heute wäre doch eine aktuelle Lösung: „Linke aller Länder, vereinigt euch! Wehrt euch gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch das (...) Kapital!“ Also nicht taktieren und tolerieren, sondern aktivieren, opponieren, sich einmischen und sich wehren!

Günter Steudten, Berlin

Was hat es eigentlich mit den neuerdings boomenden Ostalgie-Shows auf sich? Die vermeintlichen Sieger der Geschichte und deren „Aufarbeiter“ läßt diese DDR offenbar keine Ruhe finden. Sie wollen sich dessen sicher sein, daß dieser Staat ein für allemal tot und vergessen ist. Die Anstrengungen, die dazu aufgewandt werden, sind erstaunlich. Da hat man uns doch unaufhörlich belehrt und beschworen, daß ein Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Kapitalisten eine Illusion sei. 1989/90 feierten sie sich selbst für ihre „Weitsicht“. Die Siegermanier kennt bis heute keine Grenzen.

Und doch beschäftigt sie der „tote“ Sozialismus bald 15 Jahre nach seiner Beerdigung mit Blüms flottem Spruch, Marx sei tot und Jesus lebe noch, so intensiv und nachhaltig, daß sie sich ihrer Sache nicht sicher sind. Über viele Jahre wurden der Sozialismus und die DDR schwarz und finster dargestellt, als Hölle auf Erden. Das geschieht auch weiterhin.

Vielleicht aber spürt man erlahmendes Interesse an den Horrorthemen über die DDR. Ihre Wirkung war nicht ausreichend. Möglicherweise gilt es nun all jene zu erreichen, die sich rückblickend in zunehmendem Maße daran erinnern, wie angenehm sozial, menschlich solidarisch sich die DDR von der jetzigen Realität abhob. Wie dem begegnen? Sie haben das Mittel gefunden. Alles, was nicht erschauernde und höllische Erinnerungen an diesen sozialistischen Staat weckt, sondern wehmütige Gefühle oder Sehnsüchte hervorruft, wird einfach den Lachsalven der Zuschauer preisgegeben. Die DDR als Treppenwitz der Geschichte sozusagen. Das wäre schon das Richtige, was in den Köpfen verbleiben sollte. Künftige Generationen und die heute lebende Jugend sollen sich an eine Unmenge von Lächerlichkeiten erinnern, die es zwischen „Unmenschlichkeit, Unrecht und Unfreiheit“ gab. Je weniger die Bevölkerung in der allzeit gepriesenen Marktwirtschaft zu lachen hat, um so mehr kann die DDR zur Erheiterung beitragen.

Ob es den Ideologen und Meinungsmachern letztlich helfen wird, bleibt abzuwarten. Peinlich und beschämend: Auch bei dieser „neuen Nummer“ finden sich noch immer die „Stars“ für solche Clownerie. Leider auch ehemalige Mitbürger, auf die einst Millionen Menschen der DDR voller Stolz, Achtung, Freude und Respekt schauten und die sie mit ihrem Staat identifizierten. So mancher „Star“ wäre ohne die „Lachnummer“ DDR kaum zu dem geworden, worin er sich heute sonnt.

Roland Winkler, Remseck

Viele Kritiker der gegenwärtigen Ostalgie welle in den Medien bedauern, daß der „Unrechtsstaat DDR“ so wenig berücksichtigt wird. Daß die Mehrzahl der Kritiker aus den alten Bundesländern kommt und die DDR niemals besucht, geschweige denn in ihr gelebt hat, während sich die aus dem Osten erst nach der „Wende“ profilierten, sei nur nebenbei erwähnt. Jeder souveräne Staat (das war die DDR) bestimmt mit seiner Verfassung, was Recht und was Unrecht ist. Und jeder Staat, auch die BRD, sieht für Verstöße gegen sein Grundgesetz strafrechtliche Maßnahmen vor. Das trifft insbesondere auf die Sicherung der Grenzen zu. Wenn benachbarte Staaten dann auch noch Mitglieder gegnerischer Militärbündnisse sind, kommt dem Grenzregime eine erhöhte Bedeutung zu. Wenn diese Grenze durch die Warschauer Vertragspartner nicht gesichert worden wäre, hätten sich NATO und Bundeswehr nicht gescheut, „verlorenes Territorium“ zurückzuholen. (...) Was war und ist das Unrecht, das der DDR angelastet wurde und wird? In erster Linie geht es immer wieder um die Beschränkung der Reisefreiheit, denn bis zum 13. August 1961 war es für die BRD-Regierung und ihre Geheimdienste relativ leicht, hochrangige Fachleute der DDR auf allen Gebieten abzuwerben. Sie flohen nicht vor dem System, sie folgten den Verlockungen. (...) Wollte die DDR-Führung ihre Bevölkerung nicht vielleicht vor den heutigen „Errungenschaften“ der Freiheit schützen? Zwanzig Prozent Arbeitslosigkeit, kaum Ausbildungsplätze, wenige bezahlbare Freizeitmöglichkeiten usw.

Jeder sollte für sich und seine Familie abwägen, ob die sogenannte Wende ein Fortschritt war oder ob die „Betongrenze“ nicht nur einer Geldgrenze gewichen ist, die sich als viel unüberwindbarer darstellt.

Peter Oldenburg, Schwerin

Ich danke für die bisherige Zusendung Ihrer Publikation. Hochinteressante Beiträge von sachkompetenten Autoren konnte ich hier finden, auch wenn ich nicht immer gleicher Einstellung bin. Dennoch bin ich der Meinung, daß es lesenswert ist. Ich bitte Sie um weitere Zusendung und hoffe auf eine sachdienliche Zusammenarbeit.

**Michael Junghans, Rosenthal
Landesvorsitzender der KPD Sachsen**

Selbstmord und Rücktritte von Politikern in den USA und England, täglich neue Tote und jetzt das Attentat von Nadschaf nach dem Anschlag auf das Bagdader UN-Hauptquartier. Die Medienwelt heuchelt Entsetzen. Ja, was denken denn diese Journalisten? Bush hat doch keinen Wanderausflug mit Picknickkörben nach Irak unternommen.

Wo bleibt die Forderung der Weltgemeinschaft nach Verfolgung der verantwortlichen Kriegsverbrecher? Wo sind die Massenvernichtungswaffen in Irak, außer denen der USA und Großbritanniens? Wo bleibt die Friedensordnung in Irak und

Israel? Mit der Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan machen sich Gerd und Joschi Liebkind bei Mr. President. Prima Klima! Während wir die Rüstungsausgaben für Strucks Hindukusch-Einsätze tragen sollen, verpaßt man uns hier die Schmidt-Seehofer-Zahnflücke.

Nein, die Welt verrotzt nach dem Niedergang des Sozialismus und fällt zurück in die Barbarei. Diese Erkenntnis wird von vielen Menschen nur sehr schwer geschluckt, weil schärfster Antikommunismus über Jahrzehnte die Gehirne der Menschheit vernebelte und bis heute lähmt.

Da werden Gnadengesuche für die Freilassung von Egon Krenz abgelehnt, da wird der 17. Juni als antikommunistischer Baustein für das „neue Europa“ und die Globalisierung eingesetzt, da werden Havel und Biermann als die großen „Menschenrechtler“ und „Freiheitskämpfer“, die sich zu Bush und dem Irak-Krieg bekannten, weiterhin als Kronzeugen gegen den Sozialismus vom Kapital verehrt.

Es waren Kommunisten auch in der BRD, die sich gegen Lügen und Halbwahrheiten stellten und den real existierenden Sozialismus mit all seinen Fehlern und Schwächen gegen den Imperialismus verteidigten. Dafür hagelte es Berufsverbote, Disziplinierungs- und Diskriminierungsmaßnahmen. Mit der „Wiedervereinigung“ hat sich das Vorgehen gegen Kommunisten gewandelt. Heute unterscheidet man zwischen „guten“, anpassungsfähigen Genossen“ und unverbesserlichen Dinosauriern. Mit der Kriminalisierung der früheren SED-Mitglieder wurden das ganze System des Sozialismus, seine wissenschaftliche Weltanschauung, die sozialistische Kultur, die Lebens- und Denkweise unter Anklage gestellt, gedemütigt, diskriminiert und verfolgt.

Wer ernsthaft für den Sozialismus eintreten will, muß erst einmal erkennen, was die Welt mit dem Niedergang des sozialistischen Systems verloren hat.

Ulli Farin, Bramsche

Im Namen von Cottbusser Lesern und Freunden wünschen wir dem Förderverein und seiner für die Formierung aller Linkskräfte wichtigen politisch-theoretischen Zeitschrift weiterhin erfolgreiche Arbeit. Zur Unterstützung haben wir eine bescheidenen Spende überwiesen.

Werner Walde, Kurt Winter, Cottbus

Eben finde ich eine interessante Textstelle, die auch aus der Sicht des linksbürgerlichen Publizisten Carl von Ossietzky meine Fragestellung und den Antwortversuch unterstreicht, wonach die „Gewinnung der Seelen“ für die sozialistische Sache von überragender Bedeutung ist. Ich betrachte das als Beleg für mein Plädoyer in „Ein Revolutionär ohne Seele?“.

Hier Ossietzky's Meinung: „Wer nie im Kreuzgang eines Klosters für Minuten nur brave Uffklärung sozialistischer Bildungsarbeit vergessen hat, der mag ja ein ganz strammer Klassenkämpfer sein, aber daß auch die Phantasie eine Macht ist und deshalb ein Aktivum, das wird er nie begreifen und deshalb stets in Rückstand kommen. Wenn im Kriege Gott mit den stärksten Bataillonen ist, so siegt auf dem politischen Schlachtfeld schließlich immer die Armee mit der stärksten Imagination.“ (Gesammelte Schriften IV, 206)

Peter Franz, Weimar

Marx schreibt, daß alle Geschichte sich zweimal abspielt. Einmal als Tragödie, einmal als Farce. Die jüngere und jüngste

Geschichte der Sozialdemokratie hat sich in der opportunistischen Auslieferung der Weimarer Republik ans Nazi-Regime als Tragödie abgespielt und wiederholt sich als Farce in der Selbstzerstörung der PDS durch opportunistische Putschistencliquen.

Karl Mundstock, Berlin

Was n(t)un, Herr Gysi? Nichts einfacher als das: Bleiben Sie, wie vielfach selbst versprochen, Rechtsanwalt – zu Ihrem und zu unserem Nutzen. (...) Es gibt eine Ihnen wesensgleiche Person der Geschichte, die wieder von sich reden macht. Herr Gorbatschow. Wie würden Sie denn dessen Leistung für den Sozialismus in der Welt und in der UdSSR bewerten?

Ich glaube, Sie sind sich ebenbürtig.

Da Sie zurück in die Politik wollen, muß ich anmerken, daß Ihre Aufgabe, die PDS für dieses System zu kanalisieren, noch gefährdet ist. Erfolg kann ich Ihnen nicht wünschen.

Günter Battke, Jena, Mitglied der PDS

(...) „Das halbe Leben“ hieß die ZDF-Sendung. Im Untertitel: „Fünf von fünf Millionen Arbeitslosen suchen einen Job.“ Es handelte sich um eine Langzeitstudie über neun Monate von Mechthild Gassner, in der unterschiedliche Schicksale vorgeführt wurden: Menschen wie Amelie, Bella, Heike, Klaus, Uli, Leuten wie du und ich. Ein verstecktes Mitternachtsprogramm mit Alibifunktion.

Es dreht sich einem das Herz im Leibe um, wenn man zusieht, wie die Arbeitslosigkeit den Menschen zusetzt! Und dabei ist es nicht nur das Geld, das wenige, das fehlende, das nötige, das man zum Leben braucht. Es sind die Ausgrenzung aus der Gesellschaft, der Mangel an Anerkennung, das immer enger werdende gesellschaftliche Umfeld, die Aussichtslosigkeit, Erfolg zu haben, das Zukreuzekriechen müssen, keine Augenhöhe mit arbeitenden Mitmenschen, immer weniger Selbstbewußtsein, Empfindung der Minderwertigkeit bis hin zur Wertlosigkeit, Schwinden von Bedürfnissen, keine Besuche mehr von Theater, Konzert, Veranstaltungen, Gaststätten etc., ständige Pfennigfucherei, drückendes und beschämendes Gefühl des Almosenempfängers, kränkendes und nagendes Gefühl der Nutzlosigkeit und des Nichtgebrauchtwerdens bis hin zu Suizidgedanken.

„Man möchte sich am liebsten die Decke über die Ohren ziehen, nichts mehr sehen, nichts mehr hören“, sagt eine junge Frau im Film.

Eine Gesellschaftsordnung, die nicht dazu in der Lage ist, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, ein System, das diese regelrecht produziert, um ökonomisch konkurrieren zu können – mit wem auch immer, sogar mit sich selbst –, einer solchen Gesellschaftsformation muß die Lizenz zum Menschenvernichten entzogen werden.

Das ging Herrn Jedermann so mittenächtig durch den Kopf, aber wer sieht um diese Zeit schon Fernsehen bis in die Früh?

Manfred Hocke, Berlin

Den RF möchte ich nicht mehr missen! Denn hier wird man über Dinge informiert, die sonst nirgends zu erfahren sind. Wenn man in unser hiesiges Regionalblatt („Mitteldeutsche Zeitung“, früher „Freiheit“) hineinsieht, kann einem manchmal übel werden, vor allem bei den Kommentaren.

Karl Landskron, Leuna

Zunächst ein dickes Lob für Eure Arbeit. Ich bin ein begeisterter „RotFuchs“-Leser.

Auch die grafischen Beiträge gefallen mir sehr gut.

Zur Sache: Sein rundes, feistes Gesicht blickt bewegungslos in die Kamera: „Die SPD wird sich vom überholten Gerechtigkeitsbegriff und der sozialistischen Zielsetzung abwenden müssen.“ Ich frage mich: Wozu noch diese Äußerung? Das Abwenden von solchen Zielen war ein kontinuierlicher Prozeß, der sich durch die gesamte Geschichte der SPD zog. Na ja, der wohlgenährte Hamburger Yuppie-Visage von Olaf Scholz will die Liquidierung der übriggebliebenen sozialstaatlichen Regelungen einläuten. Er hat genauso wenig mit Sozialismus zu tun wie der Vorsitzende eines Unternehmerverbandes. In gewohnter Weise hört man den von der sogenannten SPD-Linken geäußerten Protest, der sich bis jetzt ebenfalls in der gesamten Parteigeschichte auf verbale Attacken beschränkte. Letztendlich wurde im wesentlichen stets auch der größten Schweinerei zugestimmt. (...) Nun gut, das alles, sage ich mir, liegt in der Logik des Systems. Auch das Blindmachen der Bevölkerung für elementare sozialökonomische und politische Prozesse sowie die systematische moralische Liquidierung des ersten demokratischen, sozialistischen Staates auf deutschem Boden, der 1989 das Opfer einer von der Sowjetunion losgetretenen konterrevolutionären Entwicklung wurde.

Aber wo bleibt er, der Rest der revolutionären Linken? Oft höre ich: „Wir sind im Moment zu schwach.“ Natürlich sind wir das, und wir könnten aufgrund von Überalterung immer schwächer werden. Dennoch hätte der verbleibende Rest noch Energie für effiziente Arbeit. Es werden statt dessen Zeit und Energie für Diskussionen über völlig realitätsferne Dinge verschwendet. Friedensfeste organisiert man in politisch linken Stadtteilen, deren Bevölkerung sowieso schon Bescheid weiß. Die Ghettos aber, in denen teilweise Zustände wie in der Dritten Welt herrschen, in denen die am schlimmsten unter dem System Leidenden leben, also jene, die ein Hauptinteresse an der Veränderung der Verhältnisse haben sollten, werden von den revolutionären Linken gemieden. Aber dort ist unser Platz, muß unsere Agitation um sich greifen und zwar unter ständiger Aufklärung über den klassenfeindlichen und systemstabilisierenden Charakter von SPD und Gewerkschaftsführungen. Denn das klassenbewußte, revolutionäre Proletariat fällt nicht vom Himmel, es muß in zäher, langjähriger Arbeit geschaffen werden.

Peter Bormann, Hamburg

Zunächst möchte ich der ganzen Mannschaft recht herzlich für die stets pünktliche Lieferung des RF danken. Immer findet man anregende Beiträge, so auch in der August-Nummer anlässlich des 100. Jahrestages der SDAPR. Interessant sind die Schlußfolgerungen des Autors Dieter Itzerott für die Zukunft der kommunistisch-sozialistischen Bewegung in Deutschland. Nur einen Punkt umschiffte der Verfasser: Das Parteistatut und in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Mitgliedschaft und der Stellung zu den übergeordneten Parteiorganen. Das ist aber heute, glaube ich, der Knackpunkt. Weshalb gibt es so viele Parteien und Gruppen auf der Linken, warum so viele frühere PDSler, aber auch ehemalige SED-Mitglieder, die abseits stehen und sich z. B. auch nicht – so wie ich selbst – der DKP als der größten kommunistischen Organisation in Deutschland anschließen? (...) Ich glaube, wir müssen dazu kommen, bei der Ausarbeitung der Strategie und Taktik

immer um Kompromisse zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu ringen. Nur die Generallinie muß vorgegeben sein: aktiver Kampf gegen die kapitalistische Ordnung und für den Sozialismus. Das habe ich auch schon vor zehn Jahren im Weißenseer PDS-Blatt geschrieben.

Gernot Bandur, Berlin

Der neue „RotFuchs“ ist nun da. Wieder keine Richtigstellung des Artikels von Marohn und Czichon. Aber ein Leserbrief lobender Art. Nun gut. Das ist natürlich Eure Entscheidung. Aber ich möchte warnend darauf hinweisen, daß Ihr es K. Kinner gestattet, die KPO in sehr leicht zu durchschauender Absicht zu instrumentalisieren. Es ist in meinen Augen ein ganz großer Fehler, die Geschichte der einzigen KPD, die es bislang gegeben hat, derart zu amputieren. Statt die taktischen Fragen aufzuarbeiten, statt die konzeptionellen Ansätze der KPO zu nutzen, statt deren Mitglieder nicht einfach als Putschisten zu diffamieren, statt den Leser mit dem Material bekanntzumachen, das er als Kommunist und Sozialist kennen muß, was er aber noch gar nicht kennt (es handelt sich hier keineswegs um „neue Forschungsergebnisse“ zu den höchst wichtigen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der KPD) – statt all dies zu tun, wendet Ihr Euch ab und belebt selbst den alten Spalt. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, wie gefährlich dieses Herangehen ist. Zum Motto des „RotFuchs“ paßt es jedenfalls nicht.

Herbert Münchow, Leipzig

Ein CDU-Nachwuchsmann namens Mißfelder hat gut reden, wenn er alten Leuten die Krücke als Gehhilfe empfiehlt. Für die Bezahlung seines künstlichen Hüftgelenks, eventuelle Herzoperationen oder Nierenspülungen braucht er sich, wenn er eines Tages 85 ist, selbst keinen Kopf zu machen. Schließlich hat er sich unter die Berufspolitiker begeben. Die sorgen bekanntlich aufopferungsvoll für unser aller Wohl, vor allem für das eigene. Und deshalb hat auch ein Herr Mißfelder ausgesorgt.

Aber gewöhnliche Alte sollten doch besser nicht zu viel aus dem „gemeinsamen Trog“ beanspruchen. Wenn beim Bauern durch schlechte Ernte im Winter das Futter für die Herde nicht reicht, muß notgeschlachtet werden. Nicht den Zuchtbullen, nur unnütze Fresser. Magere Kühe sind unter solchen Umständen nicht mehr zu melken. Sie reduzieren nur die Rendite. Beten wir die regulierenden Kräfte des Marktes an oder nicht? Na bitte! Dann muß das auch für unproduktive Rentner und „unwertes Leben“ gelten. Beide tragen nicht zur Schaffung des Bruttosozialprodukts bei.

Damit sind wir bedenklich in der Nähe dessen, von dem Brecht sagte: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Und das kriecht nicht nur aus dem Hirn eines einzelnen CDU-Jungpolitikers. Es hat bereits Methode.

Joachim Loeb, Berlin

In diesem Monat erfährt die Gruppe unserer Veteranen – in der BRD nennt man sie vornehm Senioren – weitere Verstärkung.

Herzliche Glückwünsche gehen an die Genossen



Werner Bauer

(27. Oktober 2003)
aus Freital zum 85. und

Heinz Schröter

(26. Oktober 2003)
aus Potsdam zum 80. Geburtstag.

Der Kreis der 75jährigen erweitert sich erneut.
Wir gratulieren

Harri Below

(8. Oktober 2003) aus Schwedt,

SR Ruth Groß

(8. Oktober 2003) aus Berlin,

Karl-Heinz Körber

(24. Oktober 2003) aus Ellrich,

Siegfried Mauksch

(13. Oktober 2003) aus Berlin,

Dr. Siegfried Steinbach

(23. Oktober 2003) aus Leipzig und

Dr. Udo-Dieter Wange

(31. Oktober 2003) aus Berlin

zu ihren Ehrentagen.

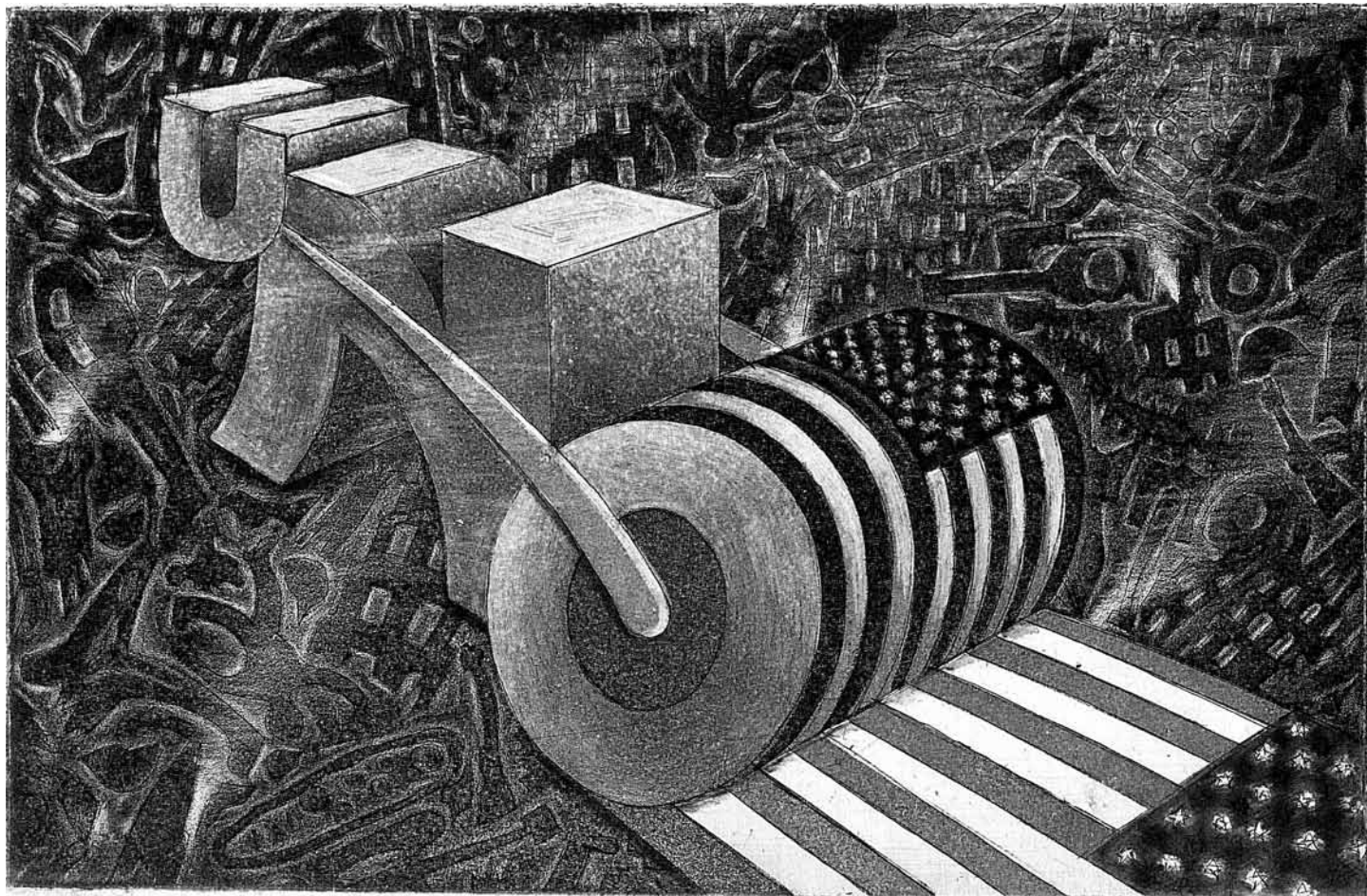
Wolfgang Hilbert

(23. Oktober 2003) aus Kahla
vollendet sein 70. Lebensjahr, während

Dr. Peter Tiedke

aus Golzow, der am 30. Oktober 2003
in die Reihe der 50er aufrückt,
gemessen an den ihm im Lebensalter
„Überlegenen“ noch wie ein junger Mann wirkt.

Wir übermitteln allen Jubilaren Grüße fester Verbundenheit.



Vor den Karren gespannt

Grafik: Klaus Parche

„Corazon“ als Auftakt

Die 2. zentrale Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins

die am **Sonnabend, dem 11. Oktober 2003, um 10.00 Uhr**, im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz beginnt, wird von der chilenischen Gruppe „Corazon“ mit Liedern der Unidad Popular eröffnet. Auf dem Programm der Konferenz stehen u. a. der Rechenschaftsbericht, Diskussion und Wahl der leitenden Organe. Teilnahmeberechtigt sind nur Mitglieder und geladene Gäste. Ende gegen 17.00 Uhr

Zur Bildung einer Regionalgruppe Dresden des RF-Fördervereins

werden alle Mitglieder, Leser des RF und interessierten Sympathisanten für Donnerstag, den 30. Oktober 2003, 18.00 Uhr, in den Gesellschaftsraum Schlüterstraße 48 in 01277 Dresden herzlich eingeladen.

Gastgeber sind:

Prof. Dr. Wolfram Triller, Ferdinand Goldscheidt Gerd Hommel

An dem Gedankenaustausch nehmen RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** und Vertriebsleiter **Armin Neumann** teil.

Der *Drachentöter Lanzelot* aus dem Stück von Jewgeni Schwarz und der nicht minder furchtlose

Parteisekretär Horrath

aus Erik Neutchts „Spur der Steine“ standen für Meisterrollen in Inszenierungen des Theaters und des Films der DDR.

Hätte Eberhard Esche

der am 25. Oktober 70 Jahre alt wird, keinen anderen Gestalten sein Gesicht gegeben, er wäre glanzvoll in die Geschichte seiner Zunft eingegangen.

Was Hacks in der deutschsprachigen Literatur verkörpert, ist Esche auf der Bühne. Beide gehören zur Partei der Unbestechlichen. Wir gratulieren unserem Leser!

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/564 93965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhrer (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki